

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 37 / Juni 2014

ISSN 1439-2011

FRIEDENS(T)RÄUME SCHAFFEN! Krieg, Rüstung und Gewalt überwinden

Hrsg: Bund für Soziale Verteidigung

Diese Publikation wurde gefördert durch:



**Bertha von Suttner –
Stiftung der DFG-VK**

Impressum

Herausgeber:

Bund für Soziale Verteidigung

Schwarzer Weg 8

32423 Minden

Redaktion: Christine Schweitzer

Fotos: Mojan Kaufmann

Karikatur S. 52: Mario Lars

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 37

Juni 2014

ISSN 1439-2011

4 €

Inhalt

1. Einleitung: „Friedens(t)räume schaffen – Krieg, Rüstung und Gewalt überwinden“ <i>Christine Schweitzer</i>	5
2. „Keine Zeit für Utopien?“ – Höchste Zeit für konkrete Utopien – aber wie entwickeln wir sie und wie können wir sie politisch fruchtbar machen? 12 Thesen und Fragen <i>Andreas Gross</i>	8
3. Herausforderungen, Utopien und Wandel in der Friedensbewegung.....	10
3.1 Die westdeutsche Friedensbewegung zur Zeit des West-Ost-Konfliktes 1945-1989: Beobachtungen, Erfahrungen, Einschätzungen <i>Andreas Buro</i>	10
3.2 Herausforderungen, Utopien und Wandel in der Friedensbewegung <i>Christine Schweitzer</i>	13
4. Die Bausteine zu einer friedlicheren Welt.....	18
4.1 Rüstung und Militär abschaffen: Strategien gegen Krieg und Gewalt <i>Renate Wanie</i>	18
4.2 Eine Gesellschaft ohne Rüstung und Militär -Welche Anforderungen an Konversion stellen sich? <i>Roland Vogt</i>	28
4.3 Anders wirtschaften, Umwelt bewahren, anders zusammenleben. <i>Bericht aus der Arbeitsgruppe</i>	38
4.4 Zivile Konfliktbearbeitung: Internationale Konflikte gewaltfrei transformieren. <i>Bericht aus der Arbeitsgruppe</i>	40
4.5 Eine friedlichere Gesellschaft schaffen – Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland <i>Bernhard Nolz</i>	42
5. „Alles schön und gut, aber ...“? Empowerment zu zivilgesellschaftlichem Handeln	48
5.1 Auszüge aus der Podiumsdiskussion	48
5.2 Friedensbewegung zwischen Lebendigkeit und „Wachkoma“, zwischen Radikalität und Lobbying? <i>Sarah Roßa</i>	53
5.3 Gedanken zu „Empowerment“ <i>Ute Finckh-Krämer</i>	61
5.4 Wie können Menschen für zivilgesellschaftliches Engagement gewonnen werden? <i>Helga Tempel</i>	62
5.5 Organisiert Euch! Zwölf Thesen zu Gegenwart und Zukunft der Friedensbewegung <i>Uli Wohland</i>	64
6. Schlusswort <i>Christine Schweitzer</i>	70
Zu den AutorInnen.....	71

1. Einleitung: „Friedens(t)räume schaffen – Krieg, Rüstung und Gewalt überwinden“

Christine Schweitzer

Rüstung und Militär abschaffen – Konflikte gewaltfrei austragen. Das ist die Vision, die Friedensbewegungen seit mindestens einhundert Jahren verfolgen. 2014 ist der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten und der 75. des Beginns des Zweiten Weltkriegs. Viel wird in diesem Jahr dieser beiden Tage gedacht und auch die Frage gestellt, was wir in den letzten hundert Jahren eigentlich in Bezug auf Krieg und Frieden gelernt haben. Aber eines ist offensichtlich: Wir sind von der Vision, Krieg zu überwinden, so weit entfernt wie eh und je. Im Gegenteil: Krieg ist inzwischen wieder zu einem „normalen“ Mittel der Politik geworden, und mit der Krise in der Ukraine scheint auch der Ost-West-Konflikt eine Renaissance zu erfahren. Und am Horizont zeichnen sich angesichts der voraussehbaren Endlichkeit des Wirtschaftswachstums, auf dem das derzeitige Weltsystem beruht, und der Umweltzerstörung neue Konflikte ab, die wir uns noch gar nicht ausmalen können oder mögen.



Aber Krisen sind auch immer eine Chance. Die Tagung des BSV mit dem Titel „Friedens(t)räume schaffen – Krieg, Rüstung und Gewalt überwinden“, die vom 14.-16. März 2014 in Minden stattfand, sollte dem Ziel dienen, sich wieder darauf zu besinnen, was unsere Ziele sind, wo wir hin möchten – d.h., die Frage nach unseren (Friedens-) Utopien stellen und uns mit Strategien beschäftigen, wie wir ihnen näher kommen können.

Utopien sind jedoch auch in Verruf geraten. Einige misstrauen ihnen, weil sie immer wieder missbraucht wurden, z.B. um autoritäre Regimes (man denke an den „real existierenden Sozialismus“) zu rechtfertigen. Andere nehmen sie als weltfremde Träumereien wahr, als Illusionen ohne Bezug zur alltäglichen Wirklichkeit. Wir meinen etwas Drittes, wenn wir als Aktive in der Friedensbewegung von Utopie sprechen. Utopie weist die Richtung, in die wir gehen wollen. Es geht dabei nicht notwendigerweise um die umfassende Utopie des ewigen Friedens, wie sie schon von Kant vor über 200 Jahren formuliert wurde. Sondern um die Frage, wie wir trotz materieller Konflikte, unterschiedlicher Weltanschauungen und unterschiedlichen Werten ohne Waffengewalt miteinander leben und den Herausforderungen von heute begegnen können.

2014 begeht auch der Bund für Soziale Verteidigung einen Jahrestag: Er wurde vor 25 Jahren gegründet. Auf dieser Tagung, an der ca. 55 Menschen teilgenommen haben, haben wir uns mit den Fragen beschäftigt: Wie kann eine Gesellschaft aussehen, die ohne Rüstung und Militär auskommt? Wie kommen wir den Machthabenden zum Trotz einer solchen Gesellschaft näher? Wie können wir dabei auf die großen Herausforderungen von heute reagieren? Dabei spielte auch eine Rolle, welche alternativen Ansätze es schon heute gibt, die zeigen, wie es auch gesamtgesellschaftlich funktionieren könnte, eine andere Welt zu denken und zu schaffen.

Die ReferentInnen und Referenten der Tagung beleuchteten das Thema der Tagung, Friedensutopien, auf verschiedene Weise und aus unterschiedlichen Blickpunkten.

Den Auftakt machte am Freitagabend der Schweizer Politologe Andreas Gross, der in den 1980er Jahren einer der Gründer der Schweizer Kampagne „Für eine Schweiz ohne Armee“ gewesen war. Er stellte anhand von zwölf Thesen die Wichtigkeit von Utopien dar, wobei er gleichzeitig dafür plädierte, die „großen Utopien“ auf handhabbare, realistische Zwischenziele herunterzubrechen.

Das am Samstagmorgen anschließende Panel warf dann einen Blick zurück auf die Friedensbewegung in den letzten einhundert Jahren. Reiner Braun (IALANA) sprach über die Zeit des 1. Weltkriegs, Andreas Buro schloss mit einem Rückblick auf die westdeutsche Friedensbewegung

nach dem 2. Weltkrieg an. Christine Schweitzer als dritte Referentin konzentrierte sich auf gegenwärtige Herausforderungen.

Anschließend hatten die TeilnehmerInnen an der Tagung Gelegenheit, sich an „Weltcafé-Tischen“ über drei Themenbereiche auszutauschen. Die Leitfragen an den Tischen fragten, was uns die (historischen) Utopien jeweils sagen zu unserer

1. lokalen und regionalen Friedensarbeit (Zielgruppe: Gesellschaft, Schulen, Wirtschaft, kommunale oder regionale Entwicklung etc.)
2. bundesweiten Friedensarbeit (Zielgruppe: nationale Sicherheits- und Rüstungspolitik etc.)
3. internationalen Friedensarbeit (Internationale Schiedsgerichte, Gewaltfreies Eingreifen etc.)

Die Ergebnisse der Tischdiskussionen sollten dann in die Arbeitsgruppen einfließen, deren ReferentInnen an den Tischen selbst teilgenommen hatten und die verschriftlichten Ergebnisse (beschriftete papierne Tischdecken) mit in die Gruppen nahmen.

Drei Arbeitsgruppen fanden dann am Nachmittag statt, wobei die Gruppe zu alternativen Ökonomien das größte Interesse bei der TeilnehmerInnenschaft fand. Die Referentin von der Initiative der Gemeinwohlökonomie stellte am Beispiel ihrer Arbeit dar, wieviel „Mühen der Ebenen“ es bedeutet, alternative Formen des Wirtschaftens in die Praxis umzusetzen.

In der Arbeitsgruppe zu Strategien wurden drei Säulen vorgestellt und besprochen: Ziel(hierarchien), Ressourcen, Strategie. Auch verschiedene Formen von Kampagnen (Mobilisierungs- versus Aufklärungskampagnen z.B.) spielten eine Rolle.

Die Arbeitsgruppe zu Ziviler Konfliktbearbeitung im internationalen Raum befasste sich mit den unterschiedlichen Ansätzen, die es in diesem Feld gibt. Besonders diskutierte sie die Rolle gerechter Strukturen und lokaler Friedenspotentiale.

Der Samstagabend diente dem Austausch der TeilnehmerInnen und einer kleinen Feier zum 25-jährigen Bestehen des BSV.

Am Sonntagmorgen wurde die Tagung mit einem weiteren Panel abgeschlossen, wobei die ZuhörerInnen viel Zeit bekamen, selbst Fragen an das Panel zu stellen oder Diskussionsbeiträge zu leisten. Die ReferentInnen dieses Panels (Ute Finckh-Krämer, Renate Wanie, Sarah Roßa, Helga Tempel und Uli Wohland) repräsentierten selbst unterschiedliche Generationen der Friedensarbeit – das Altersspektrum reichte von 29 bis 82 Jahre. Es ging um die Frage des „Empowerments“, wobei der Begriff selbst von ein oder zwei der Panelisten in Frage gestellt wurde. Was bedeutet es, Menschen zu befähigen / „ermächtigen“, wörtlich übersetzt, sich politisch zu engagieren? Ebenso kontrovers wurde diskutiert, ob man überhaupt von einer Friedensbewegung sprechen könne bzw. wieviel Bewegung da eigentlich ist, und wieviel von den etablierten Organisationen getragen wird.

Zur Auswertung der Tagung und um allen TeilnehmerInnen die Möglichkeit zu geben, an der Frage der Perspektiven mitzuwirken, haben wir eingeladen, auf einer Wandtafel Vorschläge und Kritik zu formulieren. Diese Tafel ist noch nicht endgültig ausgewertet. Punkte, die mehrfach benannt wurden und die auch bei den verschiedenen Diskussionen der Tagung immer wieder angesprochen wurden, waren:

1. Wenn man über eine radikale Friedensutopie, eine Gesellschaft, die ohne Rüstung und Militär auskommt, nachdenkt, dann muss man über die Ränder dessen, was Friedensbewegung normalerweise beackert, hinausgehen. Insbesondere wurden hier immer wieder die Frage unseres Wirtschaftssystems und (damit in enger Verbindung stehende) ökologische Fragen, Fragen der Ressourcennutzung usw. angesprochen.
2. Es gibt nicht „die“ Strategie zur Erreichung dieses Zieles, sondern wichtig ist zu erkennen, dass verschiedene Ansätze, von der Thematisierung einzelner Waffentypen bis hin zu Verweigerung oder Schaffung eines international verbindlichen Rechtsrahmens, zusammenwirken können und müssen.
3. Strategieentwicklung bedeutet nicht, dass man einen „Masterplan“ erstellen könnte, der heute die einzelnen Schritte von hier bis zur totalen Abrüstung beschreibt. Ein solcher Masterplan wäre realitätsfern. Stattdessen gilt es, im Sinne guter strategischer Planung sich über Ober- und

Teilziele zu verständigen und Strategien zu entwickeln, die diese Teil- bzw. Zwischenziele in Angriff nehmen.

4. Friedensbewegung ist in dem letzten Jahrzehnt zu „schüchtern“ dabei geworden, ihre Visionen und Ziele klar zu benennen. Forderungen wie die Auflösung der NATO oder die Abschaffung der Bundeswehr werden kaum noch gewagt zu stellen. Hier wurde eine besondere Aufgabe auch des BSV gesehen: Über die Benennung von konstruktiven Alternativen zu Rüstung und Militär diese Friedensvisionen wieder in den Blick zu nehmen und gleichzeitig zu zeigen, dass sie realisierbar sind.

Als konkrete Perspektive wurde auf der Tagung (und der anschließenden Mitgliederversammlung) diskutiert, den Alternativen der Sozialen Verteidigung als gewaltlosem Verteidigungskonzept und der zivilen Konfliktbearbeitung als einem umfassenden Instrumentarium der Bearbeitung von Konflikten ohne gewaltgestützte Politik als einen Teilansatz die Alternative des zivilen, unbewaffneten Peacekeepings in Deutschland bekannter zu machen (Öffentlichkeitskampagne).

In dem Feed-back zu der Tagung wurden immer wieder zwei Punkte betont: Dass die Tagung ein Bedürfnis aufgriff, nämlich das Bedürfnis, grundsätzlicher und langfristig über Friedensperspektiven nachzudenken. Und zum anderen wurde sehr begrüßt, dass Fragen, die über den engeren Rahmen der Friedensarbeit hinausgehen, Platz hatten.

Diese Dokumentation der Tagung umfasst einige der Vorträge sowie Zusammenfassungen von Diskussionen und einige kürzere Texte, die von ReferentInnen nachträglich für diese Dokumentation verfasst wurden. Wir möchten ihnen und auch allen Teilnehmenden an der Tagung auf diesem Wege nochmals herzlich für ihre Beiträge danken.

Christine Schweitzer, im Juni 2014



2. „Keine Zeit für Utopien ?“ – Höchste Zeit für konkrete Utopien – aber wie entwickeln wir sie und wie können wir sie politisch fruchtbar machen? 12 Thesen und Fragen

Andreas Gross

1. Weder Illusion, noch „Wolkenkuckucksheim“ oder „unmöglich“. Utopie ist ein ausgesprochen historischer Begriff. Wie jemand über Utopien denkt und den Begriff versteht, sagt meist mehr über sie und ihn sowie über die Zeit und das Umfeld aus, in der sie leben, als dass es den Begriff bestimmt.
2. Dabei hat Thomas More „Utopia“ von 1515 schon viel deutlich gemacht: Die Insel jenseits der Welt, die ein schiffbrüchiger Seefahrer zufällig entdeckte, und von der er wieder zurückfand und erzählen konnte: Ein mögliches anderes besseres Leben für alle, das es (noch) nicht gab.
3. Aus der 500jährigen Geschichte der Utopien und des utopischen Denkens gilt es auch zu lernen: Von ihrer „Verzeitlichung“ Ende des 18. Jahrhunderts (Mercier, „Paris 2440“), ihrer bürgerlichen Vermählung mit der Gewalt (nach dem „Terror“ Robespierres während der Französischen Revolution), dem Scheitern der (autoritären) Ansiedlungen utopischer Sozialisten (1820-1870), der „Demokratisierung“ der Utopie durch Gustav Landauer (1905) und des Philosophs Ernst Bloch (1885-1977), dessen „Prinzip Hoffnung“ Bloch ursprünglich „Träume von einem besseren Leben“ hatte betiteln wollen.
4. Utopie als radikale Alternative im Interesse fast aller, objektiv möglich, doch (noch) nicht da, sondern bedarf unseres Engagements und Handelns. Doch es geht um einen Prozess, nicht um ein fixes Ziel. Je näher wir unserer (alten) Vorstellung der (konkreten) Utopie kommen, je eher wird sie abgelöst werden durch eine neue – in der zwischenzeitliche Erfahrungen und Überlegungen und Lerninhalte eingegangen sind.
5. Heute gibt es kaum mehr DIE (allesumfassende) Utopie; eher viele konkrete Utopien in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Orten.
6. Utopien fallen auch in Krisen („Sattelzeiten“) nicht vom Himmel. Sie müssen gemeinsam erarbeitet werden. So wie wir nur gemeinsam handeln können, können wir das heute mögliche Andere auch nur gemeinsam ausloten und verdeutlichen. Keiner kann allein finden, was an anderem besseren Möglichen in unserer Gegenwart schlummert.
7. Die größte Illusion wäre zu glauben, es könnte einfach so weiter gehen wie jetzt. Vielen fehlt viel. Es besteht ein enormer Utopie- und Handlungsbedarf. Reformen realisieren sich meist nur in kleinen Schritten – um so mehr benötigen wir aber die große Richtung, die uns unsere konkreten Utopien vermitteln; so machen sie uns kritik- und handlungsfähig (keine Flucht aus der Realität) und stiften Motivation.
8. Erfahrungen schaffen Hoffnung und nachhaltige Handlungsfähigkeit; deshalb können „Inseln der Zukunft“ helfen, „Vorscheine“ schaffen und illustrieren, was an besserem Anderem möglich wäre.
9. Die große Utopie der Überwindung der gesellschaftlichen Gewaltsamkeiten und Gewaltträchtigkeit in einer Welt, in der die Menschen zu sich und zueinander gefunden haben, in viele „kleine“ konkrete Utopien aufbrechen:
 - europäische Verfassung mit transnationaler Demokratie zur Restauration der politischen Macht gegenüber der Macht der Ökonomie;

- Globalisierung der Europäische Menschenrechtskonvention als Baustein einer globalen Demokratie;
 - Demokratisierung der UNO;
 - nicht entfremdete (Lohn)Arbeit ohne Zerstörung der natürlichen Lebensvoraussetzungen;
 - eine Welt, in der alle genug zu essen, Bildung, Obdach , Gesundheit und kulturelle Erfüllung finden und sich entfalten können;
 - wir lernen, die mit Freiheit notwendigerweise verbundenen Konflikte gewaltfrei auszutragen und fruchtbar zu machen für gemeinsames kollektives Lernen;
 - gemeinsames erwerbsarbeitsfreies Grundeinkommen für alle;
 - Lernen ohne Katastrophen – damit es nicht zu Katastrophen kommt;
 -
10. „Es ist erwiesen, dass in dem Maße, wie sich praktische Alternativen zu einer subjektiv als unerträglich betrachteten Situationen zeigen, die Bereitschaft wächst, sich auf Lernprozesse einzulassen.“ (O. Negt)
Entsprechende Alternativen sind umso wirksamer, je mehr sie an den Alltagserfahrungen (und der politischen Lebenswirklichkeit) der Menschen anzuknüpfen verstehen.
11. Konkrete Utopien können uns lehren, in Alternativen zu denken, was wiederum hilft, den „Möglichkeitssinn“ zu schärfen, herauszufinden, was Anderes Besseres möglich wäre, und die Menschen dafür zu gewinnen.
12. Das Paradox unserer Zeit: Obwohl so viele systemische Fehler und Unzulänglichkeiten erkannt sind, leidet „unsere Gegenwart an chronischer Unterernährung der (politisch) produktiven Phantasie“ (O. Negt / E. Bloch). Weshalb vermögen wir uns das Ende der Welt besser vorzustellen als die Überwindung des Kapitalismus?

Quellen

Unter www.atelierdd.ch (Lehre) finden Sie alle Materialien und studentischen Arbeiten des Seminars „Geschichte und Philosophie des utopischen Denkens“ an der Uni St.Gallen (Schweiz) vom Herbst/Winter-Semester 2013

Oskar Negt, Nur noch Utopien sind realistisch, Steidl/Göttingen, 2012

Peter Thompson & Slavoj Žižek, The privatisation of Hope: Ernst Bloch and the future of Utopia, Duke University Press, Durham & London, 2013



3. Herausforderungen, Utopien und Wandel in der Friedensbewegung

In dem Panel zu diesem Thema haben wir versucht, einen historischen Bogen vom 1. Weltkrieg bis heute zu schlagen. Zwei der ReferentInnen haben ihre Thesen anschließend verschriftlicht. Die drei PodiumsteilnehmerInnen beschrieben die historische Entwicklung seit der bürgerlichen und der sozialistisch-anarchistischen Friedensbewegungen aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg vor über 100 Jahren.

3.1 Die westdeutsche Friedensbewegung zur Zeit des West-Ost-Konfliktes 1945-1989: Beobachtungen, Erfahrungen, Einschätzungen

Andreas Buro

Die Zeit von 1945-1989 (Zeit des 3. Weltkrieges, genannt West-Ost-Konflikt) lässt sich grob in folgende Phasen der Friedensbewegung aufteilen:

1945-1955: Heterogene Gruppen treten ein für „Nie wieder Krieg“ und auch gegen Atomwaffen.

1955-1959: Göttinger Erklärung . Die Aktion „Kampf dem Atomtod“ durch SPD und Gewerkschaften wird 1959 beim SPD-Parteitag in Bad Godesberg zugunsten einer Orientierung auf eine große Koalition aufgegeben

1960-1970: Ostermarsch-Bewegung /Kampagne für Demokratie und Abrüstung. Erste unabhängige große neue soziale Bewegung.

1971-1979: Geringe friedenspolitische Aktivitäten

1980-1984: Große Kampagnen gegen den NATO-Doppelbeschluss (Mutlangen, Bonn)

1985-1989: Abflauen der friedenspolitischen Aktivitäten

Thesen

Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte entstand seit 1960 eine sozial weit gefächerte pazifistische und antimilitaristische Friedensbewegung, die von Großorganisationen unabhängig war und sich über ihre UnterstützerInnen finanzierte. Den Anstoß hierzu gab in einer Zeit, in der PazifistInnen gesellschaftlich marginalisiert sind, erstaunlicherweise eine pazifistische Gruppierung. Sie schaffte mit den Ostermärschen eine Plattform, an der sich die verschiedensten politischen Kräfte beteiligen konnten, ohne ihre spezielle Thematiken/Ideologien aufgeben zu müssen.

Die Ostermarsch-Bewegung gegen Atomwaffen in West und Ost war zunächst eine Ein-Punkt-Bewegung. Durch die Bearbeitung der Probleme und Bedrohungen des atomaren Abschreckungssystems wurde die Thematik ständig ausgeweitet und es entstanden soziale Lernprozesse. So wuchs die Expertise der Bewegung ständig.

In der Zeit des West-Ost-Konflikts lag auf den TeilnehmerInnen der Friedensbewegung ein schwerer psychischer Druck. Soziale Beziehungen zerbrachen. Karrieren wurden beschädigt. Die

lokale Gruppenbildung war in dieser Situation nicht nur wichtig für die Aktionsfähigkeit, sondern auch für die psychische Stabilisierung der Engagierten.

Die Friedensbewegung erwartete kaum, dass ihre Vorschläge von der Regierung umgesetzt werden würden. Die Folge ihrer Aktivitäten bestand darin, das Denken in der Gesellschaft über Gewalt und Krieg im Sinne friedlicher Verhaltensweisen zu verändern und damit auf lange Sicht auch bei den Regierungen einen Wandel zu erreichen. Diese Erwartung wurde bis zum Ende des Kalten Krieges jedoch nicht eingelöst.

Von der Friedensbewegung wurde meist nur schwer der Wunsch großer Teile der Bevölkerung verstanden, die Bedrohung durch Krieg und seine atomaren Waffen psychisch zu verdrängen. Sie konnte sich deshalb die Feindseligkeit der Bevölkerung ihr gegenüber meist nicht erklären. Sie versuchte daraufhin oft, die Bedrohungsszenarien noch düsterer zu zeichnen, was jedoch nur den Verdrängungswunsch wie auch die Feindseligkeit gegenüber der Friedensbewegung verstärkte.

Oftmals wurde von der Friedensbewegung gefordert, aus diesem oder jenem Anlass Großdemonstrationen zu veranstalten. Das war und ist jedoch nicht beliebig möglich, hängt doch die Bereitschaft sich zu beteiligen, von der Motivation der einzelnen BürgerInnen ab. Ich gehe davon aus, dass jeder Mensch über eine Motivationspyramide verfügt. Sie zeigt seine Prioritäten an. Häufig, wie in sozialen Krisenzeiten, haben persönliche Motivationen Vorrang, während langfristige friedenspolitische Motivationen und fern liegende Ereignisse in ihrer Motivationskraft zurückfallen. Mobilisierung in großem Maße ist deshalb besonderen Situationen vorbehalten. Außerdem war zu beobachten, dass Großdemonstrationen in der Regel eine Inkubationszeit von mehreren Wochen benötigen, bis sich die TeilnehmerInnen informiert haben, klar geworden sind und sich für oder gegen eine Teilnahme entscheiden. In dieser Zeit ist die Aufklärungsarbeit der Friedensorganisationen von größter Bedeutung.

Wenn, wie beim NATO-Doppelbeschluss, nach großen Demonstrationen und Aktionen die Bedrohung erheblich nachgelassen hatte, konnte die Friedensbewegung ihre günstige Position oft nicht in eine Dauermobilisierung überführen. Die Menschen fühlten zu Recht, dass die Bedrohung so nicht mehr vorhanden war und wendeten sich anderen Motivationen auf ihrer Pyramide zu, die nun Priorität bekamen.

Neue Aktionsformen verloren oftmals in den Medien schnell an Aufmerksamkeit. So ist es gewaltfreien Blockaden ergangen, wenn sie nicht mit großer Hartnäckigkeit, mit vielen TeilnehmerInnen und über lange Zeit fortgeführt werden konnten. Dagegen konnten kleinere originelle Aktionen mit geringem Aufwand viel Aufmerksamkeit erregen. Ein Beispiel ist die „Aktion Volkssarg“ gegen die Notstandsgesetze..

Das Verhältnis der Friedensbewegung zu den Medien war in Zeiten des West-Ost-Konflikts besonders schwierig. Die Medien folgten zu einem großen Teil dem Mainstream des Kalten Krieges. Bei komplizierteren Fragen der Militärstrategie oder der zivilen Konfliktbearbeitung waren diese oftmals überfordert. Die Entfaltung eines Friedensjournalismus ist bis heute eine wichtige Aufgabe von Friedensarbeit. Häufig begnügten sich Medienberichte mit der Bewertung von Teilnehmezahlen an Demonstrationen. Die viel wichtigere Dauerarbeit der Friedensorganisationen bei Information und Aufklärung wurde in der Regel nicht beachtet. Das ist bei der Gestaltung unserer Öffentlichkeitsarbeit zu berücksichtigen.

Durchgängig war es schwierig, gewaltfreie Demonstrationen vor gewaltbereiten Gruppen oder auch vor Gewaltprovokationen der Polizei zu schützen. Die Medien haben sich meist auf die gewaltsamen Auseinandersetzungen konzentriert und die politischen Aussagen und Forderungen ignoriert. Über Prügeleien und Steine werfen war selbstverständlich viel einfacher zu berichten. Ein bis heute weitgehend ungelöstes Problem.

Immer wieder tauchte die Frage auf, ob sich die Friedensbewegung mit Parteien verbünden sollte. Das grundsätzliche Problem bestand und besteht darin, dass für Parteien die vorrangige Aufgabe in der Stimmenmaximierung besteht, während sich soziale Bewegungen an Sachproblemen orientieren können. Kommen Parteien in die Situation der Regierungsbeteiligung, müssen sie sich in hohem Maße den größeren Partnern in der Militärpolitik anpassen. Ein eklatantes Beispiel hierfür sind die Grünen. Die Schlussfolgerung lautete deshalb meist: Unabhängigkeit von

Parteien und Wahrung der Selbstständigkeit bei gleichzeitiger Bereitschaft zu Kooperation, wo diese möglich ist. Dies schließt allerdings gemeinsame Veranstaltungen mit Parteien aus, da sonst der Eindruck in der Öffentlichkeit entsteht, die Friedensbewegung sei ein Anhängsel einer Partei. Das würde ihr schaden und UnterstützerInnen aus anderen Richtungen abschrecken. Man darf auch nicht hochrangige ParteipolitikerInnen auf Friedenskundgebungen reden lassen, weil die Berichterstattung über deren Aussagen dann dominieren würde.

Internationale Arbeit der Friedensbewegung hatte in der Regel eine große Reputation. Sie war jedoch nur als kontinuierliche Arbeit wirklich wirksam und bedurfte deshalb stets eines organisatorischen Rahmens. Sie war sehr teuer und konnte in der Regel nicht ausreichend finanziert werden. Da in den jeweiligen Staaten die nationalen Friedensbewegungen vor höchst unterschiedlichen Aufgaben standen, war die internationale Zusammenarbeit de facto meist von geringer Bedeutung für die nationale Arbeit – außer im kulturellen Bereich (Joan Baez).

Den Kampf gegen die Legitimationsideologien zur Rechtfertigung von Rüstung und Krieg hat die Friedensbewegung nicht konsequent vorangetrieben. Christliche Kirchen haben sich zwar vom Gerechten Krieg verbal abgewendet, nicht jedoch wirklich von seinem Grundgedanken, dass Krieg unter bestimmten Bedingungen erlaubt sei. So konnten Ersatzideologien wie humanitäre Intervention und Responsibility to Protect greifen. Auch Gewalt als letztes Mittel galt und gilt immer noch als Begründung für Rüstung.

Analyse und Protest waren die größten Stärken der Friedensbewegung. Auch ihre Expertise bezogen auf Rüstung und Militär war beachtlich. Vernachlässigt wurde jedoch ihre Zielsetzung, wie nämlich ohne Gewaltanwendung und Militär brisante Konflikte gelöst werden sollten. Zwar wurden im Laufe der Jahre Teilziele wie atomwaffenfreie Zonen, Defensivkonzepte mit Abrüstungsdynamik oder die Entwicklung sozialer Verteidigung benannt, doch beantworteten diese nicht die Frage nach einem gewaltfreien Umgang mit Konflikten. Diese Problematik rückt erst in den Folgejahren in den Mittelpunkt der Diskussion unter den Stichworten: Vertrauensbildung, Prävention, Deeskalation, Zivile Konfliktbearbeitung.

Indem die Friedensbewegung die genaue Bestimmung ihrer Zielsetzung vernachlässigte, konnte sie sich in der hier betrachteten Zeit auch nicht angemessen auf Strategieentwicklung einlassen. Strategie heißt, den oder die möglichen Wege zum Ziel zu erörtern und zu bestimmen. Das ist bis zur Gegenwart eine dringende Aufgabe geblieben.

Trotz größter Schwierigkeiten aus der West-Ost-Verfeindung und aus der Notwendigkeit, gesellschaftlich sehr heterogene Gruppierungen zur Zusammenarbeit für Friedenssicherung zu bewegen, halte ich fest: Es ist der Friedensbewegung in der Zeit des West-Ost-Konflikts gelungen, zu einem anerkannten, wenn auch von Medien und Politik meist wenig geliebten Teil des politischen Spektrums in Deutschland zu werden und einen beträchtlichen Beitrag zum Wandel gesellschaftlichen Bewusstseins in Richtung auf eine kritische Beurteilung von Rüstung und Kriegsorientierung der deutschen Politik geleistet zu haben.

3.2 Herausforderungen, Utopien und Wandel in der Friedensbewegung

Christine Schweitzer

Bis 1989 waren die Friedensbewegungen im Westen (wie im Osten, wobei sie da viel schwächer waren) geprägt von den Herausforderungen des Ost-West-Konfliktes mit seiner Drohung eines nuklearen Dritten Weltkriegs, obwohl solch ein Krieg nur zur gegenseitigen Vernichtung führen konnte. Die BRD war insofern in einer Sonderrolle, als dass ihr Militär bis 1989 Krieg ausschließlich übte und vorbereitete, aber sich nicht an den Kriegen in aller Welt beteiligte, in denen auch damals schon internationales Militär von West und Ost aktiv war: von Korea über Vietnam bis Panama und von den Einsätzen in sozialistischen ‚Bruderländern‘ zur Niederschlagung von Aufständen dort bis zu Afghanistan. Noch entsandte Deutschland Truppen in internationale UN-Missionen (‚Blauhelmissionen‘), die bis dahin eher von kleineren Staaten ohne Weltmachtinteressen durchgeführt wurden.

Nach 1989: „Friedens erzwingung“ und „Krieg gegen den Terror“

Das alles veränderte sich nach 1989: Unter der Legitimation der „humanitären Intervention“, i.d.R. gebilligt und mandatiert vom UN-Sicherheitsrat, der nicht mehr durch den Ost-West-Konflikt blockiert war, fanden bis 2001 eine Reihe von militärischen Einsätzen statt, die der „Friedens erzwingung“ galten – von Irak 1991 über Bosnien-Herzegowina bis zum Kosovo.

UN-Missionen veränderten ihren Charakter. Heute beteiligen sich Großmächte an ihnen. Sie sind i.d.R. von Paragraph VII der UN-Charta legitimiert, was bedeutet, dass sie Waffengewalt nicht nur zum Selbstschutz, sondern zur Durchsetzung ihres Mandates anwenden dürfen. Und sie sind „multidimensional“, d.h. schließen zivile Aufgaben ein, was unter dem Begriff des *post-war peace-building* inzwischen zu einem Standardinstrumentarium geworden ist – Staatsaufbau, Durchführung von Wahlen, Reintegration von KombattantInnen, Förderung von Zivilgesellschaft usw. Nach den Debakeln des Bosnien-Krieges und aufgrund der Interessen vor allem der USA und Großbritanniens, die sich nicht der UN unterstellen mochten, begann ab 1989 die NATO, die Durchführung von „Friedens erzwingung“ zu übernehmen, während das *post-war peace-building* i.d.R. eine Vielzahl von internationalen Akteuren sieht, von denen die Vereinten Nationen nur einer ist.

2001 stellte insofern eine neue Zäsur dar, als dass nach den Terroranschlägen des 11. September die NATO das erste Mal seit ihrer Gründung den Verteidigungsfall ausrief. (Ein Status, der bis heute bestehen bleibt, wobei es wohl vor allem daran liegt, dass er immer noch nicht beendet wurde, dass die NATO im Konsens entscheiden muss und dieser Konsens schwer herzustellen ist.) Der Krieg in Afghanistan wurde mit diesem Verteidigungsfall begründet; ebenso wie die anderen Anti-Terror-Unternehmungen wie z.B. Atalanta im Mittelmeer. Der zweite Krieg gegen den Irak 2003 war hingegen wieder mit der Abwehr internationaler Gefahren begründet wie die „Friedens erzwingungen“ zuvor.

Was speziell das wiedervereinigte Deutschland betrifft, so sah es zwischen 1989 und 1999 eine schleichende Gewöhnung an die Entsendung der Bundeswehr in internationale Einsätze, entgegen dessen, was das Grundgesetz eigentlich als Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes verboten hatte. Die „Normalisierung“, wie es bezeichnet wurde, nahm ihren Abschluss mit der deutschen Beteiligung an dem Jugoslawien-Kosovo-Krieg 1999.

Heute, 2014, können wir zwei neue Tendenzen beobachten. Die eine ist eine gewisse Erschöpfung der Großmächte in Bezug auf „große“ Militäreinsätze wie Afghanistan oder Irak, die man sich finanziell zunehmend nicht mehr leisten kann. Stattdessen möchte man - wenn möglich - das Kämpfen einheimischen Truppen überlassen, die man lediglich mit Ausrüstung und bestenfalls im Vergleich zu Afghanistan und Irak kleineren Zahlen von Truppen unterstützt – Mali und die Zentralafrikanische Republik dienen hier als Beispiele, ebenso wie das Zögern des Westens, in Syrien zu intervenieren.

Die zweite, deren Ergebnis derzeit noch völlig unabsehbar ist, ist die Konfrontation mit Russland über die Krim bzw. die Ukraine. Alle Zeichen sprechen derzeit für eine Renaissance jenes Teils der Militär-Unkultur, bei der es um Abschreckung und Landesverteidigung geht. Im Übrigen ein Szenario, das niemals völlig verschwunden war, wenngleich man sich in Europa als „von Freunden umgeben“ sah. Aber es ist bekannt, dass Think Tanks, besonders in den USA, schon immer von möglichen neuen Großmachtkonfrontationen ausgingen, wobei sowohl China als auch Russland als mögliche Gegner der Zukunft genannt wurden. Das soll nun nicht heißen, dass es wahrscheinlich ist, dass ein neuer Ost-West-Konflikt in den Parametern des Alten entsteht, oder die Gefahr einer nuklearen Konfrontation groß sei. Aber zumindest solange in Russland das gegenwärtige Regime an der Macht ist (wir haben an vielen Beispielen gesehen, wie schnell sich das ändern kann), dürfte die Kooperation zwischen dem Westen und Russland in Sicherheitsfragen stark beschränkt sein. Und das wiederum führt vermutlich dazu, dass der Westen noch schneller als in den letzten Jahren bereit ist, den UN-Sicherheitsrat links liegen zu lassen und seine strategischen und ökonomischen Interessen selbstmandatiert zu verfolgen. Und Deutschland möchte da mit dabei sein, wenn man den Aussagen zu „deutscher Verantwortung“ des von Reiner Braun als „Trio Infernale“ bezeichneten deutschen RednerInnen¹ auf der Münchner Sicherheitskonferenz Glauben schenken darf.

Utopien

Meinen Thesen zu Aufgaben der Friedensbewegung heute möchte ich eine Vorbemerkung vorausschicken: Krieg ist kein Naturgesetz. (Krieg verstehe ich dabei hier erstmal schlicht als organisierte, vorgeplante Gruppengewalt – nicht aggressives Verhalten Einzelner.) Alle Argumente der Art, „der Mensch ist nun mal so“, und „Kriege wird es immer geben“ sind fehlerhaft. Die größten Teile der Menschheitsgeschichte liegen bislang im Dunkeln, denn unsere schriftlichen Quellen reichen für kleine geographische Punkte vielleicht 8000 Jahre zurück. Selbst in dem im Vergleich zu anderen Kontinenten akribisch archäologisch untersuchten Europa gibt es ständig noch Überraschungen, die die Ur- und FrühgeschichtlerInnen umdenken lassen müssen. Deutlich ist aber, dass es auch hier lange, Jahrhunderte währende Zeiträume ohne nachweisbare Kriege gegeben hat. Und selbst noch vor 100 oder 80 Jahren gab es – zugegebenermaßen, in isolierten Teilen der Erde – noch Gesellschaften, die Krieg nicht kannten.

Ekkehart Krippendorff hat eine enge Verbindung von Staat und Krieg gezogen, die plausibel ist. Aber auch sie ist nicht zwangsläufig, denn es gibt Regionen – Westeuropa ist vielleicht das augenfälligste Beispiel – wo zwischenstaatliche Kriege untereinander nicht mehr denkbar sind. Statistiken zeigen uns auch, dass die Zahl von internationalen, aber auch von inneren Kriegen in den letzten zwanzig Jahren zurückgegangen ist.

Herausforderungen

Krieg ist kein Gesetz, aber Kriege sind eine für die Mächtigen verdammt nützliche Institution. Waren es früher Raubzüge, Kontrolle über Territorium, die Einverleibung neuen Landes (was wiederum neue Untertanen, neue Steuern oder neues Siedlungsgebiet brachte) oder die eigene Sicherheit, sind es heute – im Kern - dieselben. Mehr die Legitimationen als die tatsächlichen Gründe haben sich verändert. Was unter der Schutzverantwortung oder humanitärer Intervention diskutiert wird, ist in den meisten Fällen Vorwand statt wirkliche Motivation und wird gerechtfertigt mit jenen Fällen, wo sie nicht stattgefunden haben – Ruanda und Srebrenica stehen hier an erster Stelle.

Wichtig ist dabei, anzuerkennen, dass die Menschen nicht immer und grundsätzlich gegen Krieg sind. Im Gegenteil:

a. Wenn Krieg völlig dysfunktional wäre, zumindest in der Sicht der jeweils Herrschenden, dann würde es ihn schon längst nicht mehr geben. Krieg ist nützlich, denn er kann die Wirtschaft antreiben (wenngleich nicht immer – manchmal führt er auch zum Ruin) und macht es leichter,

¹ Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen.

innenpolitische Defizite im Interesse der „nationalen Einheit“ zu überdecken und Menschenrechte ungestraft zu verletzen. Und manchmal ist er auch erfolgreich in Bezug auf die Ziele, die die Kriegführenden verfolgen. Den Alliierten im 2. Weltkrieg ist es gelungen, Hitler-Deutschland zu besiegen, wenngleich zu entsetzlichen Kosten. Vietnams Invasion in Kambodscha hat das Pol Pot Regime, das zwei Millionen seiner eigenen BürgerInnen ermordet hatte, beendet. In Irak und Afghanistan wurde zwar keine Sicherheit für die BürgerInnen hergestellt, aber Regierungen an die Macht gebracht, die bereit sind, mit dem Westen zu kooperieren, was vermutlich das Hauptziel der Angriffe auf diese beiden Länder gewesen ist.

b. Der Glaube an die Allmacht der Gewalt ist ziemlich ungebrochen – das gilt für innergesellschaftliche Auseinandersetzungen wie für das internationale Feld. Vielleicht ist man eher bereit als früher, es „erstmal ohne Gewalt zu versuchen“, aber wenn sich keine Erfolge einstellen oder die andere Seite zu massiver Gewalt greift, dann wird ebenfalls zu Gewalt übergegangen. Das war in Syrien und der Ukraine genauso zu beobachten wie es in der Rhetorik mancher linker Protestgruppen angelegt ist, die sich nicht auf Gewaltfreiheit verpflichten wollen. Gewaltfreiheit als dritter Weg zwischen Nichtstun und Gewalt ist etwas, was weltweit gesehen nur kleinen Minderheiten einleuchtet.

c. Krieg findet schnell die Zustimmung der breiten Öffentlichkeit, wenn nationalistische / patriotische Gefühle geweckt werden. Wir wundern uns heute, wenn wir Bilder von den enthusiastischen jungen (deutschen, englischen, französischen, russischen usw.) Männern und den jubelnden Massen auf den Straßen sehen, die 1914 auf allen Seiten in den Krieg zogen. Dabei übersehen wir, wie schnell auch heute solche Gefühle wach werden können, wie es in Osteuropa seit 1989 oder auch in Nordirland oder dem Baskenland zu beobachten war und ist.

d. Was würde wohl geschehen, falls hier wirklich wichtige Rohstoffe ausgehen? Das haben wir zuletzt in der Ölkrise 1974 erlebt, bei der es allein um Benzin ging, aber noch nicht mit multiplen Rohstoffen. Wie viele Menschen würden bejahen, dass wir unsere wirtschaftlichen Interessen in aller Welt mit Gewalt absichern?

Wie viele Menschen bejahen schon heute, dass Menschen notfalls auch um den Preis ihres Lebens davon abgehalten werden, die Grenzen nach Europa zu überschreiten? Was, wenn aufgrund von Umweltkatastrophen ganze Länder unbewohnbar werden, wenn nicht nur Sylt und Amrum, sondern Bangladesch im Meer versinkt? Rassismus und Islamfeindlichkeit führen dazu, dass sehr vielen Menschen das Schicksal von im Mittelmeer ertrinkenden AfrikanerInnen letztlich genauso gleichgültig ist wie der Krieg in Syrien. Da geht man schon eher auf die Straße, falls dieselben Menschen es nach Deutschland schaffen und in einem Haus in der Nachbarstraße untergebracht werden sollen ...

Selbstverständlich gibt es auch sehr viele Menschen – dutzendfach mehr, als zu Veranstaltungen der Friedensbewegung kommen –, die diese Fragen anders sehen, die sich für friedliche Konfliktbearbeitung, einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und gegen menschenfeindliche Ideologien einsetzen. Ich hoffe und glaube, dass ihr Einfluss sich als stärker erweisen wird als die beschriebenen Gefahren.

Perspektiven

Die Menschen haben einen gewissen Einfluss auf das politische Handeln ihrer Regierung. Es gibt eine lange Fallliste von Aufständen, in denen Menschen einen Austausch der sie Regierenden, manchmal sogar einen Wandel in der Regierungsform erzwangen. Und in dem, was wir als Demokratie bezeichnen, wo eine minimale Kontrolle der Politik dadurch gegeben ist, dass wir alle vier Jahre entscheiden dürfen, welche Partei die Macht ausübt, spielt öffentliche Meinung und der berühmte „Druck von der Straße“ eine Rolle, denn eines haben alle Regierenden gemein: Sie möchten gerne weiter regieren. Und die Opposition möchte sie ablösen und schließt sich deshalb gerne Anliegen an, die ihre Chancen, diese Ablösung zu erreichen, zu erhöhen scheinen. Daher ist der Druck der Öffentlichkeit auf ihre Regierungen, „was zu tun“, ein mächtiger Faktor, nicht nur wirtschaftliche oder strategische Interessen der Regierenden. Er erklärt, warum im ehemaligen Jugoslawien militärisch interveniert wurde und in Ruanda nicht.

Es gibt verschiedene Grundstrategien, wie Krieg überwunden werden kann, und die alle schon mindestens 100 Jahre alt sind. Die folgende Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit:

- Internationale Rechtsordnung nach dem Vorbild der Befriedung innerhalb von Einzelstaaten, evtl. einschließlich einer „Polizei“ – was allerdings hier „Militär“ bedeutet - zur Verhinderung und Verfolgung von Gewalttaten.
- Ansetzen bei bestimmten Waffentypen:
 - „Humanisierung“ von Krieg durch die Ächtung bestimmter Waffentypen, oder evtl.:
 - Anfangen bei diesen Waffentypen mit der Hoffnung, dass entweder ohne sie kein Krieg geführt werden kann, oder dass eine allgemeine Welle von Abrüstung folgt, wenn man erstmal mit diesen Waffentypen begonnen hat.
- „Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“: Der antimilitaristische Ansatz der massenhaften Verweigerung – von Militärdienst und allen zivilen Hilfsdiensten, bis hin zur Verweigerung jeder Kooperation.
- Vollständige Abrüstung („Bundesrepublik ohne Armee“ – „BoA“), Auflösung der Militärbündnisse und der militärischen Komponenten ziviler Organisationen wie der EU.
- Rüstungsindustrie abschaffen und Kriegsgewinnler haftbar machen; Hindernisse gegen Konversion überwinden.
- Aufklärung, Offenlegen der „wahren Interessen“ –in der Annahme, dass dann die Menschen sich widersetzen.
- Alternativen aufbauen. Dazu gehören Soziale Verteidigung (deren Aktualität mir derzeit wieder zuzunehmen scheint), zivile Konfliktbearbeitung im internationalen Feld, gewaltfreie Intervention in Konflikte und ziviles Peacekeeping.
- „Die Welt ist eins“ mit Leben füllen – langatmige und kleinteilige Arbeit gegen Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und alle rechten Ideologien und menschenfeindlichen Denkweisen.
- Lebensweise ändern. Unabhängig werden von jenen angeblichen Interessen, die zu Krieg führen. Nachhaltiges Wirtschaften, Leben in Einklang mit der Natur und in Respekt vor allem Lebewesen, usw. gehören hier dazu.

„Frieden light“ gibt es nicht. Ich halte alle diese Ansatzpunkte für legitim und wichtig, und meine, dass sie Hand in Hand gehen müssen. Dies ist die These, mit der ich schließen möchte. Wir brauchen eine internationale (Rechts-)Ordnung genauso wie eine von unten entwickelte nachhaltige Lebensweise. Wir brauchen Alternativen zu Militär und Krieg, weil das Bedürfnis nach Schutz und Verhinderung von Gewalt legitim ist; ebenso wie die Aufklärung darüber, welche Interessen und Überlegungen Regierungen wirklich bewegen, ihr Militär einzusetzen und wer wieviel Profit aus dem Geschäft mit dem Tod zieht. Wir brauchen Menschen, die persönliche Konsequenzen aus dem ziehen, was sie für richtig halten, Menschen, die den Kriegsdienst oder die Kriegsdienste verweigern, wie es so viele Männer und Frauen in aller Welt tun. Wir brauchen die kleinteilige Arbeit gegen Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und all die anderen menschenverachtenden -ismen. Wir brauchen die Benennung unserer Utopie, einer Welt ohne Rüstung und Krieg, ebenso wie die Ächtung von bestimmten Waffentypen. Ich sehe all diese Ansätze als miteinander kompatibel, ja notwendig. Und viele dieser Schritte können wir gemeinsam gehen mit jenen, die sich nicht vorstellen können, dass man ganz ohne Militär auskommen kann.

4. Die Bausteine zu einer friedlicheren Welt

Unter dieser Oberüberschrift befassten sich Arbeitsgruppen mit verschiedenen Aspekten. Zwei Referenten haben ihre Texte zur Verfügung gestellt, obwohl ihre Gruppen aus unterschiedlichen Gründen ausfielen. Wir dokumentieren hier außerdem auch auf der Basis von Mitschriften der AG-Berichte im Plenum auch Texte zu zwei Gruppen, von denen kein Referat schriftlich vorliegt.



4.1 Rüstung und Militär abschaffen: Strategien gegen Krieg und Gewalt

Renate Wanie

In dem Beitrag werde ich ein Gesamtkonzept für ein exemplarisches planvolles Vorgehen der Friedensbewegung vorstellen, um bestimmte Ziele zu erreichen (keine einzelnen Strategien oder Aktionen) – auf dem Weg zum Ziel, Rüstung und Militär abzuschaffen. Nicht selten bleibt es in den Bewegungen bei der Zielformulierung ohne konkreten Plan. Oder umgekehrt werden Aktivitäten geplant, aber das Ziel nicht wirklich geklärt! Es geht also um Grundlagen für eine Strategiebildung in der Friedensbewegung auf der Basis der Gewaltfreiheit.

Begriffsklärung „Strategie“

Strategie ist aus dem Griechischen abgeleitet und leitet sich ab von ‚strategia‘ oder ‚stratos‘, das Heer, und agein ‚führen‘. So bedeutet Strategie im Militärwesen „i.e. *Sinn militärisches Konzept der Kriegsführung, die den Plan zur Erreichung eines Kriegszieles entwickelt*“. (Meyers Großes Taschenlexikon, Bd 22, 2003) Oder auch „*Planung und Führung im großen Rahmen*“ sowie „*die Kunst der militärischen Kriegsführung, Feldherrenkunst*“. (Wahrig, Fremdwörterlexikon 2003)

Heute wird auch in der Unternehmensstrategie von einem Entwurf und der Durchführung eines Gesamtkonzeptes gesprochen, ebenso von der Strategie eines Staates oder Bündnisses als Verhalten im Frieden. Militärstrategie stellt neben der Diplomatie und z.B. der Außen – und Wirtschaftspolitik nur eine der Faktoren dar.

In diesem Beitrag bedeutet *Strategie der Weg (Plan, Vorgehen) zum Ziel mit dem Einsatz von bestimmten (unterschiedlichen) Methoden und der vorhandenen Ressourcen*, eingebunden in ein politisches Konzept. Grundlage ist eine Analyse.

Grundsätzliches

1. Ausgangspunkt ist die kontinuierliche *Kritik am Bestehenden* und eine ständige *Analyse von Militärdoktrinen*, ein Grundpfeiler der Strategie in der Friedensbewegung. „Grundsätzliche und aktuelle Kritik von Militärpolitik und Rüstungsentwicklung“ ist wichtiger und kontinuierlich gesetzter Pfeiler der Friedensbewegung. ² Dazu gehören:

² Siehe Andreas Buro, Strategie der fünf Finger, unveröffentlichtes Papier, Strategiekonferenz 2014.

- Beharrliche Ablehnung von militärgestützter Politik (des „gerechten Krieges“ bzw. der „Humanitären Intervention“)
- Unaufhörliche Kritik an der Rüstungsproduktion und den Rüstungsexporten (z.B. Kleinwaffen), der Lagerung und Produktion von Atomwaffen.

Das bedeutet, Aufrüstung und Militäreinsatz die Legitimation zu entziehen. (Andreas Buro spricht von Legitimationsideologien als Grundlage für die herrschende Politik.) Und auch, Konflikte bzw. Unrecht ins Bewusstsein der Politik und Bevölkerung zu bringen und mit Aktionen zu dramatisieren (wie z.B. die Rüstungsproduktion und -exporte, militärische Interventionen, Beeinträchtigung der Lebensqualität und Freiheit von Menschen, beispielsweise durch die militarisierte Flüchtlingspolitik im Mittelmeer).

2. *Eine konstruktive Vision von einem positiven Frieden* und menschlicher Sicherheit vermitteln: Der Friedensbewegung dient ein umfassendes Verständnis von „Frieden schaffen“ als politische Grundlage. Das Konzept eines positiven Friedens (Galtung 1971) ist eng verknüpft mit sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit, Integration, Kooperation, der Verwirklichung der Menschenrechte und ökologischen Werten. Nach Galtung ist Frieden schaffen gleichbedeutend mit einem zielgerichteten Prozess kontinuierlicher Konfliktaustragung – mit gewaltfreien Mitteln! Der Weg ist das Ziel.

3. Zugleich ist die Friedensbewegung nicht ohne *Alternative* zur militärischen Aufrüstungs- und Interventionspolitik. Mit dem Konzept der Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) fordert die Friedensbewegung kontinuierlich die Verwirklichung eines friedlichen Austrags aktueller Konflikte. In den Dossiers des Monitoring-Projektes der „Kooperation für den Frieden“³ werden Situationsanalysen und konkrete Vorschläge zum zivilen Umgang mit akuten internationalen Krisen und Konflikten vorgestellt und angemahnt. Forderungen wie „Raus aus...“ sind nicht ausreichend, um einen grundlegenden Wandel öffentlich zu vermitteln. Hier sind konkrete Alternativen gefragt.

Das Motto lautet: *Eintreten für einen Paradigmenwechsel!* Für die zivile Bearbeitung politischer Konflikte.

4. Die Friedensbewegung will *Einfluss nehmen und in politische Prozesse eingreifen*. Sie versucht, falsche Entwicklungen zu behindern oder gar rückgängig zu machen und will den Herrschenden die Loyalität aufkündigen. Das Ziel des friedensbewegten Handelns ist auf Veränderung ausgerichtet. Ein Paradigmenwechsel muss her!

5. *Das Fernziel* ist die ‚Überwindung des Militärischen als Mittel der Politik‘. Ein weitreichendes Ziel! Dafür braucht die Friedensbewegung eine gemeinsame leitende, die Aktivitäten fokussierende, langfristige Handlungsperspektive, hierzu braucht sie Kampagnenfähigkeit.⁴

Ziele - Was will die Friedensbewegung mit ihren Strategien erreichen?

Es gibt zehn übergeordnete Ziele. Sie sind

- Grundsätzlich: die Vision einer Welt ohne Waffen
- im Besonderen: die Überwindung des Militärischen als Mittel der Politik
- Kriege abschaffen und eine Kultur des Friedens aufbauen
- soziale Gerechtigkeit herstellen, Integration, Kooperation
- Menschenrechte verwirklichen
- natürliche Lebensgrundlagen erhalten (Ökologie)
- Verständnis von einem positiven Frieden vermitteln, das heißt
- ZKB als zentrales Paradigma – „in der Öffentlichkeit und Politik erkennbar und glaubhaft machen“ (Buro: ebd. 2014)
- Bevölkerung für die Ziele der Friedensbewegung gewinnen, die Politik zum Umdenken bewegen

³ Das Monitoring-Projekt. Zivile Konfliktbearbeitung – Gewalt- und Kriegsprävention. Die Alternativen der Friedensbewegung zum militärischen Konfliktaustrag, 2006.

⁴ Siehe Renate Wanie: Militär entzaubern!, Friedensforum 6/2009.

- eine handelnde Friedensbewegung sein.

Was sind die Ressourcen der Friedensbewegung?

Zur Optimierung strategischen Handelns und um stärker Einfluss zu nehmen auf Veränderung des Bestehenden braucht die Friedensbewegung verfügbare Ressourcen, wie die folgenden zehn:

1. *Identifikation mit einer Politik der zivilen Konfliktbearbeitung* – innen- und außenpolitisch
2. *Sachkenntnis erlangen* über die Konfliktursachen und über alternative Konzepte zur militärgestützten Politik: die zivile Konfliktbearbeitung
3. *Solidarität mit den Betroffenen* von Gewalt und Krieg (Parteinahme)
4. *Handlungsfähigkeit entwickeln durch interne Qualifikation* und sorgfältige Vorbereitung der Proteste und des Widerstands:
 - Trainings in Gewaltfreier Aktion (Einüben von konkreten Verhaltensweisen, sich über Risiken Gedanken machen...)
 - Ausbildung in Moderation und Konsensentscheidungsfindung
5. *Politisches Handeln in der Gruppe* vermittelt Kraft und Stärke, emotionale Geborgenheit und federt Folgen von Aktionen ab; gemeinsames Nachdenken erleichtert die Planung und Vorbereitung.
6. *Demokratische und gleichberechtigte Formen des Umgangs* in der Aktionsgruppe begünstigen innovatives Lernen. Die Anwendung von Formen der Gewalt (z.B. im Sprachgebrauch) bedeutet der Beginn von hierarchischen Strukturen.
Die Friedensbewegung wird nicht erfolgreich durch Gewalt in der Aktion, sondern durch kreative und beharrliche Kritik an Gewalt und Gewaltorganisationen wie dem Militär. Wer Gewalt zulässt, zerstört die Glaubwürdigkeit der Bewegung und ermöglicht Provokateuren der Polizei ihr friedloses Handwerk zu betreiben, wie in Strasbourg 2009.⁵
7. *Die Philosophie der Gewaltfreiheit* ist die Grundlage von Aktionen. Die Gewaltfreie Aktion ist die wirkungsvollste Aktionsform.
8. Aktive Gewaltfreiheit beruht immer auch auf einer *auf Verständigung ausgerichteten Kommunikation*. Der Grundpfeiler gewaltfreien Widerstands ist die *Dialogbereitschaft* in allen Phasen des Konfliktes, mit dem politischen Gegner und mit all jenen, die am Konflikt beteiligt sind, auch mit den Mitgliedern einer Aktionsgruppe.
9. Konstruktive Streitbarkeit, Betroffenheit, Lust an der Aktion und ebenso Energie gehören zu den Ressourcen gesellschaftspolitischer Einmischung.
10. *Personelle und finanzielle Ressourcen* aufbauen. FriedensarbeiterInnen-Stellen für die kontinuierliche Koordinierung von Aktivitäten schaffen.

Die Macht der Regierenden besteht nur so lange, wie es ihnen gelingt, von der Bevölkerung kommunikative Zustimmung, also Legitimation für ihre Politik zu erhalten! Das muss die Friedensbewegung mit öffentlichen Aktionen durchbrechen!

Elemente zur Strategiebildung

Zum Aufbau einer demokratischen und partizipativen Gegenmacht braucht die Friedensbewegung eine planvolle Strategiebildung wie auch ein neues Verhältnis zur Entwicklung von gewaltfreier Macht „von unten“. Als Grundlage dienen die genannten Ressourcen.

Zur Strategiebildung zählen

- *Friedensallianzen bilden*⁶, das bedeutet
- *Bündnisfähigkeit entwickeln*

⁵ Vergleiche Wanie, Neun Thesen für die Weiterarbeit nach Strasbourg. Friedensforum 3/2009, S. 4.

⁶ Siehe Hanne-Margret Birckenbach, Friedenslogik statt Sicherheitslogik. 11. Internationale Friedenskonferenz in München 2013 (www.friedenskonferenz.info/pdfs/Birckenbach-MFK-2013-Red-GS.pdf).

- d.h., den politischen Handlungsspielraum erweitern und in
- *Kooperation* mit potenziellen BündnispartnerInnen (Gruppen und Organisationen in den sozialen Bewegungen, wie etwa in Zusammenarbeit mit globalisierungskritischen Bewegungen (z.B. attac) gegen neokapitalistische Globalisierung und deren militärischer Durchsetzung, Friedensforschung)
 - mit dem Ziel, die *politische Wirkung* zu verbreitern:
 - *mehr Menschen* gewinnen und
 - eine *größere Mobilisierung* erreichen.

Bündnisse entstehen durch einen tragfähigen Zusammenschluss von verschiedenen Strömungen in der Friedensbewegung sowie von unterschiedlichen Spektren aus den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und kirchlichen Gruppen auf ein politisches Ereignis hin (wie z.B. zum 60. NATO-Gipfel, zur Militärintervention in Mali, Abstimmung im Bundestag bei der Frage zur Verlängerung der Bundeswehreinätze in Afghanistan). In aller Regel sind das Bündnisse, die je nach politischer Situation und Aktionsform ad-hoc oder für eine längerfristige Zusammenarbeit (z.B. gegen den Krieg in Afghanistan) sowohl national, regional oder auch international (wie zum 60. NATO-Gipfel, zu 100 Jahre 1. Weltkrieg) entstehen und strategischen Charakter haben. Möglich sind eine *gemeinsame Erklärung* oder *mehrere parallele Erklärungen* mit ähnlichem Grundtenor. Das Motto könnte heißen: „Lasst 1000 Blumen blühen!“ Es geht um Bündnisse, die sichtbar und hörbar wahrgenommen werden! Zudem könnte eine Vielfalt in der Friedensbewegung unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ansprechen.

Erwähnen möchte ich noch die *Unabhängigkeit von politischen Parteien* als wichtige Bedingung für die Arbeit und Wirksamkeit sozialer Bewegungen. Parteien handeln u.a. danach, was ihnen Vorteile bringt – ganz gleich, ob sie an der Macht sind oder in der Opposition. Parteien wollen gewählt werden.

Weitere Elemente zur Strategiebildung:

Neben den genannten gilt es, weitere Elemente einer Strategiebildung zu berücksichtigen:

- *Herausbildung einer gemeinsamen Auffassung*
 - (Streiten über Ziele, wie z.B. über politische Forderungen zum Konflikt in der Ukraine oder über Grundlagen wie Gewaltfreiheit im Aktionskonsens oder ZKB als Gegenentwurf zur Militärpolitik)
- *Handlungsfähigkeit entwickeln*
 - gemeinsame Strategieentwicklung zum planvollen Vorgehen, gesellschaftliche Wirklichkeit im Blick haben (Analyse erstellen, um was geht es gerade? Wer ist für das Anliegen der Friedensbewegung zu gewinnen? Ist eine quantitativ große Aktion unbedingt erfolgversprechend?)
- *Kampagnenplanung* (mittel- und langfristig, Kampagnentypen unterscheiden, z.B. in Aufklärungs- und Druckkampagne)
- Gemeinsame *langfristige Handlungsperspektive entwickeln* (zur Überwindung des Militärischen als Mittel der Politik), Aktivitäten fokussieren und möglicherweise *Kampagnenfähigkeit aufbauen*. Erfolg ist organisierbar! (Jochen Stay, X-tausendmal quer)
- Mehrere *begrenzte Teilziele* benennen, die an aktuellen Entwicklungen (z.B. Entscheidungen im Bundestag, Gedenktage als Anlass) ansetzen und nicht nur die gegenwärtig nicht erreichbaren Fernziele im Blick haben.
 - Beispielsweise setzte die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ Teilziele, wie z.B. Aufklärung durch spektakuläre Aktionen vor Rüstungsbetrieben oder die Strafanzeige von Jürgen Grässlin gegen Heckler & Koch wegen Kleinwaffenlieferungen nach Mexiko, mit dem Teilerfolg einer breiten Medienberichterstattung.
- *Lokale Gruppenbildung fördern*, dezentrale Angebote machen, mit denen sich Menschen vor Ort engagieren können, möglicherweise eingebunden in eine aktuelle Kampagne wie die Kampagne „Aufschrei“.

- *Alternative (konstruktive) Gegenentwürfe zum kritisierten Zustand* formulieren, wie die Zivile Konfliktbearbeitung oder Konzepte der Rüstungskonversion.
- *Eintreten für einen Paradigmenwechsel:*
 - Für die zivile Bearbeitung politischer Konflikte
 - ZKB glaubhaft und verständlich machen, z.B. durch den Hinweis auf die Monitoring-Reihe der Kooperation für den Frieden „Zivile Konfliktbearbeitung – Gewalt- und Kriegsprävention“. Die Reihe stellt die Möglichkeiten eines zivilen Umgangs mit politischen Konflikten an konkreten Beispielen dar.
 - Andere soziale Bewegungen dafür gewinnen.
- *„Drängen und kämpfen für den ständigen Ausbau von ZKB - Diensten und Institutionen“* (Buro: ebd. 2014), wie etwa
 - die „Schritte auf einem Weg zu einer friedlicheren Welt“ im „Friedensdekalog“ 2014 von Andreas Buro und der Kooperation für den Frieden, gerichtet an die neue Große Koalition und als Antwort an den Bundespräsidenten (www.kooperieren.de);
 - Einfordern von Mittelserhöhung für Ausbildungen und den Einsatz von Friedensfachkräften zum Zivilen Friedensdienst.
- Das bedeutet, eine *systematische und offensive Öffentlichkeitsarbeit* zu betreiben
 - Forderungen an die Politik stellen (z.B. Ausbau der Zivilen Konfliktbearbeitung ohne die Ultima Ratio des Militärischen, Umsetzung in die Praxis);
 - Aufzeigen von konkreten Alternativen zur Bearbeitung politischer Konflikte (Monitoring-Reihe);
 - „Systematisch Kontakte zu interessierten MedienarbeiterInnen aufbauen. Internetauftritte nach den Bedürfnissen jüngerer Menschen gestalten“ (Buro: ebd. 2014);
 - „Entzauberung“ von militärischen Aktionen: Was hat die Bundeswehr in Somalia, was in Afghanistan bewirkt? (Aufklärung)
- *Friedenspolitische Richtlinien* erstellen als Argumentationshilfe für Aktivitäten in den Bewegungen.
- *Ausübung von Druck und Gegenmacht* mit vielfältigen Aktionsformen. Denn die Erfolge der sozialen Bewegungen beruhen nicht nur auf der Überzeugung des Gegners. Gewaltfreie Aktionen greifen auch in bestehende gesellschaftspolitische Verhältnisse ein.

In welchem Maße in Verhältnisse eingegriffen wird, das hat der Friedens- und Konfliktforscher Theodor Ebert in einem *dreistufigen Eskalationsschema* dargestellt. Je nach Analyse der politischen Situation können die Akteure auf jeder Stufe viele verschiedenartige Formen sozialen Drucks einsetzen, die in unterschiedlicher Weise gesellschaftliche Wirkung zeigen und schließlich mit konstruktiven Ideen und Projekten zur Veränderung beitragen. (Siehe die untenstehende Übersicht: Steigerungs- oder Eskalationsstufen Gewaltfreier Aktion mit Beispielen)

Zum Schluss noch einen Hinweis von Andreas Buro in dem unveröffentlichten Papier „Strategie der fünf Finger“ für die Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden 2014: *„Qualitative Handlungsoptionen bevorzugen. Quantitative Handlungsoptionen nur nutzen, wenn dies von der gesellschaftlichen Motivationslage her erfolgsversprechend ist.“* Wenn also die Einschätzung vorhanden ist, Massen könnten mobilisiert werden, dann erst sollte beispielsweise eine Großdemonstration überlegt werden.

Ergänzend ein Zitat von Theodor Ebert: „Demonstrationen als solche führen nicht unmittelbar soziale Veränderungen herbei, zeigen aber dem politischen Gegner häufig ihren Verlust an Massenlegitimation und motivieren zu Reaktionen, sei es Entgegenkommens oder der Unterdrückung.“ (Ebert 2011⁷)

Zudem ist die Wirkmächtigkeit von Demonstrationen und anderen Protestaktionen sehr stark *vom gesellschaftlichen und politischen Umfeld abhängig*. In einem repressiven System kann eine

⁷ Theodor Ebert, Lexikalisches Stichwort „Gewaltfreie Aktion“. In: Steinweg, Reiner/Laubenthal, Ulrike (Hg.), Gewaltfreie Aktion. Erfahrungen und Analysen, Frankfurt/M 2011, S. 162-163.

gewaltfreie Aktion zivilen Ungehorsams besonders riskant sein und Gefängnisstrafen nach sich ziehen, wie aktuell beispielsweise in China (der Künstler Ai Wei Wei) oder in Saudi Arabien (Frauen, die sich trotz Fahrverbotes ans Steuer setzten). Gewaltfreie Aktionen müssen gesellschafts- bzw. kulturspezifisch ausgewählt werden.

In Deutschland ist ein breites Spektrum von Aktionsformen möglich (vgl. Eskalationsstufen). Formen zivilen Ungehorsams, bei denen Gesetze, Anordnungen und Regeln ö.ä. bewusst und gezielt übertreten werden, wie z.B. mit einer Sitzblockade, *können* je nach Rechtsverletzung zu einer Ordnungswidrigkeit mit Bußgeld, zu einem Wasserwerfer- bzw. Pfeffersprayeinsatz oder auch zur erkennungsdienstlichen Behandlung führen. Es gibt aber auch Fälle, in denen sich die Polizei bei gewaltfreien Aktionen mit den Akteuren auf Spielregeln einigt, wie z.B. bei der mehr-tägigen Großblockade vor dem Atomwaffenlager in Büchel 2013. Eingriffe in den Schienenverkehr zum Beispiel sind je nach Sachbeschädigung oder Körperverletzung ein Straftatbestand.

Um politisch wirkungsvoll Einfluss zu nehmen und dem bedeutenden Fernziel, Rüstung und Militär abzuschaffen, endlich näher zu kommen, braucht die Friedensbewegung eine planvolle Strategiebildung unter der Berücksichtigung von strategischen Teilzielen, der bestehenden oder noch zu schaffenden Ressourcen, der Einbeziehung von zivilen Alternativen zur herrschenden Militärpolitik wie auch Friedensallianzen zur Erweiterung des politischen Handlungsspielraumes – auf der Grundlage der Gewaltfreiheit.

Eskalationsstufen Gewaltfreier Aktion

Stufen 1-3 nach Theodor Ebert. Stufe 4: Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden
Beispiele: Renate Wanie (2012⁸)

Steigerungsstufe	Abwehrende Aktionen Protest + Widerstand	Aufbauende Aktionen	Wirkungsweisen
Herstellung von Öffentlichkeit	Protest z.B. Flugblätter, Demonstration, Unterschriftensammlung	Alternativen aufzeigen z.B. Gegengutachten, alternative Energiekonzepte, Konzept der zivilen Konfliktbearbeitung	Überzeugung
Legalen Eingriff in die Machtstrukturen	Legale Nicht-zusammenarbeit z.B. Wahlboykott, Streik, Boykott von wirtschaftlichen Produkten	Legale Gegenstrukturen z.B. alternative Wirtschaftssysteme, freie Schulen	Aufwand / Kosten steigern
Illegalen Eingriff in die Machtstrukturen	Illegale Nicht-zusammenarbeit Zivilen Ungehorsam z.B. Dauerblockaden auf dem Tahirplatz; „Freiwillige Genfeldbefreiung“	Illegale Gegenstrukturen z.B. selbstorganisierte Verkehrsregelung in Kairo z.B. parallele Bildungssysteme im Kosovo der	Machtverlust

⁸ Renate Wanie 2012.

		1990er Jahre	
--	--	--------------	--

Steigerungsstufe	Abwehrende Aktionen Protest + Widerstand	Aufbauende Aktionen	Wirkungsweisen		
Illegale Machtübernahme	Bestehende Einrichtungen übernehmen z.B. Landbesetzung in Guatemala, Fabrikübernahme in Venezuela	Alternative Gegenstrukturen z.B. Arbeiterselbstverwaltung	Machtentzug	Bestehende Einrichtungen übernehmen z.B. Landbesetzung in Guatemala, Fabrikübernahme in Venezuela	Alternative Gegenstrukturen z.B. Arbeiterselbstverwaltung

Aus: Renate Wanie, Aus dem Workshop „Gewaltfreie Aktion – ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse verändern. Zu Grundlagen und Vorbereitung Gewaltfreier Aktion, nicht nur in Ägypten“. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden- und Konfliktlösung (Hg.): Beiträge zur Friedensforschung: „Zeitenwende in der arabischen Welt. Welche Antwort findet Europa?“ Reihe: Dialog. Bd. 61, LIT Verlag Wien 2011, S. 45

Bericht aus der Arbeitsgruppe im Plenum

In der Gruppe wurden drei Säulen vorgestellt und besprochen: Ziele, Ressourcen, Strategie.

1. Was sind die Ziele?

Hier wurden zunächst die folgenden benannt und auf einer Stellwand gesammelt:

Als Oberziel formulierte die Gruppe, dass alle Menschen friedlich und sicher leben können. Die weitere hier dokumentierte Liste von Zielen sind letztlich nur Schritte auf dem Weg dahin:

- Vision einer Welt ohne Waffen
- Überwindung des Militärischen als Mittel der Politik
- Kultur des Friedens
- Kriege abschaffen
- Soziale Gerechtigkeit, Integration, Kooperation
- Verwirklichung von Menschenrechten
- Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen (Ökologie)
- Positiven Frieden vermitteln
- ZKB als zentrales Paradigma
- Eine handelnde Friedensbewegung

2. Welche Ressourcen sind in der Bewegung vorhanden, um den Zielen zuzuarbeiten?

- Identifikation mit ziviler Politik der Konfliktbearbeitung
- Sachkenntnis: Konfliktursachen; Alternativen zum Militär
- Solidarität mit den Betroffenen
- Handlungsfähigkeit
- Handeln der Gruppen, um sich gegenseitig zu bestärken.
- Demokratischen und gleichberechtigten Umgang – Gruppe
- Erfolgreiche Friedensbewegung: Kreative und beharrliche Kritik an Gewaltorgan; Nicht durch Gewalt
- Gewaltfreie Aktion wirkungsvolle Aktionsform
- Dialogbereitschaft (konstruktive Streitbarkeit)
- Lust, Energie, Betroffenheit, personelle und finanzielle Ressourcen

3. Daraus abgeleitet: Was bedeutet das für die Strategie?

- Bündnisse
- Herausbildung einer gemeinsamen Auffassung
- Lobbyarbeit
- Handlungsfähigkeit herstellen
- Gemeinsame langfristige Handlungsperspektiven – Kampagnen
- Lehren: begrenzte Teilziele
- Lokale Gruppenbildung
- Alternative Gegenentwürfe
- Eintreten für einen Paradigmenwechsel
- Drängen und kämpfen für den Ausbau von ZKB-Institutionen
- Systematische und offensive Öffentlichkeitsarbeit
- Friedenspolitische Richtlinien
- Druck und Gegenmacht ausüben – Eskalationsstufen

4. Konkrete Teilziele⁹, um diese großen Ziele herunterzubrechen

- Truppenübungsplatz abschaffen
- Mehr Schulen ohne Bundeswehr
- Kooperationsvereinbarungen kündigen
- LehrerInnenbildung
- Mehr hauptamtliche Stellen zur Friedensbildung

5. Ziele nach oben erweitert

Dazu kam eine andere Ebene der Diskussion, der die Frage der Ziele nach oben erweiterte. Ein Beitrag passte nicht auf die Wand, weil er das Vorgehen in Frage stellte. Es war die Frage, ob man als Ansatzpunkt jeglicher Analyse nicht erstmal tiefer gehen und fragen müsste, was die Interessen derer sind, die die Konflikte antreiben, Rüstung und Militär befördern, eine Analyse dessen, was zerstörerisch wirkt. Aus dieser Analyse der Motivation könne man erst verstehen, welche Ansatzpunkte sich ergeben.

6. Übergeordnetes Ziel:

Dass alle friedlich und sicher leben können.

Visionen: Inwieweit man nicht bei dem Gründungsgedanken des BSV anknüpfen sollte, den Ausstieg aus der Bundeswehr (vergleichbar mit dem Atomausstieg) gemeinsam mit den Kirche zu planen und strategisch anzugehen. Sollte man als Idee für weitere Arbeit auf Tafel da drüben hängen.

7. Weitere Erwägungen

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Diskussion war die zentrale Rolle, die Sachkenntnis spielt. Zum Beispiel:

- Handwerkszeug, wie der politische Prozess im Kleinen geht (z.B. Abgeordnete im Unterausschuss Zivile Krisenprävention ansprechen, wo sind die wichtigen Leute in Ministerien etc., im Sinne von effektiverem Handeln. Da könnten wir besser sein.
- Völkerrecht, juristische Grundlagen: Man müsste da mehr wissen. Manches wird aus Bauch heraus als verboten angesehen, ist dann aber vielleicht doch nicht völkerrechtswidrig.
- Erfahrungen reflektieren, z.B.: Streitschlichtung an Schulen, Massendemonstrationen. Für die strategische Planung muss man wissen, was man tun kann.
- Wissensdefizite bekämpfen. Frage, ob es Sinn macht, zurückzuschauen und zu fragen, was hat gut oder schlecht funktioniert.

Die AG sammelte Anregungen für die Arbeit des BSV, diese wurden aber nicht weiter beraten, sondern auf die Mitgliederversammlung am Sonntag verwiesen.

⁹ Anmerkung zum Thema Kampagnen: Es gibt vier Typen von Kampagnen:

- Aufklärungskampagnen
- Lobbykampagnen
- Druckkampagnen
- Mobilisierungskampagnen

4.2 Eine Gesellschaft ohne Rüstung und Militär - Welche Anforderungen an Konversion stellen sich?

Roland Vogt¹⁰

25 Staaten der Erde haben zurzeit keine militärische Streitmacht. In Europa gehören dazu Andorra, Island, Liechtenstein, Monaco, San Marino und Vatikanstadt. Außer Liechtenstein haben sie die Landesverteidigung einer Schutzmacht anvertraut. Sie sind damit aus pazifistischer Sicht kein besonders überzeugendes Beispiel für Militärfreiheit. Island ist sogar NATO-Mitglied und hat ein Verteidigungsabkommen mit den USA, die von 1951 bis 2006 auf der Insel einen Militärstützpunkt unterhielten. Liechtenstein hingegen hat 1868 seine Streitkräfte nach Auflösung des Deutschen Bundes aus Kostengründen abgeschafft, nachdem die Verpflichtung zur Truppenstellung für das Deutsche Bundesheer entfallen war. Es gibt – entgegen anderslautenden Behauptungen – auch *kein* Verteidigungsbündnis zwischen der Schweiz und Liechtenstein.

In den aus den Zerfallsprozessen der Sowjetunion und Jugoslawiens hervorgegangenen neuen europäischen Nationalstaaten wie etwa den baltischen Ländern und Slowenien setzten sich erstaunlich schnell die Befürworter neuer Streitkräfte und deren Integration in die NATO durch.

Im Fall der baltischen Länder stand dabei, wie wir im Juli 1992 in einer fact finding mission des BSV feststellen mussten, die latente Angst vor der Rückeroberung oder sonstigen Repressionen durch die Russische Föderation Pate.

Was lernen wir daraus? Vielleicht folgendes: Wenn in historisch seltenen Phasen die bis dahin gültige Legitimation des Militärischen verlorengeht und die Lücke nicht durch ein überzeugendes „zivilistisches“ Projekt gefüllt wird, setzen sich die Kräfte durch, die neue Legitimationen für den Auf oder Ausbau von Streitkräften liefern. Gelingen kann das umso leichter, wenn in der Bevölkerung und bei den Kräften politischer Neugestaltung kein Alternativen-Bewusstsein zum Militärischen herrscht.

Gibt es – abgesehen von Liechtenstein – ein Land, in dem das „Fenster der Gelegenheit“, das Militär abzuschaffen, genutzt worden ist?

Diesen Fall gibt es in der Tat: Costa Rica.

Costa Rica

Wie kam es dazu? Im März 1948 fand in Costa Rica ein Bürgerkrieg statt. Vorausgegangen war die regelwidrige Annullierung der Präsidentenwahl durch die bis dahin politisch herrschende Gruppe. Diese hatte zuvor schon einen Kritiker der Verhältnisse, José Figueres Ferrer, ins Exil nach Mexiko gezwungen. Figueres wirkte dort am Aufbau der gegen lateinamerikanische Diktatoren aufbegehrenden „Karibischen Legion“ mit. Als Anführer der aus ihr hervorgegangenen internationalen Brigade nutzte er die politischen Wirren nach dem Wahldebakel in seiner Heimat zu einem revolutionären Umsturzversuch. In dem dadurch ausgelösten verlustreichen Bürgerkrieg gewann er militärisch die Oberhand und politisch die Führung. Als Leiter einer Übergangsregierung und kurz darauf als gewählter Präsident setzte er die Abschaffung des Militärs in Costa Rica durch.

Ich habe heute noch den triumphalen Unterton des damals über 80-Jährigen im Ohr, als er 1984 auf einem Zukunftskongress in San José, der Hauptstadt Costas Ricas, sagte: „Ich habe nicht nur eine, sondern gleich zwei Armeen aufgelöst“. Der eigentliche Geniestreich Don Pepes, wie Figueres verehrungsvoll von seinen Landsleuten genannt wurde, bestand darin, den Status der Militärfreiheit in der neuen Verfassung des Landes von 1948 festschreiben zu lassen. Das Fehlen von Ausgaben für Rüstung und Militär gab dem Staat Mittel zur Finanzierung staatlicher Wohl-

¹⁰ Roland Vogt musste kurzfristig wegen eines Unfalls die Moderation des gleichnamigen Workshops absagen. Er hat den folgenden Text für die Dokumentation nachgereicht.

fahrtsprogramme an die Hand und trug zur Stabilisierung des Landes bei. Ehemalige Militärs wurden zu Lehrern umgeschult.

In einer Region, in der Militärputsche lange die Regel und demokratische Wahlen eher die Ausnahme waren, behauptet sich in Costa Rica auf der Basis der Verfassung von 1948 eine Präsidentschaftsdemokratie mit Neuwahlen alle vier Jahre. Inzwischen wurde die Amtszeit von Präsident oder Präsidentin auf eine Wahlperiode von vier Jahren begrenzt, was spätere Kandidaturen aber nicht ausschließt. Man kann darüber spekulieren, ob der Wegfall des Militärs der einzige Grund dafür ist, dass in dem zwischen Panama im Süden und Nicaragua im Norden gelegenen Land nach 1948 weder ein Staatsstreich noch ein Putsch stattgefunden haben. Möglicherweise gibt es dafür zusätzliche, die innerstaatliche Stabilität begründende Faktoren. Unstreitig ist, dass ein Land ohne Armee nicht militärisch in andere Länder eingreifen kann. Costa Rica hat sich vielmehr als Friedensstifter in seiner Region ausgezeichnet. Oscar Arias Sánchez, einer der Nachfolger von José Figueres im Präsidentschaftsamt, erhielt 1987 den Friedensnobelpreis für den nach ihm benannten Plan für eine langfristige Sicherung des Friedens in Mittelamerika. Der Plan wurde neben ihm von den Staatsoberhäuptern von Honduras, Nicaragua, El Salvador und Guatemala unterzeichnet. Sie verpflichteten sich, innerhalb ihrer Länder Frieden durch Gespräche und nicht durch Gewalt herzustellen, die Unterstützung von Guerilla-Truppen in den Nachbarländern einzustellen, demokratische Grundrechte zu verankern und freie Wahlen zu ermöglichen, um so die gesamte Region zu befrieden und wirtschaftlich voranzubringen.

Einer seiner Vorgänger im Präsidentschaftsamt, Luis Alberto Monge, hatte bereits 1983 angesichts der sich verschärfenden Bürgerkriege in Zentralamerika die „dauernde, aktive und unbewaffnete Neutralität“ seines Landes proklamiert. Da er sich nicht sicher sein konnte, dafür im Parlament die notwendige verfassungsändernde Mehrheit zu bekommen, verzichtete er darauf, diese Erklärung in der Verfassung Costas Ricas verankern zu lassen.

Anfang 1985 erfuhr ich, dass Präsident Reagan Monge die kostenlose Stationierung einer in der Panamakanalzone trainierten US-amerikanischen Antiterrorbrigade in Costa Rica anbot. Die Rolle der zu bekämpfenden „Terroristen“ war den Sandinisten in Nicaragua zugeordnet. Als Friedens- und Abrüstungspolitiker der ersten grünen Bundestagsfraktion und fasziniert vom militärfreien Status Costas Ricas nahm ich Kontakt zur Botschaft des Landes ohne Armee auf. Für besagten Zukunftskongress in San José als Referent eingeladen, wollte ich die Gelegenheit nutzen, Präsident Monge zu treffen, um ihn zu ermutigen, die „großzügige“ Offerte seines US-amerikanischen Amtsbruders dankend abzulehnen. Denn es lag auf der Hand, dass eine solche Militäreinheit sowohl dem Geist der Verfassung von 1948 als auch der Neutralitätserklärung widersprechen würde. In einem Land ohne eigene Streitkräfte kann sich eine fremde Militäreinheit, selbst wenn sie ursprünglich geduldet worden sein sollte, zu einem Staat im Staate aufschwingen oder auf andere Weise die Politik des Gastlandes beeinflussen.

(Welch unangenehme Folgen so ein Gast haben kann, hat jüngst die von der Ukraine vertraglich geduldete Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation auf der Krim eindrucksvoll gezeigt).

In seinem Amtszimmer wurde mir schnell klar, in welchem Dilemma mein Gastgeber steckte. Er zeigte auf mehrere Fotos an der Wand mit den Motiven: „Reagan und ich“, „Ich und Reagan“ und seufzte: „Ich kann doch die Bitte meines Freundes nicht einfach ablehnen.“

Da ich Präsident Monge anschließend auf einer mehrstündigen Überlandfahrt zur Einweihung einer landwirtschaftlichen Kooperative begleiten durfte, war genügend Zeit, meinem Gastgeber Respekt für die einzigartige Rolle seines Landes zu zollen. Kern meiner Argumentation war, dass Costa Rica wegen seiner Militärfreiheit weltweit als Hoffnungsträger wahrgenommen wird. Die Stationierung einer US-amerikanischen Antiterrorbrigade in Costa Rica würde nicht nur die Neutralitätserklärung – immerhin die höchstpersönliche Leistung - meines Gesprächspartners - ad absurdum führen, sondern auch das Potenzial des Landes als möglicher Friedensstifter in der Region zerstören. Natürlich war mir klar, dass der Präsident diese Verluste gegen die wirtschaftlichen Nachteile abzuwägen hatte, mit denen sein Land rechnen musste, wenn sein mächtiger Nachbar über die wirtschaftliche Abhängigkeit des kleinen Landes im US-amerikanischen Hinterhof Druck ausüben würde, um es gefügig zu machen. Damals war – beispielsweise - der US-amerikanische Konzern United Fruit einer der Hauptarbeitgeber in Costa Rica.

Ob meine Argumente, die Monge aufmerksam zur Kenntnis nahm, eine nachhaltige Wirkung hatten, kann man nicht wissen. Unverkennbar war, dass ihn die Anteilnahme beeindruckte, die ich als Repräsentant der damals noch jungen grünen Bewegung für die weichenstellende Entscheidung an den Tag legte, die er für sein Land zu treffen hatte.

Luis Alberto Monge blieb jedenfalls standhaft und lehnte das Angebot seines Freundes Ronald Reagan ab.

Jahrzehnte später allerdings gab die erste Präsidentin des Karibikstaates den Wünschen der US-Regierung nach Stationierung von US-Militär nach. Diesmal musste die Drogenbekämpfung dafür herhalten, zeitlich begrenzt US-Marineeinheiten im „Land ohne Militär“ zu stationieren.

Dies und bereits frühere kritische Stellungnahmen von US-Regierungen zur Militärfreiheit Costa Ricas zeigen, dass der hochgerüsteten Supermacht USA ein Land ohne Armee in ihrem Hinterhof ein Dorn im Auge ist.

Umso notwendiger ist es, auch die gegenwärtige und künftige Regierungen Costa Ricas von außen zu ermutigen, ihren beispielhaften Status der Militärfreiheit weder aufzugeben noch unterminieren zu lassen.

Am Rande der Zukunftskonferenz ergab sich die Gelegenheit, den greisen José Figueres in einem Vier-Augen-Gespräch danach zu fragen, was ihn auf die Idee brachte, das Militär in seinem Lande abzuschaffen – schließlich war er als Anführer der Internationalen Brigade alles andere als ein Pazifist. Als Student in Boston, erzählte er, sei ihm eine Quäker-Schrift in die Hand gefallen, in der dafür geworben wurde, Staaten ohne Militär zu schaffen. Weil ihm die Argumente dafür eingeleuchtet hätten, habe er sich gesagt: „Wenn ich mal was in meinem Land zu bestimmen habe“ - was er damals noch für unwahrscheinlich hielt -, „werde ich versuchen, das durchzusetzen“.

Baustein Konversion

Die Umschulung militärischen Personals für zivile Verwendungen, wie sie in Costa Rica vollzogen worden ist, nennt man **personale Konversion** – nur nannte man das damals nicht so.

Die Umwandlung eines mit Militär ausgestatteten Staates in einen rein zivilen Staat könnte man als **Staatenkonversion** bezeichnen – nur nennt man das heute noch nicht so. Es spricht aber nichts dagegen, den Begriff für den Prozess der Umwandlung von Militärstaaten in Staaten ohne Rüstung und Militär einzuführen.

Noch in den 1980er Jahren war Konversion für die etablierte Politik in der Bundesrepublik Deutschland ein Fremdwort. Als der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, ein CSU-Mann, 1985 auf einer Obleute – Sitzung vorschlug, eine gemeinsame Dienstreise zu den notleidenden Rüstungsbetrieben im Norden der Bundesrepublik zu unternehmen, wollte er von mir, dem Obmann der Grünen, der sonst gegen alle Entscheidungen dieses Ausschusses stimmte, wissen, ob ich auch gegen dieses Vorhaben sei.

Zu seiner Überraschung sagte ich, ich sei dafür, wenn wir auch Gespräche mit Betriebsräten und Vertrauensleuten über Konversion führten. Der Vorsitzende daraufhin ungläubig: „Konversion? Das ist doch was Religiöses!“ Ich stimmte ihm insgeheim zu. Es gibt ja schon eine gewisse Verwandtschaft, wenn man darunter „Umkehr zum richtigen Glauben“ versteht. Als Rüstungskonversion versteht man die Umstellung von der Produktion von Rüstungsgütern auf die Herstellung ziviler Produkte, also von was Falschem auf was Richtiges. Bei meiner Begründung im Ausschuss hielt ich mich an die pragmatische Argumentation des Bremer Arbeitskreises „Alternative Fertigung.“

Die Produktion des MRCA Tornado war im Auslaufen begriffen, weshalb 50% der Beschäftigten ihre Arbeitsplätze hätten verlieren können. Auch beim Airbus- Geschäft gab es Schwierigkeiten.

Die Mehrheit des Verteidigungsausschusses hatte wohl im Sinn, mit den Unternehmensleitungen zu beraten, durch welche zusätzlichen Aufträge für Rüstungsgüter geholfen werden könnte.

Betriebsräte bei MBB/VFW und die IG-Metall Vertrauensleute setzten sich demgegenüber dafür ein, die Arbeitsplatzverluste durch rechtzeitige Umstellung auf zivile Produktion abzuwenden.

Hätte der Verteidigungsausschuss nur mit den Unternehmensleitungen Gespräche geführt, wäre er mit einem sehr einseitigen, „alternativlosen“ Informationsstand im Sinne von „ nur mehr Rüstung sichert Arbeitsplätze“ nach Bonn zurückgekehrt.

Blaupause für den Arbeitskreis Alternative Fertigung war die Erarbeitung des „Alternativen Plans“ durch den Betriebsräteausschuss (Shop Steward Committee) im englischen Luftfahrtkonzern Lucas Aerospace. Unter dem Eindruck drohender Entlassungen unternahmen die Arbeiter und Ingenieure zuerst direkte gewaltlose Aktionen wie die Besetzung eines Betriebes, der geschlossen werden sollte. Als die KollegInnen nach 6 Wochen das Werk an einem Wochenende verließen, wurde es vom Unternehmen eingerissen und angezündet. Aus dieser Niederlage zogen die ArbeiterInnen die Konsequenz, über konstruktive Alternativen nachzudenken. Dabei wurden sie unterstützt vom Chefkonstrukteur und Sprecher der gewerkschaftlichen Vertrauensleute bei Lukas Aerospace, Mike Cooley¹¹.

Der Alternative Plan enthielt am Ende über 150 Produkte, darunter u.a. einen Straßen-Schienenbus, eine erdgasbetriebene Wärmepumpe und medizinische Geräte. Einige dieser Produkte entwickelten die AktivistInnen nach Feierabend, in „Schwarzarbeit“ oder schon in Arbeitslosigkeit. Trotz des Nachweises der Serienreife lehnte das Management die Vorschläge ab und entließ sogar Mike Cooley. Es war ein Machtkampf: das Management demonstrierte, allein entscheiden zu wollen, was mit welchen Mitteln produziert wird.

Rein ökonomisch gesehen wäre es für den Hauptauftraggeber, den Staat, eigentlich egal, ob Kampfpanzer oder medizinische Geräte, Kampfflugzeuge oder Energiespartechniken produziert werden. Damit stellt sich die Frage nach dem politischen Willen: Kriegsgeräte oder sozial nützliche Güter für die Menschen?

In England erklärten sich zwei von der Labour Party regierte Bezirksregierungen bereit, alternative Produkte der Belegschaft von Lucas Aerospace in staatlichen Eigengesellschaften produzieren zu lassen.

Mike Cooley und seine MitstreiterInnen haben mit ihrem Beispiel einen Stein ins Wasser geworfen, der weltweit Kreise gezogen hat – nicht nur in Bezug auf Rüstungskonversion, sondern auch auf Konversion im umfassenden Sinne.

Elektrisiert durch die Schilderungen Mike Cooleys zu den Erfahrungen mit dem Alternativplan bei Lucas Aerospace habe ich Anfang der 1980er Jahre versucht, herauszufinden, wie man die britischen Anregungen für Rheinland-Pfalz, insbesondere die Westpfalz mit der dort extrem starken Militärpräsenz, abwandeln könnte.

Regionale Konversion

Daraus hervor ging das Konzept der **Regionalen Konversion**, wonach Alternativen für Regionen entwickelt werden sollten, die wirtschaftlich sehr stark vom Faktor Militär abhängig sind. Die US-Streitkräfte, die französischen Streitkräfte und die deutsche Bundeswehr galten damals als Hauptarbeitgeber in der Region Westpfalz mit Militäranlagen in Kaiserslautern, Ramstein, Zweibrücken und Pirmasens. Außer den „Zivilbeschäftigten“ insbesondere bei den US-Streitkräften profitierten in der Region Vermieter, Gastronomen, Nachtclubbesitzer und dergleichen intensiv von der Militärpräsenz.

Mit den Regionalmitteln, über die ich als Bundestagsabgeordneter verfügte, finanzierte ich ab 1984 das Projekt Regionale Konversion Westpfalz mit einer Halbtagsstelle in Kaiserslautern. Gemeinsam erhoben wir Wirtschaftsdaten der Region, versuchten durch Betriebsbesichtigungen, uns ein möglichst realistisches Bild von den zivilen Wertschöpfungskräften in der Region zu machen; auch herauszufinden, weshalb früher stabile Fertigungszweige wie Möbel- und Schuhproduktion in die Krise geraten waren, wie sie wiederzubeleben sein könnten und welche Dienst-

¹¹ Cooley, Mike, Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod - Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion. Das Beispiel Lucas Aerospace, rororo aktuell I Bd.4830, Hamburg 1982.

leistungen, Produktionszweige, aber auch alternative Lebensformen sich in der Region neu etablieren könnten.¹²

Auf Landes- und Bundesebene hätte es Aufgabe vorausschauender Regierungspolitik sein müssen, Konzepte für eine alternative, vom Militär unabhängige Wirtschaftsstruktur zu schaffen oder wenigstens zu ermutigen.

Offenbar war aber die Zeit nicht reif für eine derartig innovative Zukunftsplanung. Auch 1987, als die Grünen erstmalig in den rheinland-pfälzischen Landtag einzogen, stießen sie mit ihren Vorschlägen, das Land durch ein Konversionsprogramm auf Abrüstung und Truppenabzug vorzubereiten, bei KollegInnen aus anderen Fraktionen auf höhnische Ablehnung.¹³

Die Regierenden fuhren fort, Rheinland-Pfalz als „Flugzeugträger der NATO“ zu rühmen und bestärkten die Menschen in den wirtschaftlich besonders militärabhängigen Regionen Westpfalz, Hunsrück und Eifel in der Haltung, zum Arbeitgeber Militär gebe es keine Alternative.

Die Situation änderte sich schlagartig im Zuge von Wende, Ost-West-Entspannung, Wiedervereinigung und beginnender Abrüstung.

Als die Nebel des Kalten Krieges verflogen waren, zeigte sich, dass militärische Einrichtungen im Osten und Westen Deutschlands zusammen 970.000 ha Fläche in Anspruch genommen hatten. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR kamen der im September 1994 abgeschlossene Abzug der ehemals sowjetischen Streitkräfte und die Quasi-Auflösung der NVA einer kompletten Abrüstung gleich. Demgegenüber erfolgten der Abzug der ausländischen Truppen aus der alten Bundesrepublik und die Verkleinerung der Bundeswehr in Etappen, entsprechend auch die Freigabe an zivile Akteure. Der Rüstungssektor in Ostdeutschland, bereits in der Endphase der DDR vom Minister für Abrüstung und Verteidigung weitgehend abgebaut, wurde komplett abgewickelt. Die Umstellung auf zivile Fertigungen hatte nur in wenigen Fällen dauerhaften Erfolg. Der Rüstungssektor in Westdeutschland blieb unangetastet.

Als „Strukturkrise wie in der Stahlbranche an der Saar oder bei den Werften in Norddeutschland“ empfand 1990 der Oberbürgermeister von Zweibrücken die Folgen des bevorstehenden Abzugs der US-Streitkräfte aus der westpfälzischen Stadt.¹⁴

Zumindest war an vielen mit Abrüstung und Abzug konfrontierten Standorten ein Strukturwandel erforderlich.

Konversion nach der Wiedervereinigung

Würde sich das vereinigte Deutschland der neuen Gestaltungsaufgabe Konversion gewachsen zeigen?

In Deutschland hatte es sich schon zwei Mal in der Geschichte des 20. Jahrhunderts erwiesen, dass selbst nach militärischen Niederlagen und Totalkatastrophen wie Erster und Zweiter Weltkrieg kein Umdenken und keine Abkehr von Militär und Rüstung stattfanden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Beschränkungen von deutscher Luftwaffe, Marine und Heer durch den Versailler Vertrag so lange völkisch bejammert, bis Hitler an die Macht kam und ein nie dagewesenes Kriegs- und Vernichtungspotenzial in Gang setzte. Nach dem Zweiten Weltkrieg ließen sich die beiden deutschen Staaten nach erstaunlich kurzer Zeit in sich feindlich gegenüberstehenden Bündnissystemen militärisch wieder aufrüsten.

In der Übergangszeit zwischen Wende und Vollzug der deutschen Einheit wurden einige Einrichtungen geschaffen, um den Konversionsprozess zu steuern:

- der Volkskammerausschuss für Abrüstung und Konversion;
- ein Staatssekretär im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung mit nachgeordnetem Amt für technische und personelle Konversion;

¹² Hanspeter Greger und Roland Vogt, Westpfalz zivil, Heft 1 der Schriftenreihe des Projekts Regionale Konversion, Kaiserslautern 1987.

¹³ „Dann stehen wir hier auf Null“, DER SPIEGEL 10/1990 vom 5.3.1990.

¹⁴ DER SPIEGEL a.a.O.

- das Institut für Konversion der Streitkräfte an der Militärakademie der Nationalen Volksarmee in Dresden;
- das Amt für Konversion beim Ministerium für Wirtschaft der DDR.

Der Ausschuss für Abrüstung und Verteidigung der DDR-Volkskammer empfahl am 23. August 1990, die Volkskammer möge ein **Konversionsgesetz** beschließen. Ein Entwurf wurde zwar erarbeitet, die Volkskammer kam aber nicht mehr dazu, ihn zu behandeln.

Sie reichte allerdings am 28. September 1990 einen Beschluss nach, mit dem die 144 in den Bundestag entsandten Abgeordneten beauftragt wurden, „dass der Deutsche Bundestag umgehend für die auf dem bisherigen Territorium der DDR entstandenen Länder gesetzliche Rahmenbedingungen für eine sozial und ökologisch verträgliche, ökonomisch effektive und verifizierbare Konversion des Militär- und Wehrwirtschaftsbereichs schafft“.

Um dem zu entsprechen, stellten am 24.10.1990 im neugewählten gesamtdeutschen Bundestag Abgeordnete und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen folgenden Entschließungsantrag:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag innerhalb eines Vierteljahres ein Gesetz zur Umgestaltung des Militär- und Wehrwirtschaftsbereiches – Konversionsgesetz - auf dem Territorium der fünf ostdeutschen Länder vorzulegen und für die Bereitstellung der entsprechenden Haushaltsmittel zu sorgen.“

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Angesichts dieser Vorgänge der Wende- und unmittelbaren Nachwendezeit ist verständlich, dass die m.E. kenntnisreichste DDR-Expertise¹⁵ zum Thema Konversion das folgende bittere Resümee zieht:

„Insgesamt kann man von einer nicht zu verantwortenden Unterschätzung der Konversion im Allgemeinen und der Rüstungskonversion im Besonderen im Zuge der staatlichen Vereinigung Deutschlands sprechen. Das Ausmaß dieser Aufgaben, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen, sind nicht erkannt oder bewusst ignoriert worden“.

Zur Korrektur dieses negativen Erscheinungsbilds aus der Wende- und unmittelbaren Nachwendezeit trugen einige Bundesländer und die Europäische Union bei.

Zum Beispiel gelang es den in Ost und West am stärksten konversionsbetroffenen Bundesländern Brandenburg und Rheinland-Pfalz, auf Regierungsebene ein leistungsfähiges Management für die **Liegenschaftskonversion** aufzubauen.

Den entscheidenden Beitrag dafür, dass Konversion in diesem Segment dann doch noch zu einer Erfolgsgeschichte werden konnte, leistete die Europäische Gemeinschaft bzw. Europäische Union, indem sie mit der Gemeinschaftsinitiative KONVER die erforderlichen Finanzierungsanreize zur Verfügung stellte. Das war insbesondere für die Neuen Bundesländer und damit z.T. riesigen ehemaligen Militärliegenschaften konfrontierten Kommunen eine Ermutigung, auch selbst ins finanzielle Risiko zu gehen, um die Gestaltungsaufgabe Konversion zu meistern. Die Gemeinschaftsinitiative KONVER gab es zwar nur zeitlich begrenzt, aber lange genug, um eine Förderpraxis in Gang zu setzen, die auch mit den Mitteln des Europäischen Regionalfonds und des Europäischen Sozialfonds weitergeführt werden kann, sofern Konversion im operationellen Programm des jeweiligen Bundeslandes festgeschrieben wird.

Liegenschaftskonversion ist sogar in der Verfassung des Landes Brandenburg verankert, Art. 40 Abs. 5: „Das Land wirkt darauf hin, dass militärisch genutzte Liegenschaften verstärkt einer zivilen Nutzung zugeführt werden“. Darauf konnten die „Leitlinien (LL) für Konversion im Land Brandenburg“ aufbauen. In Ziffer 1 der LL wird Konversion definiert als „die Umwandlung militärisch gebundener Kräfte, Ressourcen und Strukturen für zivile Zwecke.“

In Ziffer 2 heißt es: „Konversion soll helfen, beschlossene Abrüstung zügig voranzubringen, unumkehrbar zu machen und künftige, weitergehende Abrüstung zu erleichtern“. Und in Ziff. 9: „Die Landesregierung nutzt die historisch gegebene Chance, dass das Land frei von Rüstungs-

¹⁵ Schönherr, Siegfried, Rüstungsproduktion in der DDR-Konversionspotential und Konversionspraxis zur Zeit der Wende, Heft 17/1995 der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS) e.V.

produktion ist. Sie zielt bei Vergabe von Fördermitteln auf eine zivile Wirtschafts- und Technologiepolitik und unterstützt in diesem Rahmen Forschung, Entwicklung und Produktion, um Innovationsprozesse für die Umgestaltung von militärischer in zivile Produktion einzuleiten und die daraus entstehenden Produkte wettbewerbsfähig zu machen. Das Land Brandenburg setzt sich für weitere Verschärfung der Rüstungsexportkontrollen und - Verbote ein“.

Ziff. 9 ist in sich widersprüchlich, denn wenn du keine Rüstungsproduktion hast, musst du sie auch nicht zivil umwandeln. Die ursprüngliche Fassung zu dieser Ziffer lautete: „Brandenburg ist frei von Rüstungsindustrie und soll es auch bleiben.“ Diese klare Ansage ließ sich in den interministeriellen Beratungen nicht durchsetzen.

Schwester der Abrüstung

Manfred Stolpe, Gründungs-Ministerpräsident des durch die deutsche Einigung wiedererstandenen Landes Brandenburg, hat die Gestaltungsaufgabe Konversion u.a. auch dadurch gefördert, dass er sie in der ersten Legislaturperiode zusammen mit dem Abzug der ehemals sowjetischen Streitkräfte zur Chefsache machte. Das war von entscheidender Bedeutung für die Verankerung dieses neuartigen Arbeitsgebiets in der Landesregierung.

Im Vorwort zum „Ratgeber Konversion“, der den Kommunen in regelmäßig aktualisierter Fassung an die Hand gegeben wurde, (unter)schreibt Stolpe:

„Schwerter zu Pflugscharen“ ist die biblische Metapher für das, was in der Politik „Konversion“, also zivile Umwandlung genannt wird ...

Dass Konversion gelingt, ist auch ein Gebot des Friedens. Ein Weg zum Frieden ist die militärische Abrüstung. Konversion, die „Schwester der Abrüstung“, kann helfen, der Abrüstung innen-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch den Weg zu bahnen.“

Mit entscheidend für die erfolgreiche Liegenschaftskonversion in Brandenburg waren die Übernahme von 100.000 ha ehemals sowjetischer Militärfächen vom Bund und deren Vermarktung auch nach dem Prinzip des „revolvierende Fonds“: Die durch Veräußerung landeseigener ehemals sowjetischer Liegenschaften erzielten Erlöse fließen in die Herrichtung möglicherweise belasteter Flächen; dieser Prozess kann idealtypisch solange fortgesetzt werden, bis auch die letzte ehemals militärisch genutzte Fläche vermarktet worden ist. Dieser „revolvierende Fonds“ wurde im Rahmen des EU-geförderten internationalen Netzwerks CONVERNET als „best practice“ identifiziert, weil bei ihr die erzielten Erlöse in den Konversionskreislauf investiert werden.

Demgegenüber ist die auf Bundesebene betriebene Praxis eher ein Hemmschuh für zügige Konversion: Von ausländischen Streitkräften oder von der Bundeswehr aufgegebenen Liegenschaften gehen in das Allgemeine Grundvermögen über und werden im Auftrag des Bundesfinanzministers von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und verwertet. Anders als beim revolvierenden Fonds in Brandenburg kommen die Erlöse aus der Grundstücksverwertung nur zu einem geringen Teil dem Konversionsprozess zugute. Im Fall der ehemaligen Bundeswehrliegenschaften fließen sie nach einer Vereinbarung zwischen Bundesminister der Finanzen und Bundesminister der Verteidigung zu 90% in den Haushalt des Bundesministers der Verteidigung!

Kein Wunder also, dass – beispielsweise - die von der FREIeHEIDe-Bewegung entmilitarisierte Kyritz-Ruppiner Heide (ehemals „Bombodrom“) nur schleppend wirklich freigemacht werden kann von militärischen Altlasten, insbesondere nichtexplodierten Sprengkörpern. Denn die Befreiung der Gesamtfläche des ehemaligen Bombenabwurfplatzes von solchen Gefahren würde Millionen, wenn nicht Milliarden kosten.

Ein weiteres Ärgernis ist die Handhabung sogenannter Rüstungsaltlasten durch den Bund. Die Bundestagsmehrheit unterschiedlicher Koalitionen hat mehrmals Anträge des Bundesrats auf ein Rüstungsaltlastenfinanzierungsgesetz abgelehnt. Stattdessen versteiften sich bisher alle Bundesregierungen darauf, nur die Beseitigung reichseigener Munition finanzieren zu müssen.

Das führt dazu, dass abgesehen von einigen Vorzeigeprojekten wie dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen in Baden-Württemberg, der Bund so gut wie nichts zur Beseitigung von Munition und sonstigen militärischen Altlasten alliierter Herkunft beisteuert. So bleiben, wenn die gebietszuständigen Kommunen und Bundesländer dafür kein Geld einsetzen wollen oder

können, viele ehemalige Truppenübungsplätze weiterhin Gefahrenzonen und wie in Zeiten militärischer Nutzung: Sperrgebiete.

So etwas dürfte in einer Gesellschaft ohne Rüstung und Militär unter keinen Umständen zugelassen werden.

Anforderungen einer Gesellschaft ohne Rüstung und Militär an Konversion

Wenn es in einem Staat gelungen ist, aus der Gesellschaft heraus Rüstung und Militär zu überwinden, kommt es vor allem darauf an, die Entmilitarisierung – soweit menschenmöglich – unumkehrbar zu machen. Konversion kann dazu einen Beitrag leisten. Sie muss dann aber so gestaltet werden, dass sie aus Sicht der unmittelbar Betroffenen und in der Wahrnehmung des überwiegenden Teils der Bevölkerung eine Erfolgsgeschichte ist.

Im Land Brandenburg ist es gelungen, den Arbeitsbereich **Liegenschaftskonversion** im Land positiv zu profilieren und gesellschaftlich zu verankern. Die Bürgermeister der am meisten mit Konversionsproblemen konfrontierten Kommunen konnten dafür gewonnen werden, das Forum für Konversion und Stadtentwicklung, FOKUS, zu gründen.

Dieses Netzwerk für Konversion im Land Brandenburg gestaltet nun, 2014, bereits zum 17. Mal die Leistungsschau „Konversionsommer“. Alljährlich von Frühjahr bis Herbst werden in diesem Rahmen, verteilt über Konversionskommunen im ganzen Land, der interessierten Öffentlichkeit vor Ort die Fortschritte bei der zivilen Umgestaltung präsentiert, aber auch die noch offenen Probleme zur Diskussion gestellt. Unter der Federführung des Bürgermeisters einer besonders konversionsbetroffenen Kommune organisiert FOKUS den Konversionsommer gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium, der Brandenburgischen Boden Gesellschaft, des Kompetenzzentrums für Altlasten und Munitionsbergung KOMZET und inzwischen auch der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die u.a. für die Verwertung ehemaliger Bundeswehrliegenschaften zuständig ist.

In Brandenburg ist dergestalt eine regelrechte Conversion Community herangewachsen, wovon 17 Jahre gemeinschaftlicher Arbeit Zeugnis ablegen.

Da im Land Brandenburg der überwiegende Teil der Konversionsaufgaben inzwischen abgearbeitet ist, gehen natürlich die Hochzeiten der Konversion made in Brandenburg zu Ende. So ist z.B. ungeklärt, ob 2015 ein weiterer Konversionsommer stattfinden kann. Was auf jeden Fall bleibt, ist die Erfahrung, dass Konversion, richtig angepackt, für viele Beteiligte zu einer Erfolgsgeschichte werden kann.

Das ist auch weitgehend in Rheinland-Pfalz, dem Konversionshauptland in Westdeutschland, gelungen. Eine der entscheidenden Weichenstellungen dafür traf Ministerpräsident Beck, indem er, ähnlich wie Ministerpräsident Stolpe in Brandenburg, Konversion zur **Chefsache** machte. Er führte das „Konversionskabinett“ ein, in dem die am meisten mit Konversionsfragen befassten Minister und der Ministerpräsident vertreten sind, um die vordringlichsten Probleme ziviler Umwandlung außerhalb der Regierungsroutine in Angriff zu nehmen. Zwar gibt es aus heutiger Sicht in Rheinland-Pfalz einige Fälle, in denen wirtschaftliche Folgeprobleme das Gesamtbild erfolgreicher Konversionspolitik trüben: v.a. die Flughäfen Hahn im Hunsrück und Zweibrücken in der Westpfalz. Im Rückblick wäre es vielleicht klüger gewesen, auf dem Gelände dieser ehemaligen Militärflughäfen nach anderen Möglichkeiten als der fliegerischen Nachnutzung zu suchen.

Per saldo kann jedoch festgehalten werden: In beiden Bundesländern gelang es, die Konversion in den Dienst der allgemeinen Strukturreform zu stellen. Auf ehemaligen Militärarealen wurden Technologie- und Gewerbeparks sowie Anlagen Erneuerbarer Energien errichtet. In den Anfangsjahren, solange es der Bauzustand zuließ, wurden in Brandenburg Kasernen für Wohnraum, Verwaltung und Bildungseinrichtungen umgestaltet, danach wurden marode Militärgebäude abgerissen und so Raum für vielfältige zivile Nutzungen geschaffen. Heute steht der Erhalt wertvoller Biotope und Wildnisräume im Vordergrund. Die Erschließung attraktiver Areale für touristische Nutzung, z.B. durch die Anlage eines Wanderwegenetzes und die Sanierung eines umgekippten Weihers in Potsdam, waren Teil des anspruchsvollen EU-geförderten Projekts „Döberitzer Heide und Kasernenumfeld“. Insgesamt war nach Wende und Wiedervereinigung

im Land Brandenburg ein Gebiet so groß wie das Saarland von vormals militärischer in zivile Nutzung zu überführen. Das ist in mehr als 90% dieses virtuellen Saarlandes im Land Brandenburg gelungen.

Im Bereich der **Rüstungskonversion** gibt es außer den schon erwähnten Versuchen von Seiten der Belegschaften in Großbritannien und Norddeutschland, alternative zivile Fertigungen ins Spiel zu bringen, kaum Erfolgsbeispiele, an denen sich eine Gesellschaft orientieren könnte, die Rüstung und Militär hinter sich lassen will. Aber die Methoden, mit denen alternative zivile Fertigungsmöglichkeiten von den Belegschaften ermittelt worden sind, und die von ihnen aufgestellten alternativen Pläne sind bewahrenswert und können zu gegebener Zeit wertvolle Starthilfe für erfolgversprechende Rüstungskonversion geben.

Fazit

Eine Gesellschaft, die auf Dauer Rüstung und Militär überwinden will, muss dafür sorgen, dass ihr Staat die Rahmenbedingungen dafür schafft.

Dazu gehört zunächst einmal die **verfassungsmäßige Verankerung des angestrebten Status** (Costa Rica 1948). Um die dafür erforderliche verfassungsändernde Mehrheit zu gewinnen, bedürfte es im Fall der Bundesrepublik Deutschland erheblicher gesellschaftlicher Anstrengungen:

- eine **mentale Konversion**, worunter die grundlegende Veränderung der Mentalität der Gesamtbevölkerung zu verstehen ist. Stichworte dafür wurden bereits in der Friedensforschung genannt wie etwa eine Langzeittherapie im Zivilen, die Ablösung der Sicherheitslogik durch Friedenslogik, Möglichkeiten nichtmilitärischer Verteidigung;
- die Bereitschaft zur Auflösung wirtschaftlicher Abhängigkeiten und Verflechtungen, insbesondere zur Aufkündigung von transnationalen Kooperationsverträgen für gemeinsame Produktion von Rüstungsgütern;
- die Bereitschaft zur Aufkündigung militärischer Bündnisverpflichtungen nicht allein der NATO, sondern auch der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU seit dem Militarisierungsschub durch den Lissaboner Vertrag.

Der Hinweis auf Fälle gelungener Konversion kann dazu beitragen, Zutrauen in Teilen der Bevölkerung zu wecken, dass der Verzicht auf Rüstung und Militär machbar und gewinnbringend sein kann.

Gesetzt den Fall, die erforderliche verfassungsändernde Mehrheit sei gewährleistet und die „Wehrverfassung“ durch die Verankerung des Status „ohne Rüstung und Militär“ im Grundgesetz abgelöst, müsste als erstes ein **umfassendes Konversionsmanagement** geschaffen werden. Hierbei kann man sich an Beispielen aus Teilregionen wie Brandenburg und Rheinland-Pfalz orientieren, das gesamtstaatliche Engagement müsste jedoch weit darüber hinausgehen: Auf ein schon vor Jahren im BSV entwickeltes Konzept für Abrüstung, Konversion und Soziale Verteidigung zurückgreifend schlage ich für die Startphase in eine Bundesrepublik Deutschland ohne Rüstung und Militär vor, ein **Ministerium für Abrüstung, Konversion und Zivile Friedensdienste** zu schaffen.

Die Haushaltsmittel für ein solches Ministerium müssen zwar bedarfsgerecht neu ermittelt werden, werden aber vermutlich zumindest für eine längere Übergangsphase kaum geringer ausfallen als der gegenwärtige Haushaltstitel für militärische Verteidigung.

Das liegt daran, dass erhebliche Mittel aufgebracht werden müssen für:

- Liegenschaftskonversion;
- personale Konversion, d.h. die Umschulung militärischen Personals für zivile Verwendungen und von Beschäftigten in der ehemaligen Rüstungsindustrie;
- betriebliche Konversion: Finanzbeihilfen für die Umstellung bisheriger Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung;
- Vertragsstrafen aus aufgekündigten Kooperationsverträgen;

- Kosten zur flächendeckenden Beseitigung militärischer Altlasten, insbesondere das Unschädlichmachen von Explosivstoffen;
- Kompensationen für den Abzug ausländischer Streitkräfte, hier v.a. die Neuqualifizierung ehemaliger einheimischer „Zivilbeschäftigter“.

Darüber hinaus müssen Fähigkeiten der Konfliktprävention und der zivilen Friedensdienste stark ausgebaut und angemessen finanziert werden, auch um der internationalen Gemeinschaft glaubwürdig vermitteln zu können, dass Deutschland seine internationalen Verpflichtungen nun auf zivilisierte Weise erfüllen wird.

Kostensenkend können sich erprobte intelligente Konversionskonzepte auswirken, wie sie bereits mit dem revolvierenden Prinzip der Liegenschaftskonversion in Brandenburg praktiziert worden sind.

Naheliegende basisdemokratische Einwände vorwegnehmend, es handele sich bei diesen Vorschlägen nach einem umfassenden Konversionsmanagement und einem Ministerium um Methoden „von oben“, sei Folgendes gesagt: Gemeint sind wirklich ein angemessener Rahmen und die Sicherstellung der erforderlichen Finanzen. Umgesetzt und ausgeführt werden kann erfolversprechende Konversion am besten dezentral, vor Ort und in den Betrieben. Das ist – wie ich hoffe- durch die genannten Fallbeispiele hinreichend dargelegt.

Gewaltfreie Politik als Beruf

Eine Gesellschaft ohne Rüstung und Militär muss auch über das Personal verfügen können, das den neuen Status einer gewaltfreien Friedensmacht gestaltet, festigt und gegen Tendenzen der Rückentwicklung zur einem Militär- und Rüstungsstaat verteidigt. Das verlangt auch, dass sich friedenspolitisch engagierte Mitmenschen der Zivilgesellschaft, die sich heute noch zu schade sind, Staatsfunktionen anzustreben, **rechtzeitig** darauf vorbereiten, in einer von Militär und Rüstung befreiten Bundesrepublik auch Führungspositionen zu übernehmen.

Generell gilt: Es gibt keine Zauberformel, wie wir eine Republik frei von Rüstung und Militär herbeiführen und aufrechterhalten können. Aber es ist von elementarer Bedeutung, bereit zu sein, wenn die Situation da ist.

Das bitterste Versagen wäre, auf das meist nur für kurze Zeit geöffnete Fenster der Gelegenheit nicht vorbereitet zu sein und deshalb die plötzlich gegebene Möglichkeit, unsere Utopie zu verwirklichen, nicht genutzt zu haben.

4.3 Anders wirtschaften, Umwelt bewahren, anders zusammenleben

Bericht aus der Arbeitsgruppe

Die von Paola Rapp geleitete Arbeitsgruppe befasste sich in erster Linie mit dem Modell der Gemeinwohl-Ökonomie, die eines (von mehreren) alternativen Wirtschaftsmodellen ist. Die Gruppe war sich einig, dass Frieden ohne alternative Ökonomie nicht möglich ist. Grenzenloses Wachstum ist nicht möglich; nachhaltige Produktion ist nötig. Etliche TeilnehmerInnen vertraten die Position, dass wir von unserem übertriebenen Wohlstand Abstand nehmen müssen. Andere widersprachen dieser These. Insgesamt blieb der Wohlstandsbegriff aber unklar.

Gemeinwohlökonomie ist ein alternatives Wirtschaftsmodell, das es sowohl in der Theorie wie in der Praxis gibt. Bei ihm geht es darum, in Volkswirtschaft wie Betriebswirtschaft jene Punkte wieder einzuführen, die mit Gemeinwohl zu tun haben, und die im Neoliberalismus zunehmend verloren gegangen sind. Es ist ein System, wie Betriebe ihre Arbeit bilanzieren können, nicht nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern nach vorgegebenen Punkten aus fünf gemeinwohl-orientierten Bereichen: 1. Menschenwürde, 2. Solidarität, 3. Ökologische Nachhaltigkeit, 4. Soziale Gerechtigkeit und 5. Demokratische Mitbestimmung und Transparenz. Diese Punkte werden für verschiedene Bereiche des Betriebs geprüft, von den LieferantInnen bis zu den KundInnen.

Die Diskussion in der AG war erstmal sehr sprunghaft. Dann hat jeder ein persönliches Fazit gezogen. Daraus entstand dann eine erneute Debatte. Eine Reihe von Punkten wurde genannt:

- Frieden ist ohne alternative Ökonomie nicht möglich – welche Alternative aber zu bevorzugen ist, ob Gemeinwohlökonomie oder andere, wurde nicht ausdiskutiert.
- Wir müssen von unserem übertriebenen Wohlstand Abstand nehmen: Dieses Statement war konfliktiv. Ist Abschied vom Wohlstand ein Ziel, das wir anstreben? Was heißt das? Der Wohlstandsbegriff blieb unklar.
- Abstand von grenzenlosem Wachstum.
- Nachhaltige Produktion.

Anschließend wurden noch Punkte zum Modell der Gemeinwohlökonomie gesammelt:

- Sie zielt nicht auf Abschaffung des Systems ab, schließt es aber nicht aus.
- Setzt im Hier und Jetzt an, stellt nicht von vornherein die Systemfrage.
- Verhindert den Missbrauch von Ressourcen, Gütern, Macht.
- Unternehmen lassen sich mit Gemeinwohlbilanzen zertifizieren, machen freiwillig mit.
- Weitere Institutionen und öffentliche Einrichtungen sollen eingebunden werden.
- Politisch die Umsetzung gewährleisten. Öffentliche Institutionen sind der Kanal in die Politik. Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, dass Unternehmen mitmachen können. Firmen, die neu starten, müssen die Chance haben, das nach Kriterien der Gemeinwohlökonomie zu tun. Steuerliche Bewertung ist z.B. ein Thema.
- Frage, ob das Modell nur in Europa, in Wohlstandsinseln anwendbar ist, oder ob es ein globales Modell ist.

Diskussion des AG-Berichts im Plenum

Ein Beispiel für gemeinwohlorientierte Unternehmen ist z.B. eine Genossenschaft, die Strom ökologisch herstellt. Ein anderes ist eine Druckerei in Heidelberg. Auch Verbände wie der BSV könnten das tun.

Frage: Lassen sich die großen Unternehmen, die am meisten von dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem profitieren, auf eine solche Bilanzierung ein?

Warum wolltet Ihr das System nicht kritisieren? Angesichts der Arbeitslosigkeit etc. müssen wir den Kapitalismus abschaffen. Antwort einer anderen TeilnehmerInnen: Hier und jetzt anfangen, nicht warten, bis es passiert ist.

Es geht jetzt darum, eine Strategie zu diesen Zielen zu entwickeln, auch für den BSV. Welche Schritte könnten zu diesem Ziel hinführen? Wenn man das ernst nehmen will, dann wäre die Aufgabe, eine Reformstrategie zu entwickeln, die letztlich auch das System in Frage stellt.

Einwand dagegen: Nicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Erstmal muss der BSV dafür sorgen, dass diese Gedanken gefüllt werden, damit sich die BSV-Mitglieder damit beschäftigen. Dann anschließend über Strategie nachdenken. Erstmal die Konzepte greifbarer machen. Bislang ist der Ansatz noch nicht greifbar genug.

Antwort: Es gibt dazu ja schon viel. Man muss einen Prozess beginnen und den zweiten Schritt wagen, auch wenn die Utopie sich in vielen Dingen noch verändert.

Ein anderer Teilnehmer: Ist das Aufgabe des BSV? Es ist eine Teilutopie, aber nicht die unsere. Wäre ein neues Feld für den BSV. Ist wichtig, aber nicht notwendig unserer. Auch die Kekse, die es hier gibt, sind nicht fair gehandelt. Ein anderer widerspricht: SV geht um Verteidigung gerechter Strukturen und Herstellen gerechter Zustände (Aufstände, regime change). Können, sollen wir da Einfluss nehmen mit Instrumenten gewaltfreier Aufstände, bestehende Aufstände unterstützen? Dann sollten wir mit Leuten auch diskutieren, was ihre Ideen über zukünftige Wirtschaftsmodelle sind. Das ist keine Kernaufgabe des BSV, aber wir sollten es ernsthaft diskutieren.

Abschaffung des Kapitalismus: Bezweifele, dass es gelingt. Transformation interessanterer Ansatz. Publikationen zum Thema Gemeinwohlökonomie nehmen zu.

In Berlin gab es einen Wettbewerb, wie man zusätzlichen Wohnraum schaffen kann. Über 200 Vorschläge wurden abgegeben, davon kamen 30 in die engere Wahl. Das war ein interessanter Ansatz: Zu schauen, wie man Strukturen gemeinsam nutzen und dadurch Flächen sparen kann. Höhere Wertschätzung von Nicht-Erwerbstätigkeit.

Mehr Informationen zur Gemeinwohlökonomie:

<http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/de/content/ein-wirtschaftsmodell-mit-zukunft>

4.4 Zivile Konfliktbearbeitung: Internationale Konflikte gewaltfrei transformieren

Bericht aus der Arbeitsgruppe

In der von Andreas Dieterich (Brot für die Welt) geleiteten Gruppe spielten die Themen Klimawandel und Rohstoffe eine große Rolle. Konfliktbearbeitung muss nicht auf lokaler Ebene stattfinden, sondern auch bei uns hier, wurde festgehalten. Unser Verhalten, unser Rohstoffkonsum führt zu Konflikten in anderen Teilen der Welt. Wir brauchen gerechte Strukturen, damit Entwicklung passieren kann. Durch solche Prozesse entstehen auch Konflikte; diese versuchen wir gewaltfrei zu bearbeiten.

Solche Überutopien waren:

- die Überwindung struktureller Gewalt
- Eigene Verantwortung wahrnehmen
- Weltweite Rohstoffverwaltung
- Kohärenz
- Fairer Handel
- Gerechtes Wirtschaftswachstum
- Recht auf Gesundheit

Konkrete Maßnahmen:

Teilweise aus den Weltcafé-Tischen am Morgen:

- Information
- Fokussierung auf eigene Stärken, sich nicht verzetteln
- Vernetzung von Akteuren, Themen, neue Partnerschaften suchen
- Vernetzung auf Augenhöhe international
- Fair-Trade
- Strukturen / Formen der Interessenartikulation von Betroffenen
- Formen der gewaltfreien und konstruktiven Konfliktbearbeitung weiterentwickeln
- Traditionelle Formen der ZKB (wieder-)beleben
- Utopien als Grundlage für Zusammenarbeit
- Kernarbeitsnormen
- Gender in der Konfliktbearbeitung

Andere Punkte aus Tafel und Diskussion

- Wie können wir entstehende Konflikte gewaltfrei transformieren?
- Klimawandel - Rohstoffe
- Lokale Friedenspotentiale – Strukturelle Ursachen und Verantwortung
- Recht auf Gesundheit
- Gerechte Strukturen --- gerechte Entwicklung
- Unausweichliche Konflikte
- Keine Furcht vor Konflikten
- Utopien als Grundlage für Zusammenarbeit
- Lokale Friedenspotentiale

- Wir müssen bei uns anfangen. Die Friedensbewegung ist die erste, die mit neuen (negativen) Strukturen spielt, z.B. Internetnutzung wurde von Friedensbewegung auf dem Balkan eingeführt.
- Es gibt wenig Wissen darüber, welche gewaltfreien Methoden es gibt, um in Ländern des Südens Veränderungen herbeizuführen. Eine-Welt-Bewegung und ZKB-Welt sind sehr getrennt, es gibt kaum Verbindungen. Warum sind wir so getrennt? Was macht es so schwierig? Teufelskreise gibt es vielfältig, aber dafür müssen wir erstmal verstehen, warum Thema ZKB so wenig ankommt. Vernetzung auf Augenhöhe ist nötig.
- Gender: Ist wichtig. Oftmals ist Wohlwollen der Art: „wir denken es mit“ zu hören, aber wir sind ziemlich im Mainstream. Wenn jemand wie eine Frau aussieht, denken wir, es sei eine Frau usw. Wir sollten uns anschauen, was in anderen Bewegungen passiert. Soziale Zuschreibung von Geschlecht ist viel vielfältiger. (Einwurf: Der BSV arbeitet derzeit an einer Gender-Strategie.)
- Empowerment ist wichtig. Friedensfachkräfte geben nicht vor, was getan werden soll. Wir müssen den Ball zu den Betroffenen zurückspielen und ihnen durch Beispiele und Schaffung eines Rahmens, in dem sie innovativ denken können, helfen, für ihre Interessen ohne Gewalt eintreten zu können.
- Es fehlt der große Aspekt des Machteinflusses von außen auf die Situation vor Ort. Galtung hat von Kooperation zwischen Zentrum und Zentren in der Peripherie gesprochen. Ansätze, die sich für gerechtere Lösung einsetzen, wird mit Gewalt und Repression begegnet. Das dürfen wir nicht außer Acht lassen. Wir brauchen Kritik an der westlichen Politik.
- Westliche Gerechtigkeit muss nicht identisch sein mit dem, was einem vor Ort begegnet. Wichtig ist zu fragen, was Ihr unter Gerechtigkeit versteht, nicht wir. Eines der ganz frühen Projekte des ZFD in Zentralafrika bezog sich auf Konflikte zwischen Hirten und Ackerbauern. Es gab traditionelle Konfliktregelungsmechanismen. Das klappte, bis eine moderne afrikanische Regierung kam, einen Justizapparat einführte und der Streit dann vor Gericht ausgetragen werden musste. Dann nach 10 Jahren war der Staat nicht mehr so stabil, die Gerichte funktionierten nicht mehr. Die alten Regeln der Konfliktbearbeitung aber waren vergessen. Friedensfachkräfte des ZFD halfen dabei, dass die Ältesten der Alten sich erinnerten, was die Regeln waren, und dann wieder Konflikte nach diesen Prinzipien bearbeitet wurden.

4.5 Eine friedlichere Gesellschaft schaffen – Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland

Bernhard Nolz¹⁶

Das hier dokumentierte Einführungsreferat hat der Autor nachträglich um einige Überlegungen zum zivilgesellschaftlichen Handeln ergänzt.

Einleitung

In den nächsten zweieinhalb Stunden haben wir eine spannende Aufgabe vor uns. Wir sollen Friedensräume schaffen, Friedensträume und Bausteine zu einer friedlicheren Welt entwickeln. Wir sollen eine Vorstellung davon gewinnen, wie eine friedlichere Gesellschaft mit Hilfe der Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) in Deutschland geschaffen werden kann.

Die Vorgabe im AG-Titel, unsere bundesdeutsche Gesellschaft sei friedlich und es käme darauf an, sie noch friedlicher zu gestalten – durch zivile Konfliktbearbeitung – wird in Frage gestellt. Unsere ausländischen Freundinnen und Freunde amüsieren sich manchmal ein bisschen darüber, dass die Deutschen immer „arbeiten“ müssen. Zugegebenermaßen besteht ein Unterschied zwischen „arbeiten“ und „bearbeiten“ - Arbeit steckt aber in ZKB auf jeden Fall drin.

Mein Vorschlag für die Vorgehensweise in der AG ist folgender: Ich gebe zunächst eine kurze Einführung in die Thematik, die ihr anschließend durch eure Erfahrungen und Erkenntnisse ergänzen mögt.

Danach stellen wir im Sinne einer Zukunftswerkstatt die Frage: Wenn alles möglich wäre, was wir uns erträumen, wie sähe dann ZKB in Deutschland aus? Wir können unserer Fantasie freien Lauf lassen. Es ist wünschenswert, danach in die Realität zurückzukehren und die Umriss für ein neues Projekt des BSV zur gewaltfreien, konstruktiven Konfliktbearbeitung zu entwerfen.

Gewaltfreie, konstruktive Konfliktbearbeitung

Ulrich Schmitthenner und Renate Wanie haben ein „Kursbuch für gewaltfreie und konstruktive Konfliktbearbeitung“¹⁷ veröffentlicht. In einem Beitrag für die Zeitschrift „Wissenschaft & Frieden“, Nr. 4/2010 erläutert Bernd Rieche, was unter dem Begriff „zivile Konfliktbearbeitung“ zu verstehen ist:

„Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) umfasst ein breites Spektrum zivilen Engagements, um gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei, friedlich und konstruktiv auszutragen. Der Begriff tauchte Anfang der 1990er Jahre zum ersten Mal auf, als es nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation darum ging, gewaltsame, nun zunehmend innerstaatliche Konflikte friedlich zu regeln. Andere Begriffe wie Krisenprävention, friedliche Streitbeilegung, Konfliktregelung etc. beschreiben ähnliche Ansätze und werden meist unter Konfliktbearbeitung zusammengefasst. Dabei kann „zivil“ dreierlei bedeuten – ohne dass dies in jedem Fall reflektiert und unterschieden wird: Erstens bedeutet „zivil“ nicht-militärisch, zum Zweiten meint es zivilgesellschaftlich bzw. nicht-staatlich oder steht drittens für zivilisiert, z.B. im Sinne des zivilisatorischen Hexagons.“

Ich halte es für besser, von „gewaltfreier, konstruktiver“ und nicht von „ziviler“ Konfliktbearbeitung zu sprechen, weil die drei Bedeutungen von „zivil“ aus unterschiedlichen Gründen die erfolgreiche Praxis der Konfliktbearbeitung nur unzureichend beschreiben können.

Wie jede Negativdefinition kann auch „nicht-militärisch“ sich inhaltlich nicht aus der Dominanz des Kritisierten, hier des Militärischen, lösen. Das gilt ebenso für „nicht-staatlich“, wobei ich

¹⁶ Die Arbeitsgruppe fand nicht statt, weil sich nur ein Teilnehmer eingetragen hatte.

¹⁷ Schmitthenner, Ulrich und Wanie, Renate, Kursbuch für gewaltfreie und konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin:LIT, 2013.

meine Kritik an der Bedeutung „zivilgesellschaftlich“ weiter unten erläutere. Dort finden sich auch meine Vorbehalte gegenüber dem Begriff „zivilisiert“, denn die Zivilisierung hat den ständigen gewalthaltigen Konkurrenzkampf zwischen den Menschen nicht aufheben können. Unabhängig von der Kritik an den Begriffen kann ich das, was unter Ziviler Konfliktbearbeitung in den letzten zwanzig Jahren entwickelt und geleistet worden ist, wertschätzen.

Bernd Rieche gibt im selben W&F-Artikel einen Überblick über die „**Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland**“:

„Auch innerhalb Deutschlands gibt es viele Akteure, die Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung anwenden. Die Mediation, welche in den 1990er Jahren in Deutschland zunehmend Verbreitung fand, hat sich zu einer der profiliertesten Methoden in diesem Bereich entwickelt. Aber auch die Friedensdienste und Kirchen begannen in dieser Zeit, verstärkt Kurse für Friedensarbeit und Konfliktbearbeitung anzubieten. Es gründete sich bspw. der Ökumenische Dienst/Schalomdiakoniat, welcher Menschen für die Friedensarbeit im In- und Ausland qualifiziert; die MultiplikatorInnenausbildung zur Bearbeitung innergesellschaftlicher Konflikte wurde von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) initiiert; es entstand die TrainerInnenausbildung des Fränkischen Bildungswerkes usw. Alle diese Initiativen hatten auch die Arbeit im Inland im Blick.

Von Anfang an engagierten sich die genannten Akteure in der Plattform ZKB. Die Motive und Begründungen für die Arbeit in Deutschland bezogen sich dabei auf innergesellschaftliche Konfliktlagen, wie die Ausbreitung rechtsextremer Gedanken und Szenen (vor allem in Ostdeutschland), Amokläufe an Schulen oder gesellschaftliche Konflikte wie der alljährlich im Wendland vor allem durch gewaltfreie Aktionen eskalierte und in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Aufmerksamkeit gerückte Konflikt um Atomenergie. Auch der Staat erkennt die Methoden der ZKB im Inland inzwischen an und fördert sie entsprechend.“

Ziele der Zivilen Konfliktbearbeitung

Insgesamt ist die Übersicht über die Aktivitäten der Gruppen, die sich in der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung zusammen gefunden haben, beeindruckend. Die Mitglieder vereint folgende Ziele:

- Krisen- und Gewaltprävention
- Deeskalationsbemühungen und Streitbeilegung
- Aufbau- und Versöhnungsarbeit
- die Stärkung der Konfliktfähigkeit benachteiligter Gruppen
- die Verbreitung von demokratischen Streit-Kulturen und die Entwicklung einer interkulturellen Handlungskompetenz bei Konflikten zwischen Gruppen.¹⁸

Das zivilisatorische Hexagon¹⁹ (Sechseck) oder: wie staatliche Gewalt den inneren Frieden zerstört

Die aktuellen politischen Entwicklungen stellen staatlicherseits das Konstrukt der Zivilgesellschaft in Frage. Die Bestrebungen zu einer marktkonformen Demokratie, Hartz IV-Entrechtungen und die staatliche Verstrickungen in den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) machen deutlich, dass die staatlichen VerantwortungsträgerInnen den gesellschaftlichen Frieden infrage gestellt haben. Geheimdienste, MedienmacherInnen, Bank- und Wirtschaftsbosse sowie andere gesellschaftliche Kräfte unterstützen diese Entwicklungen. Eine gravierende Gefahr für die demokratischen Verhältnisse in Deutschland stellen die Verstrickungen von Polizeibehörden und Verfas-

¹⁸ Plattform Zivile Konfliktbearbeitung: Konfliktbearbeitung in Deutschland. Ein Wegweiser, Bonn, 2001

¹⁹ Das zivilisatorische Hexagon wurde von dem Friedensforscher Dieter Senghaas vorgeschlagen. Siehe: Senghaas, Dieter, Frieden als Zivilisierungsprozeß. In: Den Frieden denken. Senghaas, Dieter (Hrsg.), Frankfurt/M.: Kohlhammer, 1995.

sungsschutz zum NSU-Umfeld und zu den Morden von Neonazis an Migranten und an einer Polizistin dar.²⁰

Auf diese Weise wird die Grundlage der Zivilgesellschaft, die auf dem gewaltfreien Umgang aller Beteiligten beruht, staatlicherseits untergraben. Die Zivilgesellschaft beginnt zu erodieren. Hinzu kommt eine vom Staat forcierte Durchdringung vieler gesellschaftlicher Bereiche mit militärischen Inhalten, Denkmustern und Verhaltensnormen. Das beginnt mit Kindergärten bei der Bundeswehr und den Unterrichtsbesuchen und Werbeveranstaltungen von SoldatInnen der Bundeswehr in den Schulen und setzt sich in der Militärforschung an den Hochschulen fort. Zur Militarisierung und Zerstörung der Zivilgesellschaft tragen auch die flächendeckend aufgestellten Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte bei, eine „Heimatschutztruppe“, die in jedem Landratsamt residiert und bereits den zivilen Katastrophenschutz dominiert.

Unter diesen Umständen gilt es zu prüfen, ob die Zivile Konfliktbearbeitung wenigstens noch im Sinne einer Zivilisierungsstrategie für die Gesellschaft zur Anwendung kommen kann. Wie müssen die Eckpunkte der Zivilisierung gestaltet sein, wenn sie den inneren Frieden begründen sollen? Meiner Ansicht nach geht es zukünftig darum, die Elemente der Zivilisierung – im zivilisatorischen Hexagon (Gewaltmonopol, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Partizipation, soziale Gerechtigkeit, Konfliktkultur sowie Interdependenzen und Affektkontrolle) dargestellt - neu auszurichten, damit die gewaltfreie und konstruktive Konfliktbearbeitung konstituierend für Staat und Gesellschaft in Deutschland werden kann.

Gewaltmonopol

In Deutschland wird das Gewaltmonopol des Staates fast ausschließlich repressiv mit Unterstützung von Reizgas, Wasserwerfern und Schlagstöcken gegen diejenigen eingesetzt, die friedlich gegen staatliche Politik und ihre Praktiken demonstrieren. Gleichzeitig werden regelmäßig – besonders in den neuen Bundesländern – AktivistInnen gegen rechte Gewalt von der Polizei attackiert und kriminalisiert. Die Beschwerden über polizeiliches Gewaltverhalten nehmen zu. Es gibt Polizeibeamte, die sich nicht davon haben abhalten lassen, Mitglieder eines deutschen Klu-Klux-Klan-Ablegers²¹ zu werden. Von disziplinarrechtlichen Konsequenzen ist nichts bekannt.

Die Legitimität von Widerstand darf mit der Handhabung des Gewaltmonopols nicht in Frage gestellt werden, sondern ist unabdingbarer Bestandteil der demokratischen Willensbildung. Das Gewaltmonopol des Staates kann nur Bestand haben, wenn es an die Garantie der Menschenrechte gebunden ist.

Rechtsstaatlichkeit

Geheimdienste und deren grenzenlosen Überwachungen untergraben den Rechtsstaat. Die direkte demokratische Kontrolle der Geheimdienste gibt es in Deutschland nicht. Sie können jenseits aller Rechtsstaatlichkeit agieren und manipulieren und auch töten. Zu einer demokratischen Gesellschaft passen keine Geheimdienste. Sie gehören abgeschafft.

Demokratische Partizipation

Statt Partizipation ist Diskriminierung die herrschende Regel in den „demokratischen“ Entscheidungsprozessen. Die gleichberechtigte Einbeziehung aller Menschen steht nur auf dem Papier und lässt die Beteiligungsrechte von PatientInnen, MigrantInnen, SeniorInnen, SchülerInnen, StudentInnen, ArbeiterInnen u.a. unerfüllt.

²⁰ Gössner, Rolf, Verdunkelungssystem der Geheimdienste. www.heise.de/tp/38/38063/1 vom 27.11.2012: „... Sicherheitsbehörden ... mit geradezu krimineller Energie damit beschäftigt, die Spuren ihres Versagens und ihrer Versäumnisse, ihrer Arroganz, ideologischen Verblendung und Verflechtung in das NSU-Umfeld zu verdunkeln, zu verwischen und zu vernichten.“ Gössner, Rolf: „Ungeheure Überwachung stellt die Demokratie insgesamt in Frage.“ In: junge Welt v. 05.09.2013.

²¹ www.zeit.de/zeitgeschehen/2012-10-16; www.spiegel.de/politik/deutschland/.../2012-08-01.

Die wenigen Möglichkeiten demokratischer Partizipation, z.B. Bürgerentscheide, werden zu oft von den Regierenden behindert. Gesellschaftliche Veränderungen aber brauchen demokratisch gestärkte ProtagonistInnen, denen von Parlamenten, Regierungen und Justiz neue Handlungsräume und Aktionsmöglichkeiten eröffnet werden müssen.

Soziale Gerechtigkeit

Der deutsche Staat schützt seine BürgerInnen nicht mehr gegen Armut, Ausbeutung und Diskriminierung, sondern beteiligt sich daran, diese Lebensumstände zu verschärfen, indem z.B. Gesundheit, Bildung, Kultur und Energie privatisiert werden und nicht mehr als Gemeingüter zur Verfügung stehen.

Mit vielerlei schikanösen Maßnahmen werden Hartz IV-EmpfängerInnen selbst um das Existenzminimum betrogen und Millionen von ArbeitnehmerInnen mit prekären Arbeitsverhältnissen abgespeist. Bis heute werden die BürgerInnen der „neuen Bundesländer“ bei Einkommen und Renten diskriminiert. AsylantInnen wird die Menschenwürde genommen.

Konfliktkultur

Eine weit verbreitete konstruktive und produktive Konfliktkultur existiert in Deutschland nicht. Zaghafte Ansätze (z.B. Runde Tische) wurden bei der Angliederung der DDR eingestellt, weil es nicht um Mitsprache, sondern um Unterwerfung und Abstrafung ging. Die politischen Verantwortlichen treten fast täglich den Beweis an, dass sie uninteressiert daran sind, die „Instrumente“ für eine friedliche Konfliktlösung im Dialog zu schaffen, durch die Problemlagen und Interessenskonflikte angemessen gelöst werden könnten.

Interdependenzen und Affektkontrolle

Friede ist nur möglich durch die Anerkennung von Unterschieden bei gleichzeitigem Gewaltverzicht. Die Massenmedien arbeiten dagegen an. Auch die PolitikerInnen sind weit davon entfernt, auf Gewalt zur Regelung von Konflikten zu verzichten. Stattdessen werden Strafvorschriften verschärft, ohne nach ihrem gesellschaftlichen Nutzen zu fragen. Auch wird nicht genug getan, das Recht auf Inklusion in allen Lebensbereichen umzusetzen. Schon in der Schule stehen zu oft gegenseitiger Respekt, Toleranz und Kompromissfähigkeit auf dem Spiel. Zu viele Missachtungen des Gebots zur Gewaltlosigkeit bleiben unbearbeitet, so dass Gewalt und Mobbing um sich greifen.

Ich hoffe, dass meine Kommentare zu den Elementen des zivilisatorischen Hexagons Anregungen für zukünftige Arbeitsfelder der BSV im Bereich der gewaltfreien, konstruktiven Konfliktbearbeitung haben geben können. Das erscheint angesichts einer Entwicklung, durch die die Akteurinnen und Akteure der zivilen Konfliktbearbeitung von staatlichen Stellen ins Abseits bzw. in die politische Bedeutungslosigkeit gedrängt werden, von einiger Bedeutung. Andererseits stellt sich mir die Frage, ob die Schwächung der Zivilgesellschaft nicht gerade zu einer Stärkung der demokratischen Gesellschaft führen kann. Zu dieser Frage möchte ich im Folgenden einige Gedanken beitragen.

Zivilgesellschaft am Ende?

Nach Wikipedia wird mit Zivilgesellschaft in der Regel ein Bereich innerhalb einer Gesellschaft bezeichnet, der zwischen staatlicher, wirtschaftlicher und privater Sphäre entstanden ist – oder auch zwischen Staat, Markt und Familie. In dieser Konstellation kommt der Zivilgesellschaft in erster Linie die Aufgabe zu, eine zivile Praxis zu erproben, dafür zu werben und für eine Verbreitung des Zivilen im obigen Sinne zu sorgen. Dabei lässt sich nicht übersehen, dass die Gesellschaft als Ganzes mit zivilgesellschaftlichen Optionen wenig vertraut ist. Trotzdem oder gerade deshalb ist nicht auszuschließen, dass die Regierenden die Förderung der Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) in Deutschland nur halbherzig betrieben haben. Und bei der EU-Kommission wird unter ZKB sowieso nur der Ausbau des Justiz- und Polizeiwesens verstanden.

Das Konstrukt von einer segmentierten Gesellschaft hat es Politikerinnen und Politikern in Deutschland leicht gemacht, die einzelnen gesellschaftlichen Segmente gegeneinander auszuspielen, die Gesellschaft zu spalten und der Gesamtgesellschaft (alle in Deutschland lebenden Menschen) die demokratische Grundlage zu entziehen, indem das Gemeinwesen in eine „marktkonforme Demokratie“ verwandelt worden ist. In ihr herrschen nicht mehr das Gebot des Friedens und der Wille des Volkes („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“), sondern es gelten die „Gesetze“ des Marktes: Konkurrenz und Kampf (Krieg) und das Recht des Stärkeren. Folglich stört die zivile Konfliktbearbeitung, ist die deutsche Zivilgesellschaft nicht mehr gefragt - weder im Inland noch im Ausland – es sei denn, sie lässt sich zum Anhängsel des Militärischen bzw. des Geheimdienstes machen.

Die Missachtung des Zivilen – im Sinne gewaltfreien Handelns - durch die Staatsführung beweist ihre Entschlossenheit, sich militärisch bzw. gewaltpolitisch am Weltgeschehen zu beteiligen. Außenpolitisch ist die Bundesregierung auf den Rechtsnihilismus der USA eingeschwenkt und ist bereit, „Verantwortung für den Ausbruch eines Krieges“²² zu übernehmen und sich mit Faschisten zu verbünden.

Innenpolitisch entsteht aus den Auswirkungen der Verbindung von Marktradikalismus und Rechtsnihilismus eine gewalthaltige Gesellschaftsformation, die von den Massenmedien und von anderen Propaganda-Institutionen ununterbrochen aufgeputscht wird, so dass autoritäre Zwangsmaßnahmen des Staates zur Bewältigung des Erregungszustandes unausweichlich erscheinen. Durch die Totalüberwachung der Bürgerinnen und Bürger, die einhergeht mit der fortwährenden Privatisierung aller Bereiche des Zusammenlebens, geht den Menschen langsam aber sicher der zivilgesellschaftliche Atem aus. Zugleich ist der Fortgang des Ausverkaufs gemeinwirtschaftlicher Güter und Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht aufzuhalten, u.a. weil die Gewerkschaften z.Z. politisch nicht in der Lage sind, sich für Frieden und Gerechtigkeit stark zu machen.

Die Unentschlossenheit der Gewerkschaften trifft sich mit der Gleichgültigkeit der Mächtigen, die die übrige Gesellschaft weitgehend sich selbst überlässt, das öffentliche Leben privatisiert, die verbleibenden Reste dem unbezahlten Ehrenamt (z.B. Tafeln) übergibt und im Übrigen dem Einzelnen die Schuld für seine Lage zuweist. Der Rest wird der Gesellschaft mit der Schuldenbremse gegeben, die einen kulturellen und sozialen Kahlschlag zur Folge haben wird. In Verbindung mit der staatlichen Weigerung, neue Steuerquellen zu erschließen (z.B. Reichensteuer, Spekulationssteuer) werden wir in „griechische Verhältnisse“ (Armut und Arbeitslosigkeit für die Mehrheit der Bevölkerung) getrieben. Auch für die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens findet sich kaum politische Zustimmung, obwohl die Armut sich wie ein Buschfeuer ausbreitet. Statt Genossenschaften und andere soziale Kollektive besonders zu fördern, werden die bestehenden Genossenschaften (vor allem im Wohnungsbereich) Finanzhaien und „Heuschrecken“ zum Fraß vorgeworfen.

Die Bundesrepublik Deutschland erfüllt nicht mehr das Verfassungsgebot des Grundgesetzes, ein „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ zu sein.

Perspektiven für eine friedliche Gesellschaft

An den Rändern der Gesellschaft sind neue Bewegungen entstanden wie „Occupy“ (GlobalisierungsgegnerInnen), die mit neuen Aktionsformen für Aufmerksamkeit sorgen und immer mehr Zustimmung gewinnen. Internationale Vernetzung und Solidarität sind für Occupy eine Erfolgsgrundlage. Nationale und internationale Vernetzungen und Bündnisse zu gründen, stellt die wichtigste Aufgabe für alle gesellschaftlichen Gruppen der Gesellschaft dar, die die „marktkonforme Demokratie“ zugunsten einer sozialen, friedlichen und demokratischen Gesellschaft überwinden wollen.

²² Fischer, Fritz, zitiert nach: Schwarz, Leo: Irgendwo steinalt. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach der sogenannten Fischer-Kontroverse in der BRD nimmt die revisionistische Diskussion über den Ersten Weltkrieg Fahrt auf. Versuch einer vorläufigen Bestandsaufnahme. In: junge Welt v. 03.04.2014.

Zu den ersten basisdemokratisch orientierten Aktionen gehört es, zu den Schwachen in unserer Gesellschaft zu gehen und die Durchsetzung ihrer Interessen mit den Menschen zusammen neu zu organisieren. Auf diese Weise könnten sich neue Zentren für eine gewaltfreie und konstruktive Konfliktbearbeitung bei den örtlichen Geschäftsstellen von Jobcentern und der Bundesanstalt für Arbeit ergeben. Der Prekarisierung, Entrechtung und Militarisierung der Gesellschaft können wir nur solidarisch begegnen.

Dabei können wir uns von den Zapatistas leiten lassen: „Es kommt darauf an ... eine Welt zu schaffen, in die viele Welten passen – so viele Welten, wie nötig sind, damit jeder Mann und jede Frau ein Leben in Würde führen kann. [...] Wir müssen die Welt nicht erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Heute. Durch uns!“²³

²³ Habermann, Friederike, Der Aufstand der Zapatistas. In: Geschichte wird gemacht. Etappen des globalen Widerstands. Bibliothek des Widerstands, Band 27, Hamburg 2014, LAIKA.



5. „Alles schön und gut, aber ...“? Empowerment zu zivilgesellschaftlichem Handeln

An dem abschließenden Panel der Tagung nahmen fünf Personen aus dem Umfeld des BSV teil - Ute Finckh-Krämer, Uli Wohland, Renate Wanie, Sarah Roßa, Helga Tempel; moderiert wurde sie von Georg Adelman.

Die TeilnehmerInnen diskutierten – teilweise kontrovers – was Empowerment bedeutet, ob der Begriff angemessen ist, und in welchem Zustand sich Friedensbewegung heute befindet. Vier von ihnen

haben hinterher wichtige Aspekte ihrer Inputs verschriftlicht. Wir dokumentieren hier zuerst Auszüge aus der Podiumsdiskussion. An sie schließen dann Texte an, die uns die PodiumsteilnehmerInnen nach der Diskussion zur Verfügung gestellt haben und wo sie ihre zentralen Thesen nochmals ausführen und erläutern.

5.1 Auszüge aus der Podiumsdiskussion

Was ist Empowerment?

Renate Wanie: Empowerment bedeutet Selbstbestimmung und Autonomie, d.h. meine Belange im gesellschaftspolitischen Kontext öffentlich zu äußern, Kritik zu Bestehendem zu formulieren und eigenmächtig zu handeln. Für mich bedeutet das im politischen Kontext, sich mit Gleichgesinnten zusammenzutun und unbedingt in Gruppen zu handeln, um Einfluss zu nehmen auf Veränderungen. Das bedeutet auch, sich gemeinsam vorzubereiten, Widerstand zu gestalten etc.

Helga Tempel: Ich finde, vor dem Empowerment muss schon etwas geschehen, um die Leute überhaupt zu aktivieren. Wenn wir sie befähigen und ermutigen wollen, dann müssen sie sich erstmal aufgemacht haben. Ich glaube, man muss zuerst einmal über Informationen und vielleicht auch über Emotionen Betroffenheit erzeugen.

Sarah Roßa: Menschen anzusprechen finde ich total wichtig, aber Empowerment als Begriff ist schwierig; ich benutze eigentlich lieber den Emanzipationsgedanken, also sich selbst emanzipieren und be-mächtigen. Und dann, wie Renate schon sagte, sich gemeinsam vorbereiten, um sich zu emanzipieren und das eigene Leben und die Gestaltung unserer Gesellschaft und unserer Welt selbst in die Hand zu nehmen.

Uli Wohland: Ich möchte unterstützen, was meine VorrednerInnen gesagt haben. Der Empowermentbegriff ist sehr vielfältig und variantenreich, wir haben da mit Sicherheit noch nicht alle Aspekte angesprochen. Wir sind keine Bewegung mehr oder wir sind zurzeit keine Bewegung. Wir sind zurzeit viele Friedensorganisationen in der Bundesrepublik, die alle sehr ernsthaft und sehr geplant Friedensthemen aufgreifen, bearbeiten, auch strategisch vorantreiben, aber eine Bewegung hätten wir erst dann, wenn ich hier im Raum vielleicht noch 5 Prozent der TeilnehmerInnen kennen würde. Ich kenne aber sehr viel mehr hier im Raum. Und es geht mir schon seit Jahren so. Selbst wenn ich auf Demonstrationen gehe, kann ich selbst bei bundesweiten Demos fast die Hälfte der Leute mit Namen ansprechen. Für die Frage des Empowerments ist natürlich ganz entscheidend, ob wir eine Bewegung versuchen zu empowern, oder ob wir Organisationen versuchen zu empowern.

Ute Finckh-Krämer: Ich möchte sehr viel kleinteiliger ansetzen. Ich bin jetzt neun Jahre Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung gewesen und habe von Anfang an überlegt, welches Verhältnis wir haben zwischen denen, die schon sehr lange dabei sind und sehr viel Erfahrung haben und jenen, die neu kommen, die ganz eigene Ideen, Ansätze, Erfahrungen mitbringen. Wie schaffe ich es, einen Raum zu öffnen, wo deren Ideen und Erfahrungen und deren Blick auf die Welt und meine Erfahrungen und mein Wissen konstruktiv zusammenarbeiten können. Wenn man anguckt, wer hier auf dem Podium sitzt und für den BSV im Vorstand oder in der Geschäftsstelle ist, dann ist uns das in den letzten Jahren ganz gut gelungen, dass wir die Erfahrungen, Fähigkeiten und Perspektiven der Älteren und der Jüngeren hier im BSV zusammenführen.

Uli Wohland: Eine Zwischenbemerkung: Das Thema der Generationenabfolge in den Friedensorganisationen ist ein wesentlicher Teil der Voraussetzung für Empowerment der Organisationen.

Renate Wanie: Ich schließe mich Ute und Uli an, was Organisationen und die Frage des Nachwuchses betrifft. Aber ich möchte noch auf Uli reagieren. Ich bin ganz erschrocken, als Du gesagt hast, es gibt keine Bewegung mehr. Ich beobachte das nicht. Ich denke auch, dass Bewegungen verschiedene Phasen erleben, aber nicht, dass eine Bewegung zwischendurch tot ist, um diese radikale Zuordnung zu verwenden. Ich habe gerade an die Kampagne Aufschrei gedacht, und Du bist ja Kampagnenexperte und hast auch wesentlich zu der Konstruktion des Konzeptes der Kampagne vor vielen Jahren beigetragen. Die Auswertung der Kampagne nach 2,5 Jahren hat gezeigt, dass sich in vielen verschiedenen Orten Initiativen wieder aktiv geworden sind, vieles in die Hand genommen haben, und so auch ein friedensbewegtes Netz neu entstanden ist.

Helga Tempel: Ich bin auch etwas skeptisch gegenüber Ulis These, „Es gibt keine Bewegung“. Wenn wir es erweitern auf soziale Bewegungen im Allgemeinen, dann sehe ich eine ganze Menge Bewegung, neben allem, was da drum herum in Lethargie verharrt. Ich würde vorschlagen, ob wir den Begriff Empowerment nicht aufbröseln könnten. Ich sehe da drei Stränge. Empowerment heißt für mich die Befähigung von Menschen, die Motivierung von Menschen und ihre Mobilisierung. Alle drei sind wichtig, und zur Befähigung finde ich Information und das Lernen, auch Trainings, außerordentlich wichtig. Also Information, Lernen und Training.

Uli Wohland: Und dann hast du angefügt, „aber im Prinzip wissen alle, wo das gemeinsame Ziel ist“. Ich bin mir da nicht so sicher. Ich möchte zwei Beispiele geben: Bei der Ausbildung „campapeace“ einer Qualifikation der Friedensbewegung für Kampagnenentwicklung und Kampagnenorganisation habe ich genau diese Frage gestellt: „Was ist denn hier unser gemeinsames Ziel?“ Die TeilnehmerInnen kamen aus verschiedenen Organisationen. Alle haben mich groß angeguckt. Und dann habe ich gesagt: „**Ich** habe folgendes Doppelziel: Kriege abschaffen, Zivile Konfliktbearbeitung aufbauen“. Die Reaktion aus dem kleinen Kreis von 15 Menschen: „Ach, das ist ja mal interessant“. Auf der Ebene haben wir uns dann relativ schnell verständigen können, aber schwieriger war es bei der Ebene von Strategie. Ich habe gesagt, dass ich eine Doppelstrategie habe: Abschaffen von Militär und gleichzeitig pragmatische Realpolitik oder radikale Realpolitik, wozu zum Beispiel Lobbyarbeit gehört. „Ja wie? Es geht aber doch nur das eine.“ Ich hab gesagt: „Nein, das geht beides.“ Also bei dieser wichtigen strategischen Frage, Ute sitzt ja neben mir, war plötzlich ein Kribbeln im Raum. Und da hab ich gemerkt, dass es in der Strategiefrage überhaupt kein gemeinsames Vorgehen gibt, jedenfalls keine Klarheit im Kopf.

Zweites Beispiel: Die größte Aktion der Friedensbewegung letztes Jahr, wenn ich es richtig mitbekommen habe, war die Aktion in Büchel. Da wurde richtig intensiv für geworben, aber nur 600 Personen, darunter auch ich, waren dabei. Da stimmt etwas in der Mobilisierung der Organisationen nicht.

Sarah Roßa: Ich frage mich gerade: „Wessen Ziele?“ und „Wer bewegt sich denn da?“ Wir wollen irgendwie alle Menschen mitnehmen. Und trotzdem sitzen hier weiße, gebildete Menschen miteinander. Mit wem wollen wir uns denn bewegen? Auch gestern klang das mal an: „Was mache ich denn mit dem/der BildleserIn?“ Wir bewegen uns schon sehr in unserem eigenen Brei. Ich finde es sehr wichtig, mitzudenken. Wen wollen wir mobilisieren? Wen sprechen wir eigentlich an? Das führt mich wieder zu der Empowermentfrage zurück. Wen wollen wir empoweren? Das hat immer schnell etwas Hierarchisches. „Wir haben das schon durchdacht und

wir wissen das schon und jetzt mach doch mal mit.“ Emanzipation sollte aber aus einem selbst herauskommen. Wir können Angebote machen, informieren, Ideen geben, Vorbilder sein, aber ohne diesen Anspruch von: „So geht das richtig und wir haben das jetzt schon erkannt und jetzt macht ihr mal irgendwie mit.“

Ute Finckh-Krämer: Wenn mich jetzt jemand fragen würde, was die größte Aktion der Friedensbewegung letztes Jahr war, dann würde ich wahrscheinlich sagen, die Organisation der Lesereisen von Jürgen Grässlin, mit dem allein auf dem Kirchentag eine Halle gut gefüllt war. In der gleichen Halle, am selben Tag, waren dann beim Verteidigungsminister, der normalerweise viel Publikum zieht, sehr viel weniger Leute da. Ist es ein Zeichen von Aktivität, nach Büchel zu fahren und da einer Rede zu lauschen, und ist es kein Zeichen von Aktivität, auf den Kirchentag die Argumente von Jürgen Grässlin und dem Andrew Feinstein so nachzuvollziehen, dass man sie dann in seiner Umgebung weitergeben kann? Da ist man dann schon bei der Frage: „Was definiert Aktivität?“

Mobilisierung

Helga Tempel: Ich glaube, dass es verschiedene Zugänge gibt, Menschen abzuholen und heranzuführen an Themen, die uns wichtig sind. Das Forum Ziviler Friedensdienst hat mit großem Erfolg die Kampagne „20 Millionen mehr vom Militär“ durchgeführt und auf diese Weise sehr viele neue UnterstützerInnen und Adressen gewonnen. Zur Mobilisierung möchte ich auch noch einen anderen Weg andeuten. Es muss nicht immer über eine Organisation oder über eine, mehr oder weniger breite, Kirchentagsbewegung oder -resolution gehen. Vor vielen Jahren, 1960/61, hat Konrad Tempel gesagt, „ich weiß, dass hier Raketen stationiert sind und Raketen erprobt werden, und ich werde da hin gehen, auch wenn keiner mit mir kommt.“ Und es haben sich hier bald eine ganze Hand voll oder zwei Hände voll Menschen gefunden, die schon vorher zusammen gearbeitet haben und haben gesagt: „Wir machen das mit Dir“. Ihr wisst alle genug von der Ostermarschbewegung und was dann daraus geworden ist, aber der Impuls ging von **einem** Menschen aus: „Ich mache das“. Ich möchte uns nur öffnen für ganz unterschiedliche Zugänge: Mobilisierung kann über eine charismatische Persönlichkeit, über ein wirklich brisantes Thema oder über eine Organisation passieren. Es gibt viele Möglichkeiten.

Renate Wanie: Unterschiedliche Zugänge ist das Stichwort. Es gibt viele Menschen, die ihre Unterschrift geben, die damit die Themen und Appelle der Friedensbewegung unterstützen, die aber sich nicht zum Beispiel in einer Blockade vor einen Rüstungskonzern setzen würden. In Gesprächen in Heidelberg auf der Straße erfahre ich immer wieder: „Ich unterstütze euch gerne“. Ich habe gestern in meinem Workshop auch die Eskalationsstufen von Theodor Ebert angesprochen. Sie finde ich eine hervorragende Grundlage, um zu schauen, wo sich Menschen in Protestformen engagieren können - bei Demonstrationen, die mittlerweile mehr Menschen ansprechen als noch zu Ostermarschzeiten, dann bei möglichen Wirtschaftsboykottaktionen oder letztendlich auch zu nicht legalen Aktionen, wie eine Zufahrt zu blockieren. Ich denke, das sollten wir auch berücksichtigen, wenn wir mobilisieren und organisieren.

Ute Finckh-Krämer: Mir ist gerade der Gedanke gekommen, dass wir so selbstverständlich davon ausgehen, dass man das Ziel der Abschaffung des Krieges nur erreichen kann, wenn man innerhalb der friedensbewegten Strukturen arbeitet. Vielleicht stimmt das gar nicht. Vielleicht müssen wir, um Krieg abzuschaffen auch die mit im Blick haben, die sich für erneuerbare Energien engagieren oder gegen Gentechnik. Also gegen bestimmte Strategien großer Konzerne, sich die Landwirtschaft auf der Welt untertan zu machen und damit die Konflikte, die zu Krieg führen, perpetuieren. Und vielleicht müssen wir stärker mal in den Blick nehmen, wer eigentlich diejenigen sind, die, vielleicht ohne es explizit zu formulieren, unser Ziel mit verfolgen. Vielleicht sind wir dann bei Organisationen, wo schon sehr viel professionalisiert ist, wo man also dann „nur noch“ die Querverbindung ziehen muss.

Uli Wohland: Ich habe hier, ich bin seit gestern Mittag auf der Tagung, zum dritten Mal eine Position gehört, die mich innerlich richtig aufregt. Ich habe gehört, wenn ich es richtig verstanden habe, dass es vielleicht nicht mehr an der Zeit sei, auf Massenmobilisierung hin zu orientieren. Also liebe Leute, was denn sonst? Wo leben wir denn? Natürlich müssen wir auf Massenmobili-

sierung hin orientieren. Wobei das Stichwort Masse natürlich heute etwas anderes ist als in den 1920er, in den 50er, **und selbst** in den 60er, in den 70er Jahren. Wir sind heute stärker antiautoritär und individualistisch sozialisiert. Das ist etwas Anderes als dieser alte, klassische Massenbegriff, aber natürlich wenn wir uns nicht auf Massen hin organisieren, was denn sonst?

Sarah: Ich möchte an einem Diskussionsbeitrag aus dem Publikum anknüpfen, wo gefragt wurde, ob die Zivilgesellschaft am Ende sei. Vielleicht ist die bürgerliche Zivilgesellschaft am Ende in ihrer Fähigkeit, Massen zu mobilisieren, da gibt es auch Andere. Im postautonomen Spektrum werden z.B. Camps organisiert. Das funktioniert irgendwie anders, das sind Graswurzelgruppen, die sich miteinander vernetzen, und da entstehen auch große Bündnisse. Das beginnt nicht mit dem Anspruch, wir müssten die Massen organisieren, sondern das funktioniert irgendwie anders von unten herauf und ist total diffus, ich kann Euch das nicht erklären, wie das genau funktioniert. Und mich als jetzt Ende 20 / Anfang 30-Jährige begeistert das einfach irgendwie mehr. Und ich gebe Renate Recht, wir brauchen vorsichtige Sachen, wo Menschen unterschreiben oder einen Brief schicken oder spenden können, aber **ich** will Aktionen. Mich begeistert, mich gegen Nazis auf die Schienen zu setzen und dann zu merken: „Die sind da nicht durchgekommen.“. Und wenn ich dann in Büchel da sitze und merke, da werden Soldaten an mir vorbei geschleust, dann finde ich das irgendwie lahm.

Das Andere waren die Fragen einer anderen Teilnehmerin: „Wozu mobilisieren?“ und „Was ist der Erfolg?“. Ist der Erfolg, dass wir viele sind oder ist der Erfolg, dass wir Einfluss auf politische EntscheidungsträgerInnen nehmen, oder dass wir irgendwann das System abschaffen? Dieses Appellieren finde ich immer so kurz gedacht. Wir können die Masse bilden, um Dinge anders zu machen. Also sozusagen in unserem Alltag, aber auch Dinge zu blockieren, zu verhindern, neue Sachen zu machen, aber nicht zu appellieren, dass andere etwas tun mögen. Ich muss nicht unbedingt eine riesige Mobilisierung haben, sondern eine Bewusstseinsveränderung, und das dürfen auch Wenige sein und das geht weiter. Ich muss da nicht immer sofort die Zehntausende haben.

Renate Wanie: Ich möchte diesen energischen Forderungen nach Massendemonstrationen widersprechen. Die müssen natürlich auch sein, aber es richtet sich je nachdem, welches Thema hochaktuell, brisant ist, wo Massen gebraucht werden. Wenn wieder ein Militäreinsatz zum Beispiel ansteht. Aber ich denke, ganz wichtig ist, unter dem Stichwort „Organisation“ die Koordination von vielen dezentralen Aktivitäten zur gleichen Zeit anzugehen. Wir haben so viele Aktionsformen, die wir einsetzen können und das auch in unterschiedlicher Weise, je nach Möglichkeiten vor Ort.

Helga Tempel: Eine Teilnehmerin hat Kompetenz und Massen gegenübergestellt. Ich glaube, und das ist ja ganz oft so, dass wirklich beides sehr wichtig ist. Und dass die Kompetenz nur wirklich ernst genommen oder auch überhaupt nur abgefragt wird vor dem Hintergrund, dass da viele Menschen beteiligt sind. Ob sie nur auf die Straße gehen oder durch ihr Befragungsverhalten zeigen, dass die Stimmung an der Stelle in Gefahr ist, umzuschlagen und sich gegen die Regierenden zu wenden. Kompetenz und Masse durchdringen sich gegenseitig, bedingen sich gegenseitig und müssen sich gegenseitig unterstützen. Aber eben manchmal ist es auch so, dass wir zu sehr auf die Zahlen schauen und die Kompetenz vielleicht auch ein wenig aus den Augen verlieren.

Ausweitung von Friedensarbeit

Helga Tempel: An der Stelle möchte ich die unterstützen, die sagen, wir schauen nicht genug über den Tellerrand. Zum Beispiel haben wir überhaupt nicht ausgeschöpft, was wir aus der Antiatombewegung von „ausgestrahlt“, um das Wendland, um Gorleben herum, lernen können. Wir sollten mal auf eine Tagung jene einladen, die an der Basis bei solchen Aktivitäten mitmachen. Da gibt es viel Zusammenarbeit zwischen ökologischen und Gerechtigkeitsgruppen. Ich finde, da sollten wir die lokale Ebene stärker beleben, denn da kennt man sich, da hat man die Doppelmitgliedschaften. Da hat man dann auch die lokalen Angriffspunkte.

Uli Wohland: Früher hat man dazu gesagt, „Banden“. Bildet regionale Gruppen, die eine Vernetzung miteinander haben. Also viele Gruppen, aber eben in den Regionen verankert. Das finde ich ganz wichtig und damit findet auch die Qualifizierung der Menschen statt.

Sarah Roßa: Wir haben das gestern in der Arbeitsgruppe diskutiert. Dieses Spannungsfeld zwischen einem weiten Friedensfeld in der Analyse und dann der Frage: „Was machen wir damit?“. Aber wenn alles Frieden ist, wird Friedensarbeit dann nicht beliebig? Da hingen wir irgendwie gestern dran fest zwischen diesem „naja, alles soll Friedensarbeit sein“. Denn dann fehlt Friedensarbeit das Profil. Was denn die Ziele von Friedensarbeit sind, bleibt dann unklar.

Schlussrunde: Ein Satz zu „Was ist Erfolg?“

Helga Tempel: Erfolg ist, wenn viele Menschen an ihrer Stelle das tun, was die Welt ein wenig heller macht.

Uli Wohland: Ich möchte Erich Fried paraphrasieren: ,Wer will, dass die Friedensbewegung so bleibt, wie sie ist, kann nicht wollen, dass sie so bleibt, wie sie ist. Erfolg ist, wenn wir uns dem Ziel gemeinsam annähern, Betonung auf gemeinsam, dass Kriege abgeschafft werden, was immer das im Detail dann heißen mag. Abschaffung von Krieg ist mein Erfolgskriterium.

Ute Finckh-Krämer: Das gilt für mich genauso.

Sarah Roßa: Ich möchte Nash Dom, die Partnerorganisation des BSV in Belarus zitieren. Sie sagt, dass Erfolg ist, wenn Menschen sich dadurch emanzipieren, dass sie überall ihre Alltagsprobleme angehen. Ihre eigenen Angelegenheiten in die Hand nehmen, dann kommt Massenmobilisierung, Einfluss auf politische Systeme.

Renate Wanie: Wir sollten viel mehr auf Teilerfolge sehen. Was Uli genannt ist, ist mir zu weit weg. Das ist ein übergeordnetes Ziel, aber wenn in Medien oder in der Politik etwas aufgegriffen wird, wenn z.B. Rüstungsexporte im Koalitionsvertrag aufgenommen wurden, dann ist das Erfolg der Kampagne, den wir feiern sollten.

5.2 Friedensbewegung zwischen Lebendigkeit und „Wachkoma“, zwischen Radikalität und Lobbying?

Sarah RoBa

Während in den 1980er Jahren bundesweit jährlich mehrere hunderttausend Menschen zu Ostermärschen auf die Straße gingen, waren es in diesem Jahr nur noch mehrere tausend. „Stagnierende Teilnehmerzahlen, kaum junge Leute, Protestlieder von vorgestern: Der Friedensmarsch konnte seinen eigenen Bedeutungsverlust nicht stoppen.“ schreibt Baran Korkmaz auf taz.de²⁴.

Während Manfred Stenner vom Netzwerk Friedenskooperative die diesjährigen Ostermärsche mit „die Friedensbewegung ist wach und lebendig“²⁵ kommentiert, bescheinigt der Journalist Martin Reeh (2014) in seinem Taz-Kommentar der Friedensbewegung²⁶ ein „Wachkoma“.

Der Friedensforscher Thorsten Bonacker vom Zentrum für Konfliktforschung der Marburger Universität führt die schwächelnde Mobilisierungsfähigkeit der Friedensbewegung zu den Ostermärschen unter anderem auf das Ende des Ost-West-Konfliktes zurück. Eine Positionierung im Spiel der Mächte erscheine inzwischen komplexer und damit schwieriger zu sein.²⁷ Dies kann aber auch an den Zukunftsvisionen, Zielen und Aktionsformen der Friedensbewegung selbst liegen, die heute – insbesondere für jüngere Menschen – nicht attraktiv zu sein scheinen. Ist Frieden zu abstrakt und unkonkret, um sich dafür zu engagieren?

Auch auf dem Abschlusspodium der BSV-Jahrestagung zum Thema „Friedens(t)räume schaffen“ ging es um die Mobilisierungsfähigkeit der Friedensbewegung – 100 Jahre nach Ausbruch des ersten Weltkriegs. Wo bleiben die Massen, die sich gegen Krieg und für zivile Konfliktlösungsansätze stark machen und dafür auf die Straße gehen? Ist die Friedensbewegung ein kleiner Club „Alter Grauhaariger“ geworden?

Ziel und Inhalt dieses Textes sind eine Zusammenfassung und Ergänzung meines Podiumsbeitrages in Bezugnahme auf Inhalte



Karikatur: Mario Lars

²⁴ Korkmaz 2014.

²⁵ Taz.de 2014.

²⁶ Nicht zuletzt die jüngsten Entwicklungen um die sogenannte „Friedensbewegung 2014“ (Schweitzer 2014) zeigt, dass es nicht „DIE Friedensbewegung“ gibt. Ich meine in diesem Artikel eine soziale Bewegung, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen von Frieden, Abrüstung und (internationaler) Konfliktbearbeitung befasst, wobei es mir primär um die Friedensbewegung in Deutschland geht. Soziale Bewegungen verstehe ich als organisatorische Basis für kollektives Handeln (Tilly 2006; Tarrow 1994). Sie sind dabei Struktur und Prozess zugleich: Einerseits bestehen sie aus Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die sich miteinander vernetzen, andererseits stellen sie Formen nachhaltiger Interaktion mit opponierenden Gruppen und dem Staat dar (Tarrow 1994: 33). Zudem ist das Konzept sozialer Bewegungen nicht nur ein analytisches, sondern auch stark normativ aufgeladenes Konzept.

²⁷ Taz.de 2014.

der Tagung und der Abschlussdiskussion.

Ich selbst bin Politikwissenschaftlerin, Trainerin und BSV-Geschäftsführerin und gehöre mit meinen 30 Jahren zur „jungen Sparte“ der Friedensbewegung. Eigentlich bin ich aber „Quereinsteigerin“ in der Bewegung, da ich weniger über die Friedensarbeit des BSV, sondern in erster Linie über die Belarus-Projekte⁶ zur Friedensbewegung gestoßen bin. In meinen Aktionen würde ich mich vielleicht am ehesten als „gewaltfreie Autonome“ bezeichnen, wie mein Trainer-Kollege Marc Amann sich einmal selbst nannte. Ich habe dadurch sowohl einen kritischen Blick auf „die Friedensszene“, als auch auf militantere Interventionspraxis.²⁸

Da dieser Text zur BSV-Jahrestagung 2014 eine Verschriftlichung und Ergänzung meines Diskussionsbeitrages auf dem Abschlusspodium ist, bitte ich diesen Text auch so zu nehmen: als Diskussionsbeitrag. Ich erhebe an dieser Stelle keinen Anspruch auf vollständige Darstellung aller relevanten Aspekte, sondern möchte ein wenig provokant sein und zur Diskussion anregen.

Schön und gut also, dass auf der BSV-Jahrestagung über das Schaffen von „Friedens(t)räumen“ – über Utopien, die Geschichte der Friedensbewegung seit dem ersten Weltkrieg und praktische Friedensarbeit gesprochen wurde. Aber was heißt das nun für die heutige Friedensbewegung, ihre zivilgesellschaftliche Emanzipation, ihre Radikalität, ihre Aktivitäten, für ihre Mobilisierungsfähigkeit und Wirkung?

Um Gedanken hierzu anzureißen, werde ich mich in diesem Text an den Fragen orientieren, die wir ReferentInnen für das Abschlusspodium gestellt bekamen:

- Was heißt Empowerment? Wie können wir uns persönlich und wie die Bewegungen stärken, um sich einzumischen?
- Was heißt Erfolg in sozialen Bewegungen?
- Sollten wir in unseren Forderungen wieder radikaler werden, z.B. Abschaffung der Bundeswehr und der Nato wieder auf die Tagesordnung setzen?
- Wozu man keine Massenbewegung braucht: Utopien und antimilitaristische Arbeit im Alltag.

Utopien, verstanden als radikale Alternativen, sind eine wichtige Grundlage strategischer Arbeit in sozialen Bewegungen. Daher werde ich zu Beginn meines Textes den Begriff der Utopie eingrenzen. Um die Verwirklichung unserer Utopien zu verfolgen, müssen wir uns selbst zum Handeln ermächtigen. Empowerment heißt hier oft das Stichwort, jedoch stehen dahinter verschiedene Ansätze, wie ich zeigen werde. Anschließend wende ich mich der Frage zu, was Ziel und Erfolg von Empowerment-Prozessen und Aktivitäten sozialer Bewegungen sein könnten. Bei der Frage nach Erfolg wird es unter anderem um die Mobilisierung von Aktiven in der Friedensbewegung und der Bevölkerung gehen, um Utopien und Aktivismus im persönlichen Alltag und um Einwirkung auf politische EntscheidungsträgerInnen. Abschließend frage ich, ob sich die Friedensbewegung radikalieren sollte und welche Möglichkeiten es noch geben könnte, um aus dem „Wachkoma“ aufzustehen.

Utopien

Soziale Bewegungen brauchen eine Vorstellung dessen, wohin ihre Aktivitäten führen sollen. Auf der BSV-Jahrestagung ging es genau um solche Friedens(t)räume – um Utopien. Entgegen der weitläufigen Auffassung, Utopien seien unrealistische Ideen, die nicht durchführbar seien,

²⁸ Militanz ist ein unklarer Begriff und wird von Medien oft synonym mit „gewaltbereit“ oder „Steine werfender schwarzer Block“ verwendet. Ursprünglich stammt der Begriff von *militare* (lat.: als Soldat dienen) ab. Im romanischen und angelsächsischen Sprachraum steht „militant“ für politisch Aktive, das Verhältnis zur Gewalt ist kein Kriterium für die Bezeichnung. Hier meint Militanz einen Ansatz linker Politik, der strategisch die Mittel oder Aktionsformen bestimmt, sie dabei ständig korrigiert und auf Bedürfnisse und Zielvorstellungen anpasst. Dabei legt sie sich weder auf Gewalt noch Gewaltlosigkeit fest, sondern auf politische Effizienz und auf Zielgerichtetheit (Viehmann 2012: 168f). Siehe auch RoBa (2014).

verstehen Andreas Gross von „Schweiz ohne Armee“ Utopien als Zukunftsvorstellung (siehe seine Thesen in dieser Dokumentation). Eine Utopie ist für ihn eine radikale Alternative, die objektiv möglich, aber noch nicht realisiert ist. Um sie zu erreichen, bedarf es, laut Gross, unseres Engagements.

Eine Utopie ist dabei ein Prozess und kein festes Ziel. Je näher wir unserer Utopie kommen, desto mehr wird sie durch eine neue Utopie abgelöst, in welche gemachte Erfahrungen und neue Überlegungen eingeflossen sind. In jeder Utopie steckt eine Kritik an der Wirklichkeit und sie schöpft aus dem, was möglich ist. Wer sich auf Utopien einlässt, muss sich jedoch auch mit seinem eigenen Scheitern auseinandersetzen, so Gross.

Um sich dann für eigene Utopien zu engagieren, braucht es Selbstermächtigung – Empowerment oder Emanzipation.

Empowerment und Emanzipation

Empowerment heißt in seiner Wortbedeutung (Selbst-)Bemächtigung oder (Selbst-)Stärkung²⁹. Selbstbemächtigung oder -ermächtigung heißt, dass Menschen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, eigene Kräfte entwickeln und individuelle und kollektive Ressourcen zu einer selbstbestimmten Lebensführung nutzen. Die Grundidee ist dabei, dass die Ressourcen und Potenziale eines jeden einzelnen Menschen Ausgangs- und Mittelpunkt für jegliche individuelle und gesellschaftliche Veränderung sind.

Empowerment wird dabei unterschiedlich verstanden: Als Selbsthilfe- oder als Defizit-Ansatz.

Aus Sicht der Selbsthilfe ist Empowerment eine kollektive Kultur des selbstbewussten Widerstands gegen Unfreiheit und Unterdrückung. Es ist Selbststärkung, Selbstbestimmung und Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Empowerment ist so gesehen die Überwindung von Ohnmacht.

Jedoch wird das Empowerment-Konzept auch viel in der Entwicklungszusammenarbeit verwendet und hat hier einen paternalistischen Anstrich. Sogenannte Benachteiligte werden unterstützt, ihre angeblichen Defizite auszubessern. Hier ist Empowerment keine Selbstbefreiung, sondern Empowerment ist die „*Befähigung benachteiligter Gruppen zu selbstbestimmtem Handeln zwecks aktiver Teilhabe an Entscheidungsprozessen und Maßnahmen (...)*“³⁰. Wie diese Teilhabe aussehen darf, definieren meist weiße, westliche VertreterInnen repräsentativ-demokratischer Regierungs- und kapitalistischer Wirtschaftssysteme. Sie „empowern“ somit andere, damit diese sich „richtig entwickeln“ sollen. Der Defizit-Ansatz verfestigt somit Machtungleichgewichte, denn oft gibt es hier Helfende und diejenigen, denen geholfen wird. Dies birgt die Gefahr, dass Mächtigere für weniger Mächtige sprechen und handeln, anstatt dass Betroffene selbst entscheiden und handeln. Diejenigen, die „empowert werden“ sollen, können dabei in Abhängigkeit geraten.

Der Selbsthilfe-Ansatz von Empowerment kritisiert hingegen Machtverhältnisse - ähnlich dem Emanzipationsbegriff. Dieser nimmt individuelle Selbstverwirklichung in den Fokus³¹. Emanzipation bedeutet, sich von jeder Form von Unterdrückungsmechanismen und gesellschaftlichen Abhängigkeits- und Zwangsverhältnissen zu befreien³², sowie sämtliche Herrschaftsverhältnisse zu überwinden.³³

²⁹ Can 2011: 587.

³⁰ Nohlen 2004: 180.

³¹ Kant, zitiert nach Nohlen 2004: 174.

³² Nohlen 2004:174.

³³ Kaindl (2012): 68f.

Was heißt Erfolg in sozialen Bewegungen?

Es emanzipieren sich also Friedensaktive zu zivilgesellschaftlichem Handeln. Sie engagieren sich und gestalten Jahrzehnte des Auf und Ab der Friedensbewegung mit, sie protestieren, blockieren, entwickeln Konzepte, schreiben Texte, gestalten Diskussionen und vieles mehr. Sie gründen auch Organisationen, wie vor 25 Jahren den BSV. Nun stellt sich die Frage: Woran sehen wir denn, ob die Friedensbewegung erfolgreich ist?

Auf der Abschlussdiskussion der Jahrestagung des BSV wurde angesprochen, dass die Friedensbewegung ihre Ziele klarer definieren und formulieren sollte, um ihre Erfolge besser auswerten zu können.

In der wissenschaftlichen Forschung wurden Auswirkungen, Folgen, Konsequenzen oder Erfolge von Sozialen Bewegungen wie der Friedensbewegung bisher oft vernachlässigt.³⁴ Diese könnten zum Beispiel sein:

- Wie die Teilnahme in einer sozialen Bewegung die (gesellschaftspolitische) Biographie ihrer Mitglieder verändert (Sozialisation).
- Der Einfluss einer sozialen Bewegung auf zentrale gesellschaftliche Institutionen wie die Kirche oder das Militär.
- Der Einfluss einer sozialen Bewegung auf das Abstimmungsverhalten von Parlamentarierinnen (zum Beispiel bezüglich Bundeswehreinräten oder Haushaltsposten für zivile Konfliktbearbeitung).
- Der Einfluss einer sozialen Bewegung auf internationale politische Institutionen, wie beispielsweise die UN.

Ich konzentriere mich vorerst auf die politischen Erfolge und lasse individuelle Erfolge wie die gesellschaftspolitische Sozialisation Einzelner heraus, auch wenn diese maßgeblich zu langfristiger gesellschaftlicher Veränderung beitragen kann.

Nun stellt sich die Frage, welche dieser Auswirkungen kausal auf die Aktivitäten einer sozialen Bewegung, hier der Friedensbewegung, zurückgeführt werden können. Zwischen Aktivitäten und Mobilisierung der Friedensbewegung und einer sichtbaren gesellschaftspolitischen Veränderung können viele Monate oder Jahre liegen. Zudem können oftmals mehrere Erklärungsfaktoren herangezogen werden, wie beispielsweise die öffentliche Meinung und Stimmung, oder die Existenz und Aktivitäten politischer Parteien oder Interessensgruppen.³⁵ Inwiefern eine bestimmte soziale Bewegung Erfolg hatte, lässt sich damit schwer prüfen.

Manchmal drückt sich die Auswirkung und damit eventuell der Erfolg einer sozialen Bewegung auch darin aus, was *nicht* stattgefunden hat. So wurden zum Beispiel in Deutschland 13 geplante Atomkraftwerke nicht gebaut.³⁶ Wäre dies auch ohne die Anti-Atom-Bewegung der Fall gewesen?

Bei all diesen Schwierigkeiten können soziale Bewegungen ihre Erfolge jedoch auch anhand ihrer eigenen Ziele messen. Dies sind mitunter eher subjektive Eindrücke von Aktiven, die sich aber gut mit der eigenen Utopie und gesteckten Etappenzielen abgleichen lassen.³⁷ Dazu sollte sich die Friedensbewegung ihre Ziele immer wieder klar definieren, um herauszuarbeiten, was Erfolg bedeuten könnte. Will die Friedensbewegung Kriege abschaffen, oder auch gesellschaftliche Verhältnisse als solche verändern und die Frage nach politischen Entscheidungsstrukturen und Wirtschaftssystemen stellen?

Die Friedensbewegung bezieht sich nicht ausschließlich auf einen engen Friedensbegriff – die Abwesenheit von Gewalt in Form von physischer Auseinandersetzung. Vielmehr arbeitet sie viel

³⁴ Kolb 2006:12.

³⁵ Kolb 2006:13.

³⁶ Kolb 2006:13.

³⁷ Kolb 2006:13.

mit einem weiten Friedensbegriff, der strukturelle Gewalt wie beispielsweise Machtverhältnisse und Hierarchien, Ausbeutung, Armut oder die gesellschaftliche Dominanz der Heteronormativität³⁸ einschließt. Lässt das Friedensarbeit beliebig werden? Nicht unbedingt, denn innerhalb eines weiten Friedensbegriffs können auch konkrete Ziele festgelegt und Erfolge gemessen werden. Hier einige mögliche Beispiele:

Utopien der Friedensbewegung:

- Herrschaftsfreie, gewaltfreie Gesellschaft
- Welt ohne Rüstung und Militär.

Langfristige Ziele:

- Abschaffung von Bundeswehr und Nato.
- Ziviles Peacekeeping wird stattdessen institutionalisiertes Mittel der Tagespolitik.

Kurzfristigere Ziele:

- Die Kampfstadt Schnöggersburg im Gefechtsübungszentrum (GÜZ) der Bundeswehr in der Altmark wird nicht gebaut, weil das Gelände ständig von AktivistInnen blockiert und/oder sabotiert wird.
- Die Bundeswehr darf keine Informationsveranstaltungen an Schulen mehr machen.

Meilensteine:

- Erhöhte Kosten für den Bau von Schnöggersburg.
- Erfolgreiche Unterschriftenkampagnen, die Öffentlichkeit erzeugen.
- Medienberichterstattung zu Friedensthemen.
- Forderungen der Friedensbewegung werden zum Gegenstand der politischen Debatte.

Mittel und Aktionsformen:

- (Symbolische) Proteste.
- Blockaden, Sabotage, Boykotte.
- Unterschriftensammlungen.
- Lobbyinggespräche.
- Bildungs-, Informations-, Diskussionsveranstaltungen, Workshops etc.

Konkrete Erfolge bleiben jedoch schwer messbar. Laut Felix Kolb kann unter Umständen zwar eine überregionale, längerfristige Mobilisierung ausreichen, um ein Thema auf die politische Agenda zu setzen. Oft geschieht dies jedoch ohne substanzielle Veränderung wie beispielsweise der Mitwirkung der sozialen Bewegung bei der Formulierung von Politiken oder langfristigen gesellschaftspolitischen Veränderungen.

Neben solchen politischen Erfolgen sind auch Erfolge auf individueller Ebene nicht zu verachten. Während auf der politischen Ebene die Abschaffung der Bundeswehr angestrebt werden kann, findet bei jeder Mobilisierung oder Aktion Bewegungslernen statt. Rechtsschutzstrukturen wie der Ermittlungsausschuss oder die Rote Hilfe, Volkküchen, Trainingsstrukturen und Entscheidungsfindungsstrukturen sind Elemente einer emanzipatorischen Kultur der Selbstorganisation. Einzelne Menschen und Gruppierungen gestalten ihr Umfeld so, wie sie sich eine andere Gesellschaft vorstellen. Sie verlieren vielleicht langsam die Angst vor staatlicher Repression, trauen sich Widerstand gegen gesellschaftliche Missstände zu leisten, ermächtigen sich selbst und werden handlungsfähiger. Findet mit dieser individuellen Emanzipation auch die Mobilisierung vieler Menschen oder das Herstellen von Öffentlichkeit für bestimmte Themen statt, findet der eigene

³⁸ „Mit Heteronormativität bezeichnet man die für natürlich gehaltene, ausschließliche binäre Geschlechterteilung (in Mann und Frau), die als gesellschaftliche Norm angesehen wird.“ (Queer Lexikon 2013).

Protest oder Widerstand nicht in einer „Blase“ statt, sondern kann in die Gesellschaft hinein getragen werden. Ist die Mobilisierungsfähigkeit der eigenen Bewegung jedoch geschwächt (das besagte „Wachkoma“?), kann Emanzipation auch im kleineren Rahmen geschehen.

Wozu man keine Massenbewegung braucht: Utopien und antimilitaristische Arbeit im Alltag

Jenseits von Appellen an Regierende, symbolischen Protestaktionen oder direkter Aktion kann die Veränderung gesellschaftspolitischer Verhältnisse im persönlichen Umfeld beginnen. Dazu müssen wir unsere eigene Position in Machtverhältnissen reflektieren und uns fragen, welchen Anteil wir selbst an gesellschaftlichen Ungleichheiten haben. Welchen Beitrag leisten wir beispielsweise zur Rüstungsproduktion, zu gewaltvollen zwischenmenschlichen Verhältnissen, zur Unterdrückung von Menschen, zu Massentierhaltung oder der Überproduktion von Wegwerf-Waren? Handlungsfelder solcher individueller Interventionsmöglichkeiten können sein:

- Gewaltfreie Kommunikation und gewaltfreies Miteinander,
- der Konsum von fairgehandelten und ökologischen Lebensmitteln und Kleidungsstücken, die möglichst ohne gewaltvolle Produktionsverhältnisse entstehen,
- der Bezug von Ökostrom,
- der Wechsel zu einer möglichst sozialverträglichen Bank, die kein Geld in Rüstungsindustrie steckt, wie beispielsweise Postbank und Deutsche Bank,
- sich fleischarm oder vegan zu ernähren, um der Massentierhaltung eine Absage zu erteilen,
- Lebensmittel vor dem Wegwurf zu bewahren, in dem sie zum Beispiel aus Containern geholt werden (Stichwort „containern“),
- auf Kurzstreckenflüge zu verzichten, um Umwelt und Mitmenschen zu schonen.

Ob solche individuellen Ansätze erfolgversprechend sind, ist in der radikalen Linken sehr umstritten. In den 1970er Jahren zogen sich nach einer Reihe von Streiks Menschen der radikalen Linken aus der Lohnarbeit zurück und gründeten Kollektive, um ihr Umfeld nach den eigenen Utopien zu gestalten (Stichwort „Politik der ersten Person“). Dieser Ansatz wird von einigen Teilen der Linken nach wie vor praktiziert und von anderen Teilen kritisiert: So werde individuelles Verhalten erst dann zu einem emanzipatorischen Akt und wirkmächtig, wenn es ein Teil kollektiver Prozesse sei.³⁹

Für mich selbst ist das kein entweder - oder, sondern ein sowohl - als auch. Gesellschaftspolitische Veränderung beginnt mit Individuen und ihren individuellen Handlungen. Diese Handlungen entwickeln aber meist erst dann Breiten- und Tiefenwirkung in der Gesellschaft, wenn sie Teil kollektiver Organisation sind. Dadurch werden sie gestreut, bekannt gemacht, gemeinsam umgesetzt und durchgesetzt.

Anders herum sehe ich kollektive Organisation ohne individuelle Reflektion und ohne Ansätze auf der individuellen Ebene als fadenscheinig. Auf einer antikapitalistischen Demonstration mit Essen von Burger King in der Hand zu erscheinen – wie ich es schon regelmäßig beobachtet habe – wirkt auf mich so, als würden die betreffenden AktivistInnen die Mühen scheuen, bei sich selbst zu beginnen. Auch wer individualistische Ansätze ablehnt, kann nicht von der Hand weisen, dass in einer zukünftigen anderen (gewaltfreieren, ökologischeren,...) Gesellschaft als wir sie heute sind, soziale Ungleichheit, gewaltvoller Umgang miteinander, Kriege, Massentierhaltung, Ausbeutung oder unökologisches Wirtschaften nur durch uns und mit unseren alltäglichen Anstrengungen abzuschaffen sind.

Daher beginnen Emanzipation und Friedensarbeit schon beim Kaffee-Buffer auf der BSV-Jahrestagung, zum Beispiel mit ökologischen Fairtrade-Produkten.

³⁹ Rehm und Tittor (2012): 214f.

Radikalisierung der Friedensbewegung?

Das klingt radikal? Soll es auch sein! Radikal kommt aus dem lateinischen Wort für „Wurzel“. Friedensthemen an der Wurzel zu packen (zum Beispiel mit gewaltfreier Konfliktlösung und Friedensbildung) und nicht nur Phänomene bekämpfen (zum Beispiel Kriege und Rüstungsexporte), ist eigentlich seit Anbeginn ein Ansatz der Friedensbewegung. Doch sowohl die Utopien der Friedensbewegung könnten radikaler sein (statt „nur“ eine Welt ohne Krieg zu fordern, eine herrschaftsfreie Welt schaffen) als auch ihre Etappenziele (Bundeswehr und Nato abschaffen, mehr Geld für zivile Konfliktbearbeitung, Friedensbildung in Schulen etablieren, ...). Um Utopien zu verwirklichen, muss – im Sinne eines weiten Friedensbegriffes – Frieden radikal verfolgt und konsequent zu Ende gedacht werden. Das heißt, die Friedensbewegung muss sich fragen, inwiefern sie selbst und ihre Aktiven Friedenslogiken unterwandern. Dies kann beispielsweise durch die Akzeptanz und indirekte Unterstützung bestehender wirtschaftlicher Strukturen, bestehender Geschlechterverhältnisse, unökologischer und Lebewesen verachtender Produktionsweisen oder nachkolonialer Macht-Beziehungen in andere Weltregionen geschehen.

Alles schön und gut – und nun?

Emanzipieren wir uns also zu radikaler Friedensarbeit! Dies kann verschiedenste Themengebiete und Aktionsformen beinhalten, denn ein weiter Friedensbegriff schließt eine Vielfalt von Aktionsbereichen ein. Die Aktionsformen können ebenso vielfältig sein: Vom Verfassen wissenschaftlicher oder journalistischer Texte, Onlineaktivismus, über Unterschriftensammlungen, Menschenketten, Demonstrationen, bis hin zu Blockaden oder Sabotage.⁴⁰ Bei aller Breite der Themen darf Friedensarbeit aber nicht beliebig und schwammig werden, sondern muss immer konkrete Ziele und Strategien haben, um ihre Erfolge auswerten zu können.

Die Mobilisierung von Menschen sollte dabei über Emanzipation erfolgen, nicht über ein paternalistisches Empowermentkonzept à la ‚wir wissen, dass Gewaltfreiheit besser für Euch ist, vielleicht versteht Ihr es auch irgendwann‘.⁴¹ Damit mehr Menschen mitmachen, müssen Aktionsformen für alle mit dabei sein: von Denkarbeit (Analysen, Konzepte, Texte) oder Arbeit mit sozialen Medien, über niedrigschwellige Protest-Aktionen bis hin zu illegalen direkten (Blockade-)Aktionen. Eine Bandbreite von Beteiligungsformen, klare gemeinsame Ziele und unterschiedliche Zwischenziele, Friedensarbeit anhand von konkreten Themen „zum Anfassen“, sowie eine grundlegendere Gesellschaftskritik könnten die Friedensbewegung vielleicht aus dem „Wachkoma“ aufwecken.

Zitierte Literatur

Brendle, Frank und Finckh-Krämer, Ute, Wie weit darf antimilitaristischer Protest gehen? Zuerst erschienen in Neues Deutschland (10.09.2013). Außerdem In Bund für Soziale Verteidigung e.V. (2013): Gewaltfreiheit – Aktionsform, Handlungsmaxime oder Ideologie? Dokumentation des BSV Fachgesprächs am 26. Oktober 2013 in Minden. Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 36. Online unter: http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/HuD_36_Gewaltfreiheit_final_140312_fuer_Web_mit_Kopf.pdf (abgerufen am 05.05.2014).

Can, Halil, Empowerment – Selbstermächtigung in People of Color-Räumen IN Arndt, Susan und Ofuately-Alazard (Hrsg.) (2011): (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk, 2011, Unrast Verlag. S. 587-590.

⁴⁰ Zur Debatte, ob Sachbeschädigung zum Aktionsrepertoire der Friedensbewegung gehören sollte, siehe z.B. RoBa (2014) oder Brendle und Finckh-Krämer (2013).

⁴¹ Zur Frage des Dogmatismus in der Gewaltfreiheits- oder Militanzdebatte siehe auch RoBa (2014).

- Taz.de (2014): Ostermärsche in Deutschland. Online unter: <http://www.taz.de/Ostermaersche-in-Deutschland/!137120/> (abgerufen am 28.04.2014)
- Kaindl, Christina, Emanzipation. IN Brand, Ulrich et al (Hrsg.) (2012): ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft. VSA: Verlag, Hamburg, 2012.
- Kolb, Felix, Die politischen Auswirkungen und Erfolge sozialer Bewegungen, Forschungsjournal NSB, Jg. 19, 1/2006. Online unter: http://www.forschungsjournal.de/sites/default/files/archiv/FJNSB_2006_1.pdf (abgerufen am 05.05.2014).
- Korkmaz, Baran, Kein bisschen Frieden – Ciao, Bella Ostermarsch, 2014. Online unter: <http://taz.de/Kein-bisschen-Frieden/!137147/> (abgerufen am 05.05.2014).
- Nohlen, Dieter und Schultze, Rainer-Olaf, Lexikon der Politikwissenschaft, 2004
- Queer Lexikon Heteronormativität. Online unter: <http://queer-lexikon.net/queer/heteronormativitaet>, 2013 (Abgerufen am 05.05.2014).
- Reeh, Martin, Im Wachkoma. Online unter: <http://www.taz.de/!137142/>, 2014 (abgerufen am 28.04.2014)
- Rehm, Fabian und Tittor, Anne, Postautonomie. I: Brand, Ulrich et al (Hrsg.), ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft. VSA: Verlag, Hamburg, 2012.
- Roßa, Sarah, Vom Sinn und Unsinn der „Gewaltdebatte“. Ein Kommentar. In: Bund für Soziale Verteidigung e.V., Gewaltfreiheit – Aktionsform, Handlungsmaxime oder Ideologie? Dokumentation des BSV Fachgesprächs am 26. Oktober 2013 in Minden. Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 36., 2014. Online unter: http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/HuD_36_Gewaltfreiheit_final_140312_fuer_Web_mit_Kopf.pdf (abgerufen am 05.05.2014).
- Schweitzer, Christine, Die Rechte und die Friedensbewegung. Unterwanderungsversuche abwehren, 2014.. Erschienen beim Bund für Soziale Verteidigung e.V. Online unter: http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/militaerkritik/Friedensbewegung_2014.pdf (abgerufen am 05.05.2014). Der Artikel wird im Friedensforum 3/2014 (Juni-Juli) erscheinen.
- Tarrow, Sidney, Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics, Cambridge, Cambridge University Press, 1994
- Tilly, Charles, Regimes and Repertoires, Chicago, University of Chicago Press, 2006
- Viehmann, Klaus, Militanz. IN Brand, Ulrich et al (Hrsg.) (2012): ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft. VSA: Verlag, Hamburg, 2012

5.3 Gedanken zu „Empowerment“

Ute Finckh-Krämer

Wie sähe die Welt wohl aus, wenn wir Tag für Tag

- Auch bei denjenigen, die unsere politischen Gegner sind, darauf achten, was sie mit uns verbindet oder verbinden könnte?
- Den Menschen, die uns nahe sind, mit denen wir zusammen arbeiten oder leben, aktiv helfen, ihre Stärken zu entdecken und einzusetzen?
- Unsere persönlichen Erfolge auch denen zuschreiben, die uns unterstützt, ermutigt, begleitet haben?
- Nicht neidisch werden, wenn diejenigen, die wir ermutigt haben, zu wachsen, größer werden als wir?
- Bei einem gemeinsam erreichten Ziel nicht fragen, wer welchen Anteil daran hatte, sondern uns gemeinsam darüber freuen?
- Bereit sind, auch von denen zu lernen, die unsere Kinder oder Enkel sein könnten – oder umgekehrt von der Generation unserer Eltern und Großeltern?
- Unseren Alltag als Praxisübung in konstruktiver Konfliktbearbeitung begreifen?

5.4 Wie können Menschen für zivilgesellschaftliches Engagement gewonnen werden?

Helga Tempel

Eine Aktivierung von MitbürgerInnen braucht verschiedene Anstöße. Der erste Schritt sollte darin bestehen, Betroffenheit zu erzeugen, persönliche Betroffenheit, aber vor allem auch Betroffenheit in Bezug auf die politisch-gesellschaftliche Entwicklung. Dies wird desto leichter, je mehr sich der/die Einzelne als Teil des Ganzen und als mitverantwortlich versteht. Daher sind Menschen aus bestimmten Berufsgruppen oder mit bereits bestehenden gesellschaftlichen Aktivitäten besonders gut anzusprechen. Eine Hürde besteht dann oft darin, dass deren bereits eingegangene Verpflichtungen kein weiteres Engagement neben Beruf und Familie mehr erlauben.

Auch deshalb ist es oft schwierig, die Generation der 30 – 50 jährigen zu erreichen. Günstig dagegen fügt es sich, wenn die bisherige Tätigkeit z.B. im Bereich Pädagogik oder in der interkulturellen Arbeit nahe am Ziel der werbenden Organisation liegt und mit diesem verzahnt werden kann. Verstärkend wirkt auch die Tatsache, wenn im beruflichen oder familiären Umfeld Probleme sichtbar werden, die gesamtgesellschaftlich und durch strukturierte Zusammenarbeit bearbeitet werden müssen. Hier ergibt sich die Mitarbeit in Verbänden und anderen Vereinigungen fast automatisch.

Um Betroffenheit als Voraussetzung für eigenes Handeln zu erzeugen, bedarf es der Information. Diese allerdings sollte nicht aus bloßen Fakten bestehen, sondern den Bezug zu den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen wie auch des Einzelnen erkennbar werden lassen. Fakten müssen also aufbereitet und in Bezug auf mögliche Wirkungen analysiert werden. Dies zielt dann auf die Erkenntnis: Was wird sich für mich ändern, wenn diese Regelung Gesetz wird? Was sind meine entgegengerichteten Bedürfnisse? Welche gesamtgesellschaftlichen oder politischen Auswirkungen sehe ich?

An dieser Stelle gilt es dann, Möglichkeiten zum gemeinsamen Gegensteuern aufzuzeigen und dafür klare Ziele zu benennen. Nachfolgend sind dann konkrete Ansatzpunkte und praktische Beispiele für veränderndes Handeln zu entwickeln. Da Menschen sehr unterschiedliche Vorerfahrungen im öffentlichen Auftreten und politischen Handeln mitbringen, da sie auch in unterschiedlicher Weise bereit sind, sich aktiv einzusetzen, hat es sich als sehr wirksam erwiesen, verschiedene Einstiegsformen anzubieten. Diese sollten unterschiedliche Ausdauer und Risikobereitschaft, aber auch besondere Kompetenzen und körperliche Fähigkeiten voraussetzen. Dabei kann es sich also um sanfte Aktionen wie Unterschriftssammlungen, Mahnwachen oder Flugblattaktionen handeln oder um entschiedeneres Vorgehen etwa in Form von Sit-Ins oder gewaltfreien Gelände-Begehungen.

Zur Verbreitung dieser Impulse bietet sich das Internet über die sozialen Netzwerke an, aber auch Printmedien wie Flyer oder Mini-Broschüren können benutzt werden. Dabei ist es inzwischen fast zur Vorbedingung für breiter angelegte Aktionen geworden, dass die Medien bereits auf problematische Entwicklungen und drohende Gefahren hingewiesen haben, d.h. eine gewisse Dramatisierung bereits erfolgt ist, ohne dass die Problembearbeitung schon von tatkräftigen Vereinigungen angepackt wurde.

Sehr wichtig für die Aktivierung einer größeren Zahl von Menschen ist die werbende Ansprache durch glaubwürdige Personen, die sich als gewichtige Stimmen Bekanntheit und Zustimmung zumindest in gesellschaftskritischen Kreisen erworben haben. Hier geht es oftmals darum, die Balance zwischen „Personenkult“ einerseits durch Hervorhebung von Führungspersönlichkeiten und einem zu häufigen Wechsel der Initiativ-Personen andererseits zu finden. Verteilung der Verantwortung und selbst Leitung durch Teams sind hier oft eine gangbare Lösung. Es scheint festzustehen, dass Ideen auch an Personen haften und dadurch an Überzeugungskraft gewinnen. Das Rotationsprinzip sollte daher nicht ausnahmslos und um jeden Preis gelten.

In der Vorbereitung gemeinsamen Handelns spielen die Bildung sozialer Vernetzungen und der Aufbau von gegenseitigem Vertrauen eine wichtige Rolle. Offenheit bei der Entscheidungsfindung und Transparenz hinsichtlich der Verantwortlichkeiten sind wichtige Voraussetzungen. Sie sind am ehesten über Bildung von Untergruppen und Teams und Bezugsgruppen für die direkte Aktion zu erreichen. Je mehr wir an Risikobereitschaft, an „Über-den-eigenen-Schatten-springen“ von den Akteuren erwarten, desto wichtiger wird die Zugehörigkeit zu diesen Gruppen. Aus ihnen entsteht Motivation zum entschiedenen Handeln und Durchhaltevermögen.

*Friedensträume entstehen in den Köpfen von Menschen,
Friedensräume durch deren gemeinsames Handeln.*

5.5 Organisiert Euch!

Zwölf Thesen zu Gegenwart und Zukunft der Friedensbewegung⁴²

Uli Wohland

Ca. 60% der deutschen Bevölkerung lehnen Kriege ab. Jedoch toben weltweit so viele Kriege und bewaffnete Konflikte wie noch nie seit 1945 (HIIK, Konfliktbarometer von 2011). Zeitgleich verzeichnen fast alle Friedensorganisationen in Deutschland sinkende Spenden- und Mitgliederzahlen und seit Jahren sinkende Beteiligung an Aktionen. Warum kann die Friedensbewegung die Menschen nicht mobilisieren? Der Versuch einer Analyse in zwölf Thesen.

These 1:

Derzeit haben wir keine Friedensbewegung, sondern nur Friedensorganisationen, die friedenspolitische Themen bearbeiten. Solange wir diese Unterscheidung nicht verstehen, verfehlen die Friedensorganisationen ihre aktuelle Aufgabe.

Friedensorganisationen und Friedensbewegung unterscheiden sich darin, dass erstere über eine eindeutige Mitgliedschaft verfügen, während Bewegungen nur TeilnehmerInnen kennen. Bewegungen sind stark an Betroffenheit orientiert, während die Mitgliedschaft in Organisationen immer auch eine Verbindung mit einer spezifischen thematisch-weltanschaulichen Ausrichtung der Organisation beinhaltet. Friedenspolitische Themen sind natürlich sowohl für Friedensorganisationen, als auch für die Friedensbewegung konstitutiv. Organisationen zählen in der Regel in 100er oder 1000er Mitgliedschaften, Bewegungen in 10.000er oder gar 100.000er Zahlen. Friedensorganisationen bearbeiten ihre Themen kontinuierlich und dauerhaft und in der Regel auf professionellem Niveau. Friedensbewegungen thematisieren Betroffenheit und kritisieren aktuelle politische Entwicklungen und protestieren dagegen. Diese Kritiken und Proteste sind vorübergehende soziale Erscheinungen.

Hilfreich ist es, wenn in Friedensorganisationen die Kompetenzen vorhanden sind, soziale Bewegungen organisatorisch anzustoßen und voranzutreiben. Diese Kompetenz ist aber nicht zwangsläufig vorhanden. Organisationen tendieren dazu, das lehrt die Soziologie der Organisationen, ihre Kompetenzen und Ressourcen nicht auf potenzielle Bewegungen auszurichten, sondern auf die langfristige Besetzung und Bearbeitung ihrer Themen.

These 2:

Die Friedensbewegung als Bewegung durchläuft sinusförmige Bewegungsphasen. Derzeit (2013/14) befinden wir uns in einem Bewegungstal. Wer aktuell von einer Friedensbewegung spricht, hat schon sprachlich die Weichen falsch gestellt. Denn je nachdem, ob wir uns in einem Bewegungsaufschwung oder im Niedergang bzw. in der „Bewegungslosigkeit“ befinden, haben die bestehenden Organisationen eine jeweils andere Aufgabe.

Soziale Bewegungen haben Aufs und Abs. In der Regel sind die Phasen der Aufschwünge kürzerer Natur und die Bewegungstäler länger. In den Bewegungstälern kommt den Bewegungsorganisationen die wichtige Funktion zu, friedenspolitische Themen weiter zu bearbeiten und am Köcheln zu halten, an organisatorischer Stärke zu gewinnen und alles für den kommenden Aufschwung vorzubereiten. In den Hochphasen der Bewegung steht hingegen die Organisation der Bewegung und ihrer Aktivitäten im Mittelpunkt. Friedensorganisationen sollten als einer ihrer Hauptaufgaben die Vorbereitung und die Unterstützung und Begleitung von sozialen Bewegun-

⁴² Folgende Thesen wurden in freier Rede auf der Jahrestagung vorgestellt. Teilweise nehmen sie Bezug auf Thesen, die auf dem Podium von anderen vorgetragen wurden. Bei der schriftlichen Bearbeitung wurde versucht, weitgehend den Charakter des frei gesprochen Wortes bei zu behalten.

gen sehen. In den Bewegungstälern werden die Bedingungen für eine anwachsende Stärke der Bewegung gelegt. Denn viele friedenspolitische Themen (z.B. Kriegseinsätze, Waffenexporte usw.) lassen sich nur in Auseinandersetzungen mit gesellschaftlichen Gruppen durchsetzen, die nicht primär durch Aufklärung erreichbar sind. Dazu sind soziale Bewegungen notwendig, die in der Lage sind, gesellschaftliche Konflikte zuzuspitzen und auszutragen.

Bewegungsspitzen, also kurzfristige Mobilisierungserfolge, bringen nicht automatisch mehr Mitglieder oder mehr Spenden. Die Situation zu Beginn der 80er Jahre stellt historisch eine Ausnahmesituation dar und nicht die Regel. Häufig wird geglaubt, zyklisch auftretende „Antikriegsbewegungen“ wie Golfkrieg 2 und 3, Afghanistan usw. könnten zu Quellen organisatorischer Stärke führen. Dies ist ein Irrtum. Nur wenn die Konflikte auf hohem Bewegungsniveau über Jahre hinweg gesellschaftlich ausgetragen werden, können individuell relevante Sozialisations-effekte entstehen. So geschehen Anfang der 1980er Jahre.

These 3:

Eine Aufgabe von Friedensorganisationen (wie z.B. dem Bund für Soziale Verteidigung) ist es, in den Bewegungstälern die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass in den Bewegungsspitzen möglichst viele Menschen an Aktivitäten der Friedensbewegung teilnehmen können. Das bedeutet Aufbau von Ressourcen und Qualifikationen und Strukturen.

Die Aufgabe in den Bewegungstälern besteht z.B. darin

- Qualifikationen aufbauen, um Mitglieder zu gewinnen
- Mitglieder zu gewinnen und diese zu qualifizieren
- Basisgruppen aufzubauen
- MultiplikatorInnen und (regionale) FriedensarbeiterInnen zu qualifizieren
- Lobbyarbeit zu betreiben
- friedenspolitischen Themen weiter auszudifferenzieren
- Qualifikationen für Aktive zu organisieren
- die organisatorische Stärke weiter auszubauen
- hauptamtliches Personal aufzustocken
- finanzielle Ressourcen zu vermehren
- Kampagnen durchzuführen
- strategisches Vorgehen und Ziele zu entwickeln.

Ob dies gelingt, kann gemessen werden z.B. an folgenden Indikatoren:

- mehr Spenden
- mehr Mitglieder
- mehr Basisgruppen
- mehr MultiplikatorInnen und FriedensarbeiterInnen
- mehr überregionale Arbeitsgruppen zu einzelnen aktuellen Themen wie Zivile Konfliktbearbeitung oder Arabische Rebellion
- Erhöhung der Anzahl von Kampagnen
- Kontinuierlich geführte strategische Debatten (z.B. auf den Strategiekonferenzen)

Idealtypisch sollte die Friedensbewegung von Bewegungshoch zu Bewegungshoch jeweils stärker werden. Auf alle Fälle sollten Friedensorganisationen daran arbeiten, in jedem Bewegungstal ihre Stärke auszubauen, um in die nächste Spitze gestärkt hineingehen zu können.

These 4:

In den Bewegungstälern ist darum Organisation das höchste Ziel. Die Parole lautet nicht „Empört euch!“, die Parole lautet vielmehr: „Organisiert euch!“.

Nicht Betroffenheit zu erzielen ist entscheidend und auch nicht Empörung, wie Hessel⁴³ in seinem Buch schrieb. Wobei Empörung immerhin schon mehr ist, als bloße Betroffenheit. Es geht vielmehr darum, die Menschen zu organisieren. Organisieren heißt, dass sich Menschen in Gruppen zusammenschließen. Organisieren heißt, dass Menschen Mitglieder in Organisationen werden. Organisieren heißt, dass die Bewegungsorganisationen die Bedingungen und Möglichkeiten aufbauen, um Organisationsprozesse an der Basis und in den Regionen zu ermöglichen und zu unterstützen.

In Bewegungsspitzen sind die Empörung und Betroffenheit das Fundament. Aber Empörung und Betroffenheit alleine bringen die Bewegung, die wir brauchen nicht hervor. Zugleich muss das gezielte Organisieren der Empörten und Betroffenen aktiv vorangetrieben werden.

These 5:

In den Bewegungstälern dienen neben anderen Formen insbesondere Kampagnen dazu, dieses Ziel zu erreichen. Kampagnen gehen mit sozialen Bewegungen schwanger.

Kampagnen verbinden eine Vielzahl von Vorteilen, um die hier diskutierten Ziele erreichen zu können, z.B.

- Kampagnen können immer initiiert werden, während soziale Bewegungen eher ungeplant entstehen.
- Kampagnen sind immer auch Qualifizierungsoffensiven für Aktive und MultiplikatorInnen
- Kampagnen bringen neue Interessierte und neue Mitglieder und Spendengelder
- Kampagnen „trainieren“ innerhalb von Friedensorganisationen genau die Kompetenzen, die für die Unterstützung und die Begleitung von sozialen Bewegungen hilfreich sind.

These 6:

Die Friedensbewegung durchläuft seit vielen Jahren eine Bewegung der immer weiteren Ausdifferenzierung von Themenfeldern. Diese werden allerdings von immer weniger Menschen kommunikativ weiterentwickelt.

Diese Vervielfältigung von Themenfeldern ist nicht per se problematisch. Problematisch wird diese Ausdifferenzierung nur, wenn sie nicht einhergeht mit einer Stärkung der Mitgliedschaften, einer Qualifizierung von MultiplikatorInnen und Hauptamtlichen, einer Erhöhung der Zahlen von Kampagnen usw. Zugleich muss es Orte und Diskurse geben, an denen der inhaltliche Zusammenhang dieser Themen auch strategisch sichtbar wird.

These 7:

Angesichts der sich weiter ausdifferenzierenden Themen der Friedensbewegung ist es immer wieder wichtig, sich zu versichern, was das Ziel der Friedensbewegung im visionären Sinne ist.

Meiner Auffassung nach ist das visionäre Ziel ein doppeltes: A. Abschaffung des Krieges und B. Aufbau ziviler Konfliktbearbeitungskompetenzen, sowohl im zwischenmenschlichen wie im institutionellen, im gesellschaftlichen und im internationalen Kontext.

Selbst die Frage nach dem gemeinsamen Ziel der Friedensbewegung löst in manchen friedensbewegten Kreisen Irritation und Unverständnis aus. Umso wichtiger ist es, hier eine Klärung herbei zu führen. Zumindest im großen Ziel sollten sich die verschiedenen Friedensorganisationen, bei aller Unterschiedlichkeit im Detail, einig sein.

⁴³ Stéphane Hessel: Empört Euch!. Ullstein, Berlin 2010

These 8:

Es braucht eine regelmäßige gemeinsame Verständigung über mittelfristige Ziele unterhalb der visionären Ebene.

Die Organisationen der Friedensbewegung sollten sich regelmäßig auf mittelfristig erreichbare Ziele hin verständigen, also auf Ziele unterhalb der visionären Ebene. Solche pragmatisch erreichbaren Ziele sind eine Voraussetzung dafür, dass eine Mobilisierung, die viele Organisationen umfasst, tatsächlich auf den Weg gebracht werden kann. Diese Verständigung könnte zum Beispiel im Rahmen der „Kooperation für den Frieden“ oder auch der jährlichen Strategiekonferenz geschehen.

These 9:

Ein erneutes Erstarken der Bewegung wird ermöglicht durch die Ermächtigung der Organisationen sowie das Empowerment und die Qualifizierung von Einzelpersonen.

Ein Indikator für die aktuelle Schwäche der Friedensbewegung ist z.B., dass fast überall die Spenden und die Mitgliederzahlen zurückgehen. Was, wie gesagt, in Bewegungstälern nicht zwingend der Fall sein dürfte. Nicht alle, doch sehr viele Anstrengungen müssten daraufhin orientiert sein, die Mitglieder- und Spendenakquirierung zu verstärken. Ein Hinweis für eine aktuelle Schwäche ist z.B., wenn wie im Jahr 2013 zur größten zentralen Aktion der Friedensbewegung, der Blockade des Atomwaffenlagers Büchel, gerade einmal 600 Menschen kommen.

Empowerment unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, heißt, dass wir bei Einfluss und Macht stärker werden müssen. Die Ermächtigung der Einzelnen ist das eine. Die Ermächtigung der Organisationen und Bewegungen ein anderes.

These 10:

Diese Qualifizierung findet in Basisgruppen statt. Nur das Eingebundensein in eine Basisgruppe kann eine nachhaltige und fundierte Qualifizierung leisten.

Die Ermächtigung sollte auf der inhaltlichen Ebene immer auch in Basisgruppen stattfinden. Die regionalen Basisgruppen, wo sie noch bestehen, beschäftigen sich seit Jahren kontinuierlich mit einer Vielzahl von Themen. Dort wurde mittlerweile ein hoher Stand an Wissen über unterschiedliche Themen von Gewaltfreier Kommunikation über Rüstungsexporte, Atomwaffen, über aktuelle Konflikte wie in Syrien oder der Ukraine, bis hin zu Konzepten von Gewaltfreier Aktion und Ziviler Konfliktbearbeitung herangebildet.

These 11:

Wir müssen weiterhin in der Lage sein, Massenbewegungen auf der Straße und in der Öffentlichkeit zu organisieren. Dort findet die Friedensbewegung statt!

In der medialen Gesellschaft ist es wichtig, immer wieder Bilder zu produzieren, und dazu ist es hilfreich, medial orientierte Aktionen etwa vor dem Reichstag zu machen. Innerhalb der Kampagne „Aufschrei“ ist dies mehrmals geschehen.

Aber für den Prozess der Gegenmachtbildung oder einfacher auch der Einflussnahme auf die politische Sphäre ist es weiterhin wichtig, auch in der Lage zu sein, Massen zu mobilisieren. Diese sind heute, angesichts neuer Medien, sicherlich anders zu mobilisieren, als in den 80er Jahren. Weiterhin jedoch findet die Friedensbewegung, wenn sie denn stattfindet, über Massenbewegungen auf der Straße und in der öffentlichen Öffentlichkeit statt.

These 12:

Thematische Mehrheiten in der Bevölkerung müssen in Aktivitäten umgeformt werden, die Druck ausüben.

Wir besitzen heute bei vielen Themen die Mehrheit in der Zivilgesellschaft, z.B. betreffend Ausstieg aus der Atomkraft, Einführung regenerativer Energien, Vermeidung von Kriegen, der

Gleichberechtigung der Frau, Rechte von Homosexuellen oder auch bei vielen ökologischen Themen. Um freilich von demoskopischen Mehrheiten zur gesellschaftlichen Hegemonie zu kommen, müssen wir diese thematischen Mehrheiten jeweils in Möglichkeiten von Macht und Einfluss umsetzen. Demoskopische Mehrheiten allein nützen wenig. Es geht darum, die Entscheidungsträger oder Entscheidungseliten dazu zu „bewegen“, im Sinne unserer Ziele zu entscheiden.

Dazu müssen die 60 % der Bevölkerung, die z.B. generell gegen Kriege oder auch speziell gegen den Afghanistan-Einsatz sind, in Aktivitäten umgeformt werden, die Druck ausüben. Demoskopische Zahlen sind interessant, aber letztlich irrelevant. Sie brauchen Formen des Ausdrucks und Formen des Drucks, um entscheidungsrelevant zu werden, innerhalb des politischen und gesellschaftlichen Systems. Das zu organisieren ist die Aufgabe der Friedensorganisationen.

6. Schlusswort

Christine Schweitzer

„Frieden ist machbar, Herr Nachbar“ war ein Slogan, den man in der Zeit der Friedensbewegung der 1980er Jahre auf manchem Aufkleber und mancher Hauswand lesen konnte. Dieser Slogan ist mehr als ein trotziger Wunschtraum. Wir haben erlebt, wie langjährige Kriege und scheinbar ewige politische Konstellationen (Kalter Krieg) beendet und Instrumente Ziviler Konfliktbearbeitung in den Mainstream der Politik übernommen wurden. Die Zahl von Kriegen weltweit ist in den letzten zehn Jahren auf ein historisches Tief gesunken. Und auch bei verwandten Anliegen sozialer Bewegungen wie der Atomkraft ist zumindest in Deutschland mit dem geplanten Ausstieg etwas geschehen, dass lange Zeit niemand für möglich gehalten hätte.

Soweit die guten Nachrichten. Aber trotzdem ist wohl niemandem, der oder dem der Wunsch nach nachhaltigem Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Umwelt am Herzen liegt, nach Feiern zumute. Zu groß sind die gegenwärtigen und sich erst allmählich am Horizont abzeichnenden Bedrohungen. Viele von ihnen haben damit zu tun, dass das „Weiter So“ der Industriegesellschaften und das „Wir auch“ der Schwellenländer ein absehbares Ende finden muss – Klimawandel, Erschöpfung wesentlicher Rohstoffe und Bevölkerungswachstum mögen hier als drei Stichworte für äußerst komplexe Zusammenhänge stehen. Vor diesem Hintergrund könnte die gegenwärtige Bereitschaft, die eigenen (staatlichen) Interessen mit militärischer Gewalt in aller Welt zu „verteidigen“, eine schwache erste Andeutung dessen sein, was die nächste oder übernächste Generation an Überlebenskämpfen erwartet. Vor diesem Hintergrund sind Friedensutopien – verstanden als umfassende gesellschaftliche Gegenentwürfe – nicht Luxus, sondern Bedingung, solche Entwicklungen abzuwenden und eine Form des Miteinanders auf weltweiter Basis zu finden, die es erlaubt, die Probleme so zu lösen, dass sich Gerechtigkeit und nicht das Recht des Stärkeren durchsetzt. Gegenentwürfe, die sich nicht nur auf die enggeführte Frage nach Militär und Rüstung beschränken, sondern die Themen des Wirtschaftens, der Ökologie und natürlich auch der Menschen- und Bürgerrechte mit einbeziehen.

Von daher ist die auf dieser Tagung oft formulierte Anforderung, „über den eigenen (Friedensbewegungs-)Tellerrand hinauszuschauen“, höchst aktuell. Viele von uns tun dies auch – viele Friedensbewegte sind auch in anderen Bewegungen aktiv. Aber noch zu oft stehen die Themen unverbunden nebeneinander, und es ist an der Zeit, die Abgrenzungen zwischen den Bewegungen durchlässiger zu machen, gemeinsame Themen und Anliegen zu finden und solidarisch miteinander aktiv zu werden.

Es ist schon oft gesagt und geschrieben worden, aber wir vergessen es doch im Alltag immer wieder: Veränderungen, auch sehr grundlegende, sind möglich. Wir brauchen uns dafür nur die letzten 100 Jahre anzuschauen und an Themen wie Menschen- und Bürger(innen)rechte, Veränderung der Rolle und gesetzliche Gleichstellung der Frau in vielen Ländern der Welt, Entstehen eines Bewusstseins für den Schutz der Umwelt und auch die zumindest auf dem Papier stehende völkerrechtliche Ächtung von Krieg anzusehen. All das hätte vor 100 Jahren kaum jemand für möglich gehalten. Militär und Rüstung abschaffen, Krieg überwinden – auch das ist machbar, Frau Nachbarin!



Zu den AutorInnen

Prof. Dr. Andreas **Buro** (*1928 in Berlin) ist im Ruhestand lebender ehemaliger Professor der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt /Main für Politikwissenschaft/ Internationale Beziehungen. Er ist Mitbegründer der deutschen Ostermarschbewegung/Kampagne für Demokratie und Abrüstung und deren langjähriger Sprecher, des Sozialistischen Büros und des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Heute ist er u. a. friedenspolitischer Sprecher des Komitees, Koordinator des Dialog-Kreises "Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden" und des „Monitoring-Projekts: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention“. 2008 hat er den Aachener und 2013 den Göttinger Friedenspreis erhalten.

Andreas **Dieterich** ist Mitarbeiter bei Brot für die Welt und Vorstandsmitglied im Bund für Soziale Verteidigung.

Dr. Ute **Finckh-Krämer** ist langjährige Vorsitzende des Bund für Soziale Verteidigung. Seit 2013 sitzt sie für die SPD im Deutschen Bundestag.

Andreas **Gross** ist Politikwissenschaftler und Lehrbeauftragter, Atelier für Direkte Demokratie, St-Ursanne (Jura/Schweiz). Kontakt: www.andigross.ch www.atelierdd.ch info@andigross.ch

Bernhard **Nolz**, nolzpopp@web.de, ist Aachener Friedenspreisträger, Träger des Preises für Zivilcourage der Solbach-Freise-Stiftung, Mitarbeiter bei den Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) und Zentrum für Friedenskultur Siegen (ZFK). 2004 bis 2012 war er Co-Vorsitzender des BSV.

Paola **Rapp** ist Mitarbeiterin in der Gemeinwohlökonomie-Initiative.

Sarah **Roßa** ist Politikwissenschaftlerin und Geschäftsführerin des Bund für Soziale Verteidigung. Sie koordiniert die Belarusprojekte des BSV und ist als Aktivistin, (Aktions-)Trainerin und Moderatorin in sozialen Bewegungen aktiv.

Dr. Christine **Schweitzer** ist Co-Geschäftsführerin beim BSV und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (www.ifgk.de).

Helga **Tempel** ist Mitglied im Friedensausschuss der Gesellschaft der Freunde (Quäker) und Gründungsmitglied des BSV.

Roland **Vogt** war von 1996-2006 Konversionsbeauftragter im Wirtschaftsministerium des Landes Brandenburg. Der Jurist und Diplompolitologe bezeichnet sich - wie bereits im Handbuch des 10. Deutschen Bundestags - als Friedensarbeiter. Er hat die AL Berlin und die Europagrünen mitbegründet, war Mitinitiator der Bürgerinitiative FREIEHEIDE und einige Jahre Vorstandsmitglied und Vorsitzender des BSV.

Renate **Wanie** ist freiberufliche Mitarbeiterin der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, Sprecherin der Kooperation für den Frieden und seit 2013 Vorstandsmitglied im BSV.

Uli **Wohland** ist freier Mitarbeiter der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Kampagnenberatung, Organizing, Teamentwicklung.